

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Verzeichnisse Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 16. September 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Mainz.

Ein Parteitag ohne Wilhelm Liebknecht. Den Führer, der durch mehr als drei Jahrzehnte allen Tagungen der deutschen Arbeiterklasse seinen Rat und seinen unerschütterlichen Kampfesmut gab, müssen wir entbehren. Die Trauer um Wilhelm Liebknecht wird sich jäh erneuern, da unsere Genossen aus allen Ecken zur gemeinsamen Beratung des Parteivorstandes sich zusammenfinden und nicht mehr zu dem seltenen Mann aufschauen dürfen, der allen ein Lehrer, ein Weiser der Wege und ein Bahner der Wege gewesen. Und nur ein Gedanke kann diese Trauer mildern, der Gedanke, daß wir sein großes Andenken am würdevollsten begehren, indem wir uns in seine Gedanken in seinem Geiste, in seiner Tapferkeit, in seiner Siegeszuversicht führen.

Aus den Gärungen im Schoße der Partei während des 99er Sommers, aus den Klärungen in Hannover erhob sich die Partei in ungeahnter Kraft zum einigen Kampfe gegen den Feind. Ein Kampfesjahr liegt hinter uns, dessen Beginn die Niederwerfung des Buchstaus gezeugt sah, in dessen Verlauf der Kampf gegen die neue Barbarei der „Weltpolitik“ stets erbitterter sich gestalten mußte. Einen Parteitag des Kampfes gegen die Feinde der Arbeiterklasse, gegen die wüthende hereinstürmende Kulturverderber werden wir in Mainz halten. In Hannover waltete die Selbstkritik der Partei; nach der Reorientierung in den eigenen Reihen richten wir in diesem Jahre die gemeinsame Front gegen den Feind, ordnen die Schlachtlinie und organisieren den Vormarsch.

Nach den nervenspannenden Diskussionen in Hannover wird der Parteitag in Mainz nicht mindere Bedeutung haben. Fruchtreiches Schaffen am Ausbau der Partei, kraftvolle Einwirkung auf die politischen Fragen, die durch die neueste Entwicklung des deutschen Lebens gestellt sind, — das erwarten die Klassenbewußten Arbeiter Deutschlands von ihren Vertretern in Mainz.

Der Parteitag soll die Organisation der Partei den Ansprüchen der neuen Gesetzgebung anpassen. Nach langen Verhandlungen wurde eine der Fesseln geschnitten, die das Recht der freien Vereinigung binden. Dazu brachte das neue bürgerliche Recht Bestimmungen, die Schutz gegen etwaige unbedingte Anforderungen einzelner an die Parteigeamtheit erfordern. Nicht grundlegende Reformen sind in Aussicht genommen. Denn die bisherige Partei-Organisation hat sich voll bewährt. Unsere Partei-Organisation hält sich, wie uns scheint, in glücklicher Mitte zwischen allzu großem Centralismus und allzu weitem Föderalismus. Sie behaltet bereits die Einfachheit des gegnerischen Entwurfs, als erstrebte unsere Partei eine Ordnung der Dinge, in der alles von centraler Stelle reglementiert werde. Die Reformvorschlüge, die von der Reichstagsfraktion vorgelegt sind, bleiben in derselben Richtung. Eine stärkere Centralisierung erscheint weder nötig noch durchführbar, da das Opfer des Ausschusses der Frauen von einer Partei nicht gebracht werden kann, die als eine ihrer größten Aufgaben die geistige Erweckung und politische Erziehung des weiblichen Geschlechts betrachtet. Sehr wertvoll dünkt es uns dagegen, wenn ernsthaft erwogen wird, ob nicht die fortwährenden Klagen des Parteikassierers gemindert werden könnten durch irgendwelche Verpflichtung der zahlungsfähigen Parteiorde, Beiträge in die Centralkasse abzugeben.

Ueber der jetzigen Ausbesserungsarbeit kann aber der Parteitag nicht versäumen, von neuem die Mängel der Vereins- und Versammlungsgesetzgebung in den deutschen Staaten eindringlich zu betonen, jene Mängel, die so zahlreich und so schwer sind, daß von einem wirklichen und gesicherten Vereins- und Versammlungsbrecht insbesondere für die Arbeiterklasse nicht die Rede ist.

Auf dem Boden der neugeschaffenen Organisation ist der Kampf gegen die Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik der herrschenden Klassen fortzuführen. Nach zwei Richtungen hin hat der Parteitag den Gesichtsplan festzustellen.

Zunächst die Landtagswahlen. Mit dem Wachsen unserer Partei ist die Notwendigkeit an sie herangetreten, nicht nur auf dem Gebiet der Reichsgesetzgebung, sondern auch in der Landesgesetzgebung und in der Kommune im Interesse der arbeitenden Klassen zu wirken. Niemand in der Partei konnte, als einmal die Frage aufgeworfen war, die ungeheure Wichtigkeit des Angriffs auf das preussische Junkertum in der festesten Position seines politischen Machtmißbrauchs, in der preussischen Gesetzgebung, bezweifeln. In A. L. in bereits 1898 beschloß die Partei, diesen Kampf durch eine Protestbewegung gegen das Dreiklassen-Wahlrecht aufzunehmen. Es zeigte sich jedoch bald, daß der Kölner Beschluß auf dem Papier verblieb. Nun erhob sich, verstärkt durch das Untertönen der Reaktion, ihre wichtigsten Gegenwärtigen der Arbeiterklasse aus dem Reichstag in die einzelstaatliche Gesetzgebung zu verlegen, der Ruf nach Beteiligung an der Wahl trotz des Dreiklassenwahlrechts. Mehrere Jahre wurde hiezu um dieses Problem in der Partei gestritten. Noch heute halten viele unserer besten Kämpfer dieses Beginnen für höchst bedenklich, da es leicht zu einer Abirring vom grundsätzlichen Klassenkampf der Arbeiter gegen die reaktionäre gemeinen Ausbeuter führen könne. Doch soweit hat der Kreis Klärung gebracht, daß jedenfalls die Absicht solcher Abirring den Verantwortlichen der Wahlbeteiligung fern liegt. Es herrscht vollkommen Einigkeit in der ganzen Partei, aber alles die Reinheit der Grundsätze zu stellen. Wenn nun der Parteitag die allgemeine Wahlbeteiligung beschließt, so ist die Minorität bereit mitzuzulassen, als wäre der Beschluß von ihr mitgestimmt worden. So fordern es unsere demokratischen Grundsätze, und erst die Zukunft kann

lehren, ob die Besorgnisse etwa doch gerechtfertigt sind, daß die Taktik der Wahlbeteiligung die Partei in der Lauterkeit ihrer Prinzipien schädigen könne. In jedem Fall — darüber ist kein Zweifel — herrscht in der Partei der übereinstimmende Wille, die ungenügenden wichtigen Fragen der einzelstaatlichen Landesgesetzgebung künftig umfassend zu behandeln und die Agitation wider die Mißthaten der herrschenden Klassen in dieser Landesgesetzgebung in die staatsbürgerlich entrechtete Bevölkerung zu tragen.

Sodann ist dem Parteitag die Aufgabe gestellt, den Kriegsdruß erschaffen zu lassen gegen die Verwundeten der mobilischen Weltpolitik. Und der Protest gegen diese Weltpolitik verbindet sich mit der Forderung einer vernünftigen, die arbeitende Klasse schützenden, freien Handelspolitik. Die unglückliche Verwirrung der deutschen Politik zeigt sich im gleichzeitigen Streben nach Ausdehnung über die Ozeane zwecks vermeintlicher Handelsverweigerung und nach Einengung der deutschen Wirtschaft hinter der chinesischen Mauer des Hochschutzes. Die Pläne der junkerlichen Kornverweerer schlagen dem Handel, der Industrie, den Arbeitern tausend tiefe Wunden. Gleich verheerend aber wirkt eine Weltpolitik, die mit brutaler Gewalt fremde Rationen niederzuwerfen und zum Kauf ausländischer Ware zu erziehen vermeint. Und dieselbe Weltpolitik verächtlich umfruchtbar hunderte Millionen, die der Proletariat sich von täglichen Bedarfs abgefragt. Dieselbe Weltpolitik vernichtet auch den dünnen Fiskus der kapitalistischen Kultur und läßt Brutalität und Rohheit erschreckend aufwuchern. Die Weltpolitik endlich trifft das schmale Recht, das sich das deutsche Volk in der Mitbestimmung über sein politisches Geschick erworben, ins Lebenszentrum.

Keine bürgerliche Partei denkt daran, den Verwundeten der Weltpolitik irgend welchen ernsthaften Widerstand zu bieten. Es ist die Ehrenpflicht der Socialdemokratie, die deutsche Wohlfahrt und Kultur vor der weltpolitischen Verrohung zu schützen.

So sind dem Parteitag in Mainz wichtige und ehrenreiche Aufgaben gestellt.

Dieser Parteitag ist ein Jubiläums-Parteitag. Vor 25 Jahren rinte sich die deutsche Arbeiterklasse im Einigungslongueur von Gotha. Die damalige, für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung epochale Einigung sah eine Partei von nur winzigem Umfange im Vergleich zu heute. Bei der Reichstagswahl vor Gotha erhielten beide Parteirichtungen 940 000 Stimmen, bei der Wahl nach Gotha, 1877, erhielt die geeinigte Partei 493 000 Stimmen. Die deutsche Socialdemokratie, die jetzt in Mainz ihren Parteitag hält, vertritt weit über zwei Millionen deutscher Wähler, fast das Drittel der gesamten Wählerschaft Deutschlands.

Eine glorreiche Vergangenheit verpflichtet kaum minder als die Größe der Ziele, die uns leiten. Treu den hohen Ueberlieferungen, treu dem Ideal des Socialismus geht der Parteitag in Mainz an seine Arbeiten. Möge ihnen reicher Erfolg werden!

China.

Li-Hung-Tschang ist, so wird aus Shanghai gemeldet, nach einem Besuch bei dem deutschen Gesandten Rumon von Schwarzenstein am Freitag, von dem Telegraphendirektor Tschang begleitet, an Bord des englischen Personendampfers „Anping“ nach Faku abgereist.

Die deutsche Regierung beliebt auch über diese Unterredung ihres Gesandten mit dem von den meisten Mächten als Friedensvermittler anerkannten Li-Hung-Tschang sich anzuschweigen. Der Oeffentlichkeit irgendwelche Auskunft über den Gang der Ereignisse in Ostasien zu geben, hält eine Regierung für überflüssig, die sich erlauben durfte, die Grundrechte der Volksoberverletzung außer Kraft zu setzen.

Der zweite Unterhändler Prinz Tsching weilt bereits seit 10 Tagen in Peking. Dennoch vernimmt man noch nichts über etwaige Unterhandlungen zwischen ihm und Vertretern der Mächte. Auch über die Verhandlungen der Mächte untereinander liegen keinerlei Meldungen vor. Der nachfolgenden Neuherung des „Journal des Debats“, das sich gegen die Räumung Peking eingetretten war, ist trotz der Verbreitung durch das Wolffsche Bureau seine Bedeutung zuzuschreiben. Aus Paris wird vom 14. September gemeldet:

Das „Journal des Debats“ schreibt: Die hauptsächlichste Rechtfertigung des Räumungsvorschlags war die Annahme, die Chinesen würden vor der Entlassung der fremden Truppen aus Peking nicht verhandeln. Diese Annahme wurde hinfällig durch die Thatsache, daß der Kaiser von China Unterhändler ernannte. Unter solchen Umständen wäre die Räumung um so weniger notwendig, als neue Nachrichten in Peking ausgetrieben sind, so daß es klar wäre, wenn die internationalen Truppen in der Nähe des neuen Aufstandes blieben. Was speciell Rußland und Frankreich betrifft, so könnten dieselben um so leichter auf die Idee der sofortigen Räumung verzichten, als ein solcher Schritt unmöglich als eine diplomatische Schlappe ausgelegt werden könnte.

Der Mörder v. Kettlers.

Peking, 8. September. Die Vernehmung des Mörders des Freiherrn v. Kettler wurde heute wieder aufgenommen. Der Gefangene wurde mit dem deutschen Dolmetscher Cordes konfrontiert, welcher den Gefangenen begleitete, als dieser erörtert wurde. Der Gefangene gab zu, daß er Unteroffizier sei, und erklärte, er habe auf die Befehle eines hohen Beamten, alle Fremden zu töten, gehandelt. Er behauptete, er habe nicht gewußt, wen er getödtet habe.

Ferner wird dem „L. A.“ aus Faku gemeldet: Der japanische Oberst Sobibar war es, der kurz vor der Abreise der Baronin Kettler die Uhr des ermordeten Gefandten in die Gefandtschaft brachte. Sie war ihm von einem Chinesen zum Kauf angeboten worden. Sobibar hielt den Verkäufer fest und entdeckte in ihm den Mörder, der den tödtlichen Schuß auf Freiherrn v. Kettler abgegeben hatte.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die schlagzeilige Notiz sechs oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Verordnungen und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geschlossen.

Verantwortlicher: Amt I. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

In der Mandchurei.

Petersburg, 14. September. Beim Generalstab sind heute folgende Nachrichten eingelaufen: Das Detachement des Generals Orlov erreichte am 2. September Fushan, 80 Werst von Tsifilar und marschierte in 12 Tagen mehr als 300 Werst vorwärts, um sich mit dem Detachement des Generals Remenlamps zu vereinigen. Die Brücke über den Komissar wurde ausgedehnt. Die Truppen Orlovs sind gut verproviantiert, mit Transportmitteln und Munition ausgerüstet. Sie haben viele Wagen erbeutet. Am 1. September haben sie noch 37 chinesische Transportwagen genommen. Gerüchweise verlautet, der Generalgouverneur von Tsifilar habe sich vergriffen und nach Ausfrage der Befangenen soll General Bao im Kampfe bei Jadschi getödtet worden sein. Die chinesischen Truppen haben sich aus Tsifilar südwärts zurückgezogen.

Französischer Kostenaufwand.

Paris, 15. September. Dem „Siecle“ zufolge hat die Regierung berechnet, daß die Kosten der chinesischen Expedition, falls die Truppen bis Ende dieses Jahres in China bleiben müßten, an 70 Millionen betragen würden und daß sie deshalb genötigt wäre, außer dem bereits vom Parlament und vom Staatsrat bewilligten Krediten noch 20 Millionen zu verlangen. Es sei wahrscheinlich, daß Frankreich, gleich den andern Mächten außer einer Entschädigung für die den französischen Staatsangehörigen zugefügten Verluste, auch noch eine Kriegentschädigung von China verlangen werde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. September.

Der 80 Millionen-Pump erregt insbesondere in den liberalen Zeitungen einen Entrüstungsturm gegen die Reichsbank und das Reichskassant. Es sei eine gewaltige wirtschaftliche Wamage Deutschlands, daß es sich geldflehend an Amerika wende.

Das ist der Horn solcher Finanzkrisen, die selbst gern an einer neuen Reichsanleihe verdient hätten. Thatsächlich ist aber zur Zeit Geld in Amerika billiger zu haben, als in Deutschland oder sonstwo. Ueberhaupt ist das Verfügen der Reichsbank finanziell durchaus tadellos.

Die liberalen Blätter, die ihren Groß in wiederholten Zeitartikeln auskulten, verraten bei dieser Gelegenheit ihres Befens Kern. Die verfassungswidrige Ausgabe des geliebten Geldes verurtheilt ihnen völlig hinter der Leibhaft einiger Finanziers, die sich übergeben sehen.

Die „Freisinnige Zeitung“ bemerkt mit Recht:

Als in diesem Sommer im Anschluß an das neue Flotten-gesetz die Wörstenerhöhung erhöht wurden, hat auch eine Erhöhung des Stempels auf die Ausgabe ausländischer Schuldverschreibungen von 6 auf 8 pro Mille stattgefunden. Damit wollte man einen erhöhten Schutz gegen die Vergebung ausländischer Anleihen im Inland. Und nun bedarf Deutschland selbst des Kredits im Ausland und kann sich freuen, wenn die Amerikaner ihrerseits nicht einen ähnlichen Stempelbetrag für ihre Staatskasse von der Valuta in Abzug bringen. So beugt sich auch hier die Weltpolitik in den eigenen Schwan.

Die Rechnung.

Die Vergebung der 80 Millionen-Anleihe in Amerika zeigt, daß mindestens die viergerhnten Ueberflüsse der Reichskassen — Ueberflüsse, die nur dem Frevler der Lebensmittelpflichterzeugung zu danken sind — durch den heiligen Krieg gen China aufgebraucht sind.

Genauer über die bisherige Höhe der China-Ausgaben ist unbekannt. Die Regierung verbarrt auch in dieser, das deutsche Volk nicht wenig interessierenden Frage in völliger Schweigen.

Der Schwäbische Merkur hat versucht, eine ungefähre Berechnung anzustellen. Er führt an:

Die Beschaffung der Mannkräftung wird wohl auf annähernd 100 M. für den Mann zu veranschlagen sein, oder für die ganze Division auf 8 250 000 M. Für Beschaffung der Truppenfahrzeuge und des Sanitätsmaterials sind mindestens 3—4 000 000 M. erforderlich und für Beschaffung von etwa vier-tausend Pferden gegen vier Millionen. Auch für Beschaffung der Munition sind mehr als zwei Millionen erforderlich, denn wenn man für jedes Geschütz nur 300 Granaten, für jedes Gewehr nur 500 Patronen berechnet, so ergibt dies bei einem Preise von 82 M. für die Feldgranate, 64 M. für die schwere Granate und 18 Pf. für die Infanteriepatrone die Summe von 2 050 000 M., die aber wohl auch nicht erhöht werden müssen. Man erhält somit für die erste Ausrüstung der Truppen einen Aufwand von mindestens 10—12 Millionen Mark, wozu noch das Handgeld der Truppen mit 50 M. für den Mann kommt, welches wieder 1 000 000 M. beträgt, und man erhält somit mehr als 11 Millionen. Hierbei ist der Aufwand für Aufstellung von Baracken noch nicht gerechnet, die für den Winter erforderlich sind und in Deutschland angefertigt werden. Da gegen hundert große Baracken erforderlich sein werden, von denen jede eine Compagnie aufnehmen kann, so wird hierfür mindestens eine Million zu rechnen sein. Weiter gehören an den Kosten der ersten Aufstellung noch die Ausstattungsgegenstände der Offiziere etc., die für den Lieutenant 1000 Mark, für den Hauptmann 1200 Mark und für die höheren Offiziere 1800 Mark betragen und ebenfalls wieder rund 1 Million erfordern werden. In Frankreich sind die Ausstattungsgegenstände wesentlich geringer und betragen für den Lieutenant 600 Franks, für den Hauptmann 900 Franks und für die Stabsoffiziere 1300 Franks.

Die gewaltigste Ausgabe aber wird durch die Miete der Transportschiffe verursacht, und man wird wohl nicht sehr fehlgreifen, wenn man die Miete für jeden der großen Dampfer auf 500 000 M. veranschlagt, da die Franzosen für ihre weit kleineren Schiffe und für die kürzere Seereise je 450 000 Fr. bezahlen müssen. Man hat nun bis jetzt zum Transport von Truppen und Kriegsgüter vom Bremer Fleck und von der Hamburg-Amerikanischen Gesellschaft 20 Dampfer gemietet, von denen sieben auf die ganze Dauer des Kriegszugs, trüb als Lazaretttschiffe, teils zum Transport von

Werden, von Verwundeten und Kranken verwendet werden. Diese 26 Dampfer werden allein schon 13 Millionen erfordern, und es werden demnach die Truppen bis zur Landung in China einen Aufwand von mindestens 25 1/2 Millionen erfordern haben, wobei die Waffen und Geschütze nicht gerechnet sind.

Zu diesen einmaligen Ausgaben kommt alsdann noch der fortlaufende Aufwand für den Sold der Truppen und für die Mundverpflegung, und es dürfte in dieser Hinsicht wenig bekannt sein, daß die Gehälter der Offiziere, Ärzte usw. sowie die Löhne der Mannschaft im Kriege (aber es ist ja gar kein Krieg! Red. d. W.) sehr wesentlich höher sind als im Frieden. So wird der monatliche Gehalt für alle Offiziere und Beamte annähernd 450 000 M. betragen. Die Mannschaften erhalten bei uns einen täglichen Sold von 85 Pf. gegen 22 Pf. im Frieden, während die Unteroffiziere Zulagen von 40—50 Pf. erhalten. Im französischen Heere erhalten Unteroffiziere und Soldaten eine Kriegszulage von täglich 5 Cent. = 4 Pf., nur die verheirateten Unteroffiziere erhalten 50 Cent. = 40 Pf. täglich mehr. Somit wird für die deutsche Division an Löhnen ein monatlicher Betrag von etwa 285 000 M. erforderlich sein oder für Offiziere und Mannschaften zusammen etwa 735 000 M. Bedeutend aber werden die Kosten für die Mundverpflegung sein, denn man wird wohl den größten Teil der Lebensmittel für Mann und Pferd nicht im Lande beschaffen können, sondern aus Deutschland, aus Amerika und anderen Ländern herbeiführen müssen, was die einfachsten Lebensmittel ungemein verteuert wird. Wenn man bedenkt, daß während des deutsch-französischen Kriegs die Portion für den Mann im Durchschnitt auf 4 bis 5 Franc und für das Pferd auf 3 bis 4 Franc zu stehen kam, so wird man für China auf mindestens 3 M. für den Mann und 3 M. für das Pferd rechnen müssen. Da nun die Offiziere doppelte, die Staboffiziere dreifache Portionen beziehen, so hat man etwa 23 800 Portionen und 4000 Rationen täglich zu beschaffen, wofür etwa 38 Millionen monatlich erforderlich sein werden. Somit kommt die Geld- und Mundverpflegung auf etwa 4,54 Millionen im Monat zu stehen. Nimmt man an, daß die ganze Division auch nur 6 Monate lang in China stehen bleibt, so ergibt sich hierfür ein Aufwand von 27,24 Millionen oder bei dem Aufenthalt von 1 Jahr die Summe von 54,48 Millionen. Hierzu werden noch sehr beträchtliche, aber auch nicht annähernd zu schätzende Kosten kommen für Viehfuttermittel und Holz und Kohlen für die Truppen, da beides im Lande nicht zu beschaffen ist und über See herangebracht werden muß. Es kann also der gesamte Aufwand allein nur für die Landtruppen und auf ein Jahr auf mindestens 80 Millionen veranschlagt werden. Hierzu kommt alsdann noch der Aufwand für die Kriegsflotte, die in den chinesischen Gewässern mit 27 Schiffen und mehr als 7000 Mann vertreten ist. Dieser Aufwand, bei welchem die Beschaffung der Lebensmittel und der Kohlen den Schwerpunkt bilden wird, ist ohne genaues Material nicht zu berechnen, allein es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Gesamtkosten für die Flotte sich auf mindestens 20 Millionen belaufen werden, und man kommt alsdann auf einen Gesamtbetrag von 100 Millionen.

Wir bezweifeln, daß die so berechneten Summen hinreichen werden. Auch die „Berliner Neuesten Nachrichten“ rechnen, daß die 80 Millionen Mark, die der Reichstagler durch Ausgabe von Reichsschatzscheinen bekommt, die Summe der Aufwendungen begrenzen, die der Veranschlagung nach zur Veranschlagung gelangen können oder gelangen werden, bis der Reichstag in der Lage ist, etwa weitere erforderliche Kredite zu bewilligen, das heißt — da der Reichstag wahrscheinlich Mitte November beisehen werden wird — bis in den Dezember hinein.

Das würde also einen Verbrauch von 100 Millionen nicht auf ein Jahr, sondern nur für die ersten Monate der Expedition bedeuten.

Der Konfistorialrat Dr. Franz hatte in einer socialdemokratischen Versammlung in Danzig einen Vortrag über Christentum und Socialdemokratie gehalten und war zu dem Schluß gekommen, daß ein gläubiger Christ Socialdemokrat sein könne, ebenso gut, wie ein Socialdemokrat Christ. Dagegen war das fromme Berliner Pastorenblatt „Der Reichsbote“ gewaltig zu Felde gezogen und hatte ihm vorgeworfen, die Gewissen zu verwirren.

Nun sendet der Herr Franz dem „Reichsbote“ folgende Erklärung:

Kann ein Christ Socialdemokrat sein? Ueber dieses Thema bin ich von den Führern der hiesigen socialdemokratischen Gruppe gebeten worden, ihnen einen Vortrag zu halten. Man wünschte also ein Gutachten von mir, ob die Bestrebungen der Socialdemokratie dem Christentum widersprechen oder nicht. Eine solche Bitte dürfte ich als Geistlicher nicht ablehnen. Ich würde sie gegebenenfalls auch den Angehörigen jeder andern Partei gewährt haben.

Für ein solches Gutachten bedurfte es aber nicht einer Erörterung der unter den Socialdemokraten herrschenden religiösen Anschauungen, auch nicht einer Darlegung des Wesens des Christentums. Denn, daß die naturalistische Weltanschauung unter den Socialdemokraten, eben wie auch in andern Parteien, weit verbreitet ist, bildet kein Hindernis für den Christen, Socialdemokrat zu werden, da bekanntlich diese Anschauung in das socialdemokratische Partei-Programm nicht aufgenommen ist. Es bedurfte für mein Thema nur des Nachweises, daß die Bestrebungen der Socialdemokratie, also ihre volkswirtschaftlichen Grundsätze, dem Christentum nicht widersprechen. Diesen Beweis habe ich geführt durch kurze Zusammenstellung der sozialen Gebote Jesu und der Apostel. Daraus ergab sich von selbst die Antwort: Ein Christ kann sehr wohl Socialdemokrat sein!

„Was ist in den Mann gefahren?“ ruft da der „Reichsbote“ aus. Aber hätte der Herr Verfasser des Artikels, anstatt eine Predigt von mir über einen Spruch, den ich im Vortrage gar nicht berührt habe, heranzuziehen, sich die Worte genommen, nur einen flüchtigen Blick in die sozialen Zeitpredigten zu werfen, die ich unter dem Titel „Friede auf Erden“ 1888 herausgegeben habe, dann hätte er gefunden, daß ich schon vor 12 Jahren auf Grund der Worte Jesu dieselben Gedanken ausgesprochen habe, wie im Vortrage. Mit der Verkündigung dieser Gottesgedanken aus Jesu Munde „verwirre“ ich nicht die Gewissen. Aber alle die, welche in ihrer Schriftauslegung und öffentlichen Verkündigung stets das verschweigen, was den Reichen und Mächtigen mißfällt, die der ihnen verhassten Partei Bestrebungen unterziehen, die sie nicht hat, ja die verwirren die Gewissen.

D. Franz, Konfistorialrat a. D.
Der „Reichsbote“ ist von der Antwort nicht überzeugt. Und seine neuen Angriffe gegen den westpreussischen Konfistorialrat zeigen, wie gänzlich verständnislos das Berliner Pastorenblatt der mächtigsten Kulturbewegung der Neuzeit gegenübersteht. Es heißt da:

Die Gewissen verwirrt der, welcher, ohne das Wesen der Socialdemokratie selbst darzulegen, bloß ein paar biblische Auslegungen über Liebe resp. Herzlosigkeit zusammenstellt, und weil die Socialdemokratie allen Besitz und alles Eigentum bestreift und Haß gegen die Reichen predigt, unter Hinweis auf jene Bibelworte, obgleich sie das Eigentum bestehen lassen, behauptet, daß ein Christ auch Socialdemokrat sein kann, als habe auch Christus Haß gegen die Reichen gepredigt.

Der „Reichsbote“ glaubt also, als den Inbegriff des socialdemokratischen Gedankensystems den „Haß gegen die Reichen“ ansehen zu dürfen, — einen Haß, den die Socialdemokratie gar nicht kennt. Die Socialdemokratie predigt — soweit sie nicht nur tatsächlich vor sich gehende ökonomische Entwicklungen konstatiert — gleiches Recht für alle, aber keinen Haß gegen die Reichen.

Die Camerellen der Kohlenbesitzer zur wüstenhaften Preissteigerung schildert sehr anschaulich der preussische Handels-

minister in einem „vertraulichen“ Schreiben an die Handelskammern. Man liest da:

Von verschiedenen Seiten ist bei mir darüber Beschwerde geführt worden, daß die . . . Kohlengruben die verhältnismäßig eingegangenen Verpflichtungen zur Lieferung von Kohlen deutschen Gewerbetreibenden gegenüber sehr lässig erfüllen und die Lieferungen gegen sie erhobenen Beschwerden mit dem Hinweis auf die ungenügende Zuführung von Wagen seitens der Eisenbahnverwaltung oder Störungen des Betriebs zu entkräftigen versuchen, wogegen sie die ausländischen Abnehmer günstiger behandeln. Insbesondere in den letzten Wochen sollen vielfach inländische Abnehmer nur einen geringen Teil der ihnen zustehenden Lieferungen erhalten haben und dadurch in große Not geraten sein, während gleichzeitig große Kohlenquantitäten ins Ausland exportiert worden sind. Ferner wird darüber Beschwerde geführt, daß einzelne Zechen, wenn sich ihnen Gelegenheit zur günstigeren Verwertung ihrer Kohlen bietet, vorhandenen Wagenmangel vorschützen, um ihre vertragsmäßigen Lieferungen einzufrieren und die dadurch disponibel gewordenen Quantitäten anderwärts zu höheren Preisen zu verkaufen. Von anderer Seite wird außerdem behauptet, daß die Zechen nach dem Auslande zu wesentlich billigeren Preisen verkaufen als an die inländischen Verbraucher, so daß es sich für letztere sogar vorteilhafter stellt, die deutschen Kohlen, statt direkt von den Zechen, aus dem Auslande zu beziehen. Wenn auch bisher beweiskräftiges Material für diese Behauptungen nur in geringem Maße erbracht worden ist, so erscheint mir doch eine eingehende Untersuchung der vorgebrachten Beschwerden geboten. Demgemäß ersuche ich die Handelskammern, durch Umfrage bei den größeren Gewerbetreibenden ihres Bezirks festzustellen, ob und in welchem Umfange diese Beschwerden begründet sind, und sich über die Mittel zu deren Abstellung zu äußern. Die Beschwerdeführer werden zu veranlassen sein, soweit wie möglich ihre Beschwerden durch ziffermäßige Angaben zu begründen, damit eine Prüfung derselben im einzelnen erfolgen kann.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
Wenn diese Untersuchung unparteiisch und unbefleht von den Kohlengruben erfolgt, dann dürfte sich die Wahrheit der dem Minister zu Ohren gekommenen Beschwerden ergeben. Die Zechenbesitzer schliessen nicht nur Wagenmangel, sondern auch Steigerungen der Arbeitslöhne vor. Thatsächlich handelt es sich aber um einen ganz planmäßigen Raubzug, dem ein Ende zu machen nicht nur im Interesse des lotholienkonsumierenden Publikums, sondern auch der Regierung liegt.

Verrohung. Leider hat die „Reicher Post“ recht, indem sie schreibt:

„In der That, es ist Ursache da zu Wehmut und Zorn. In weiter Ferne zwar schlagen die Völker auf einander, es rührt kein Blut auf unserm Boden; allein die traurige Wirkung verfahren wir doch und werden wir erst spüren. Seit mehr denn einem Jahr liegt Mann und Weib, Greis und Kind, Tag für Tag von diesem Norden; es ist eine förmliche Gier nach grautigen Schilderungen erwacht, man sucht in der Zeitung gar nicht zuerst, was Traues und Edles geschieht, — man wirft sich auf das, was Gruseln schafft. Die Folge wird eine Gemütsverwilderung sein, es regen sich wieder die rohen Instinkte gerade bei der Jugend, — ein Niedgang feineren Büßens bahnt sich an.“

Handel mit Weltpolitik. Die Agrarier haben für Afrika, China, Ostindien und Weltpolitik nicht das geringste übrig. Sie fordern „Heimatpolitik“ d. h. Einbeziehung des Inneren aus allgemeinen Mitteln. Sie haben so wenig Interesse an der Niederlegung der großen Mauer, die China sperrt, daß sie vielmehr Deutschland durch eine chinesische Mauer absperrern wünschen.

Aber da nun einmal die Weltpolitik sich entfallen hat und auch Agrariertröge nicht alle Vieblingswünsche der höchsten Stelle verwirklichen darf, so sind die Herren Junker gewigt genug, um aus der Sache ein Geschäft zu machen.

Von neuem ist die große Kanalvorlage für Preußen anständig und vor dieser — im Gegensatz zur Weltpolitik ernst halten — Förderung der industriellen und kommerziellen Entwicklung empfinden die schelbischen fürstlichen Grouen. Auf eifervollste wendet sich die „Deutsche Tageszeitung“ gegen die nur erst angekündigte, noch recht zweifelhafte Wiederkehr der Kanalvorlage und droht mit — dem konservativen Usfall von der Weltpolitik!

Wenn irgend eine Zeit ungünstig für das große Kanalunternehmen ist, so ist es die Zeit, in der es nach menschlicher Voraussicht den Landtag beschäftigen würde. Die chinesischen Wirren werden — davon sind alle Kundigen überzeugt — nicht in den nächsten Wochen oder Monaten beendet sein. Im Gegenteil, sie werden noch stark Auforderungen an die Opferwilligkeit des deutschen Volks stellen. Nun ist es ja unzweifelhaft richtig, daß die chinesischen Dinge unmittelbar mit der Kanalfrage nicht das mindeste zu thun haben; aber es ist eben so zweifellos richtig, daß es das thörichteste wäre, in einer Zeit, wo an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reichs so große Anforderungen gestellt werden, ein überaus kostspieliges Unternehmen zu beginnen, und es wäre schlechthin widersinnig, wenn man in einer Zeit, wo die Arbeiter ohnehin selten sind und wo gewaltige kriegerische Unternehmungen einen erheblichen Teil der verfügbaren Arbeitskräfte dem deutschen Markte entziehen, die allgemeine und schwere Arbeiternot noch durch ein Unternehmen steigern wollte, das der Industrie und der Landwirtschaft eine riesige Menge von Arbeitern entziehen müßte. Dazu kommt, daß die Regierung keine leichte Stellung innerhalb des Reichs haben wird. Es muß ihr doch darauf ankommen, diejenigen Kreise nicht vor den Kopf zu stoßen, auf deren Unterstützung sie angewiesen ist. Daß diese Kreise aber verstimmt werden müßten, wenn ein Projekt wieder aufgetaucht, das sie vor ganz kurzer Zeit aus voller Ueberzeugung zurückgewiesen haben, liegt auf der Hand.

Es wiederholt sich dasselbe Spiel, das wir im letzten Winter sahen, da die Agrarier und Konservativen die „patriotische Pflicht“ der Flottenbewilligung durch Erpressung der Zulage erhöhter Kornzölle übten. Jetzt wird die Regierung mit der Umwandlung der Zustimmung zur Weltpolitik in Verstimmung bedroht. Es ist nicht zu leugnen, daß die russischen Junker sich nicht übel auf das Geschäft verstehen.

Selbstherrliches vom Reichskommissar für die Weltausstellung in Paris. Die Richter der Anzahl von Restaurants, die auf der Weltausstellung etabliert sind, haben ein Syndikat gebildet, das die Ermäßigung der Abgaben und die Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Regelung dieser Angelegenheit verlangt. Wie nun aus Paris gemeldet wird, fordert das deutsche Reichskommissariat unter Androhung der Zurückziehung der Konzession, daß der Besitzer des Beirrestaurantes des deutschen Pavillons aus dem Profiteurhause austritt.

Die Restaurateure sind mit ihrer Bewegung vollständig im Recht. Sie sollen vom 15. April ab die sehr hoch bemessenen Nachtschichten zahlen; die Anstellung wurde aber thatsächlich erst Mitte Juni fertig, so daß die Restaurateure erst von da ab etwas verdienen konnten. Wenn sie nun mit Rücksicht hierauf vom Generalsekretär Picard eine Ermäßigung der Nachtschichten zu erlangen suchen, so ist durchaus nicht einzusehen, warum der Reichskommissar Dr. Richter mit Konzessionsentziehungen wegen Beteiligung an dieser Bewegung droht.

Kleine Geschenke — an die Agrarier — erhalten die Fremdschaft. Der preussische Landwirtschaftsminister hat, wie die „Tieler Zig.“ meldet, bestimmt, daß im Herbst 1900 und im Frühjahr 1901 nicht mehr als 6000 Stück dänisches Wagervieh eingeführt werden dürfen, und daß diese höchste Zahl alljährlich um 1200 Stück vermindert werden soll.

Man wünscht die Einfuhr ausländischen Fleisches noch mehr beschränkt werden, um die Fleischpreise zu Gunsten der Agrarier noch höher zu schrauben? —

Ueber den Kleinhandel mit Garn ist dem Bundesrat ein Gesetzentwurf zugegangen, der zur Verhinderung unläuteren Wettbewerbs den Einzelverkauf von Garnen aller Art nur in bestimmten Gewichtseinheiten und unter Angabe der Gewichtsmenge zuzulassen vorschreibt.

Die Reichspost expropriert weiter. Nach einer Meldung des „Pegnitzer Anzeiger“ beabsichtigt die Reichspost, nunmehr auch den Express-Paleifahrt-Gesellschaften den Voraus zu machen. Diese Gesellschaften befördern, wie einst die eingegangenen Privatposten Briefe, Palette, aber mit dem Unterschied, daß die ihnen anvertrauten Sachen nur nach auswärts transportiert werden. Die Portosparsnis gegenüber der bez. Postlagen beträgt bis zu 40 Proz.

Moderne Sklaven. Was unter der Gefinde-Ordnung alles möglich ist, lehrt folgender Fall: Ein Dienstmädchen Agnes Witz hatte plötzlich ohne Auffündigung ihren Dienst verlassen. Sie erhielt bald darauf von der Polizeibehörde eine Verfügung, in welcher ihr aufgegeben wurde, sofort in den Dienst zurückzukehren, in welcher ihr aufgegeben wurde, sofort in den Dienst zurückzukehren. Das Mädchen erhob Beschwerde; sie sei von ihrer Herrin mit einem Loth gegen den Kopf geschlagen worden, so daß eine blutende Wunde entstanden sei; nach § 138 der Gefinde-Ordnung könne ein Mädchen den Dienst ohne vorhergehende Auffündigung dann verlassen, wenn es durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit veretzt worden sei. Die Beschwerde wurde abgewiesen. Und das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage des Mädchens als unbegründet zurück. Dem unglücklichen Opfer der Gefinde-Ordnung wurden außerdem sämtliche Kosten des Rechtsstreits zur Last gelegt.

Ein Züchtigungsrecht steht der Dienstherrschaft zwar nach der Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch nicht mehr zu. Aber das Ober-Verwaltungsgericht hat vermuthlich festgestellt, daß es weder eine Mißhandlung, noch eine Züchtigung, noch eine Erziehung ist, einem Dienstherrn mit einem Loth gegen den Kopf zu schlagen, so daß Blut fließt. Läuft der Dienstherr dennoch davon, so handelt es sich um böswilliges Verlassen des Dienstes.

Der Fall Düllo. Aus Königsberg wird der „Volksg.“ gemeldet: Die Wahlkommission der Stadtverordneten-Versammlung hat beschlossen, den von der Regierung für das Amt eines Stadtrats nicht befähigten Direktor Düllo, und zwar als alleinigen Kandidaten für die Stelle eines befohlenen Stadtrats wieder vorzuschlagen.

Opfer der Armut.

Auf der in Trier tagenden Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege ist von Vertretern der ärztlichen Wissenschaft bemerkt worden, Herbe Kritik an unfre sozialen Zustände gelegt worden.

Ueber Ursache und Bekämpfung der hohen Säuglingssterblichkeit sprach Professor Dr. Brauns (Graz). Er wies in längerer Rede auf die große Kindersterblichkeit hin. In den Jahren 1894 bis einschließlich 1897 starben im Deutschen Reich 3-400 000 Kinder vor dem ersten Lebensjahre. In den weitest meisten Fällen starben die Kinder an Magen-Darmlarven. Diese Krankheit tritt naturgemäß zumeist in den Sommermonaten auf. Die Hälfte aller Säuglinge sterben in den zwei ersten Lebensmonaten. Laut Statistik sterben zumeist die künstlich ernährten Kinder. Aus diesen Erhebungen sei der Schluß gezogen worden, daß die künstliche Ernährung mit der in den Sommermonaten dem Verderben leicht ausgesetzten Milch die Ursache der hohen Säuglingssterblichkeit sei. Es sei daher der Versuch gemacht worden, die künstliche Säuglingsernährung derart zu gestalten, daß sie der Ernährung an der Brust ziemlich gleich komme. Die Versuche betrafen die Herstellung: einer in chemischer Beziehung der Muttermilch möglichst gleich zusammengesetzten Nahrung. Das Ergebnis dieser Versuche sei jedoch kein günstiges, insbesondere sei die Abnahme der Magen-Darmlarven-Krankheiten nicht zu beobachten gewesen. In den Orten, in denen die Säuglingssterblichkeit sich vermindert habe, sei dies der besseren Wasserversorgung sowie andern sanitären Einrichtungen, insbesondere der verbesserten Milchmahlung zu danken. Eine in der Stadt Graz (von 120 000 Einwohnern) angestellte Erhebung habe ergeben, daß in den Jahren 1880 bis 1899 von reichen Leuten nicht ein Kind an Magen-Darmlarven gestorben sei. Von Kindern des Mittelstands betrug diese Zahl 5 Proz., von Armen 35 Proz., von den Nothdürftigen 60 Proz. In einer großen Anzahl anderer Städte, wie Braunschweig, Salzburg usw. seien ganz ähnliche Ergebnisse zu verzeichnen gewesen. Eine Erhebung in Dresden habe ergeben, daß in Zeiten der Cholera in den Straßen der wohlhabenden Klassen fast gar kein Säugling gestorben sei. Während zur Zeit der Cholera-Epidemie in Dresden 10 Proz. aller Säuglinge an der Cholera starben, sei in 223 Straßen kein einziger Sterbensfall zu verzeichnen gewesen. In 50 Straßen betrug zu dieser Zeit die Sterblichkeitsziffer der Säuglinge 20 Proz., in 60 anderen Straßen 30 Proz., in 7 ferneren Straßen 40 Proz. In den Wohnungen der Wohlhabenden sei die Luft und das Wasser gesünder als in den Wohnungen der arbeitenden Klassen. Die Erhebung in Dresden habe aber ergeben, daß, wenn die Arbeiterwohnungen nur richtig angelegt seien, die Säuglingssterblichkeit und auch die Sterblichkeit im allgemeinen sich vermindere. Allein im Jahre 1888 seien in Dresden über die Hälfte aller Wohnungen überbevölkert gewesen. Eine dringende Forderung sei bessere Ausbildung der Hebammen und eine rationelle Ernährung der Säuglinge. Einen großen Einfluß auf das Gedeihen der Säuglinge haben selbstverständlich auch die Eltern. Die erbliche Belastung sei bekanntlich auf die Kinder einen geradezu unheimlichen Einfluß aus. Dieser Uebelstand erfordere eine ganz energische Bekämpfung des Alkoholismus. Professor Bunge sagte: Es sollte kein Mann ein Mädchen heiraten, das erblich belastet sei, das nicht an der Mutterbrust ernährt worden sei (Stürmische Heiterkeit), und das lüthle Pöbne habe. (Heiterkeit.) Selbstverständlich müßte dem heiratsfähigen Mädchen das Recht zu stehen, dieselben Anforderungen an ihren zukünftigen Gatten zu stellen. Professor Heger in Freiburg sagte: Heiratsfähige junge Männer sollten sich verschonen, nur vollbürtige Mädchen zu heiraten. (Stürmische Heiterkeit.) Er (Medner) gebe zu, daß diese Forderungen etwas zu sehr theoretisch seien. (Lache.) Sehr richtig! Allerdings sei die Ernährung durch die Mutterbrust nicht das einzige Mittel, um der Säuglingssterblichkeit zu steuern, die Hauptsache werden die sozialen Verhältnisse bleiben.

Andere Redner betonten die Notwendigkeit der Beschaffung gesunder, keimfreier Milch, sowie der Erweckung größeren Verständnisses für Sauberkeit in den Wohnungen.

In der folgenden Sitzung, am Freitag, befaßte sich die Versammlung mit der

Wohnungsnot.
Vizepräsident Dr. Reinede (Hamburg) suchte an der Hand vieler Zahlen den Nachweis zu führen, daß die Wohnungen der ärmeren Bevölkerung, insbesondere in den großen Städten und Industriezentren allen gesundheitlichen und städtischen Anforderungen geradezu Hohn sprechen. In Berlin, Breslau, Magdeburg usw. haben die Hälfte aller Wohnungen nur ein einziges heizbares Zimmer. Vielfach finde man in einer kleinen Wohnung zwei Haushaltungen. Dazu komme die Ueberfüllung der Wohnungen, zumal die arme Bevölkerung infolge der Wohnungsteuerung genötigt sei, Kammern aufzunehmen. Daß dadurch die Stilleheit in hohem Maße gefährdet werde, sei einleuchtend. Allein, selbst an diesen schlechten Wohnungen sei noch großer

Mangel vorhanden, so daß die armen Leute sich sagen müssen: „Besser eine schlechte Wohnung als gar keine.“ Ein weiterer Uebelstand sei das häufige Wechseln der Wohnungen. Die schlechten, überfüllten Wohnungen gefährden aber nicht nur im höchsten Grade die Sittlichkeit, sie untergraben auch infolge ihrer ungesunden Beschaffenheit die Gesundheit, führen zu einem vorzeitigen Siechtum und machen die arme Bevölkerung für Krankheiten aller Art leicht empfänglich. Noch größer als der körperliche, sei der geistige Schaden, der durch den Luft- und Lichtmangel entstehe. Dieser Uebelstand übertrage sich auf die folgende Generation. Die heranwachsende Jugend gehe vorzeitig geistig, körperlich und sittlich zu Grunde. Die schlechten, überfüllten Wohnungen dienen vielfach dem Verbrechen, der Prostitution usw. als Schlafwinkel. Die Hausfrauen seien außer Stande, für die nötige Sauberkeit zu sorgen, die Männer werden ins Wirtshaus getrieben und finden somit Gelegenheit, sich dem Trunk zu ergeben. Von einem Familienleben, einer sittlichen Kindererziehung könne selbstverständlich keine Rede sein. Es sei bekannt, daß bei Epidemien die Wohnungen des Proletariats am meisten heimgesucht waren. Ist genug sei ein Rotzfrei zwecks Abstellung dieses Uebelstands erhoben worden, bis die Cholera-epidemie in Hamburg den schlagenden Beweis lieferte, welche Früchte die Wohnungszustände der armen Massen zeitigen. **Wolle man vielleicht erst dann Abhilfe schaffen, wenn die Pest über Deutschland hereingebrochen sei?** Wenn auch diese Geißel der Menschheit etwas von ihrer Furchtbarkeit verlor, so haben wir keine, so thue man doch gut, sich auf das schlimmste vorzubereiten. Man dürfe nur nicht vergessen, daß die geschickten Mietsläsern nicht nur die Ausbreitung der Cholera und Pest ungemein begünstigen, sie bilden auch den Hauptherd für Tuberkulose, Schiefelieber, Typhus, Masern, Scharlach usw. Hier sei dringend Abhilfe notwendig, denn der Uebelstand sei mit der Ausbreitung der Industrie noch immer im Wachsen. Die Wohnungen werden nicht nur nicht besser, ihre Zahl werde sogar immer geringer, die Mietspreise immer höher. Die Bauunternehmer entschließen sich ungern, Häuser mit kleinen Wohnungen zu bauen. Zwecks Einrichtung von großen Verkaufsläden, Bauspazisten, Eisenbahn-Verbindungen, Errichtungen von öffentlichen Plätzen, angeblich im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege, werde eine Reihe von Mietsläsern niedergebissen. **Staat und Gesellschaft haben eine dringende Pflicht, diesen himmelschreienden Zuständen so schnell als möglich ein Ende zu machen.** In Hamburg habe man bereits, um der größten Not abzuhelfen, Baracken errichtet, um bei Ausbruch einer Epidemie sofort die sogenannten Mietsläsern entlasten zu können. Gehe Gott, daß es niemals notwendig sein werde, von diesen Baracken Gebrauch zu machen. Er, Redner, habe nur übernommen, die Besprechung über den Gegenstand einzuleiten. Die Vorschläge zur Abhilfe werden seine Mitberichterstattung machen. Er wolle nur auf die gesundheitlichen, sittlichen und sozialen Gefahren hinweisen, die durch die schlechte Wohnungsbeschaffenheit entstehen. Möge die deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege diesmal ihre Stimme nicht vergeblich erheben haben. (Lebhafte Beifall.)

Beh. Baurat Stübgen. Ein Befehl, sich sodann eingehend mit Abhilfsmaßregeln gegen die Wohnungsnot, Oberbürgermeister Dr. Widies-Frankfurt a. M. beliebt eine durchaus verfehlte Polemik gegen die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich bisher gegenüber Reformen auf dem Gebiete des Wohnungswesens ablehnend verhalten hätten. Herr Widies irt. Die sozialdemokratischen Arbeiter arbeiten auch auf diesem Gebiete gern an jeder ernsthaften Reform mit. Sie sind sich allerdings bewußt, daß eine irgendwie gründliche Abhilfe der Wohnungsnot nicht möglich ist, so lange die kapitalistischen Privilegien als unantastbare Ordnung gelten.

Wiedereinsetzung von Militär-Attachés. Infolge der Drehfus-Vorgänge zogen, wie erinnerlich, die Dreihundmächte ihre Militär-Attachés aus Paris zurück, und dasselbe geschah seitens Frankreichs den drei Mächten gegenüber. Jetzt sollen scheinbar die offiziell beglaubigten Espione wieder eingeführt werden, — jedenfalls auch aus Anlaß der „Waffenüberreichung“ in China. Oesterreich scheidet bereits einen neuen Attaché zu den Manövern nach Frankreich, und da in dieser Frage die Dreihundmächte jedenfalls in Uebereinstimmung handeln, so dürften sich auch Deutschland und Frankreich demnächst wieder Militär-attachés zuschicken.

Ausland.

Präsident Krüger als Gefangener.

Aus Lourenço Marques, wohin sich der Präsident Krüger als auf neutrales Gebiet geflüchtet hat, kommt über London die Nachricht, daß die portugiesischen Behörden den Präsidenten in eine Art Präventivhaft genommen haben. „Daily Telegraph“ meldet nämlich:

Krüger werde nominell gefangen gehalten auf Betreiben des britischen Konsuls, welcher entschieden dagegen protestiert habe, daß Krüger das portugiesische Gebiet als Stätte benutze, von wo aus er mit der ansässigen Gewalt Transvaals Verbindung aufrechterhalten oder sie leisten könne. Daher sei Krüger vom Hause des Konsuls fort zum dem Regierungsgebäude gebracht worden, wo er scharf überwacht werde; Militärposten seien dort aufgestellt. Der Sekretär des Gouverneurs sei hofbar für Krüger gemacht und habe Weisung erhalten dahingehend, daß Krüger das Regierungsgebäude nicht verlassen dürfe. Der Gouverneur habe Krüger mitgeteilt, er sei von der Lissaboner Behörde angewiesen, fortan nicht mehr als Vertreter Transvaals und des Orange-Freistaats anzuerkennen, da beide jetzt britisches Gebiet seien. Der französische Konsul und der Konsulatsattaché hätten vorgeschlagen, um Krüger zu besuchen, seien aber ebenso wie Krügers Beamte nicht zu ihm gelassen worden. Auch Schall-Bürger, der in der vergangenen Nacht eingetroffen war, habe keine Erlaubnis erhalten, Krüger zu besuchen, und sei sofort wieder nach Transvaal abgereist, mit ihm van Alphen und Stoff.

Portugal hat sich zwar schon früher den Engländern sehr willfährig erwiesen, besonders, als es britischen Truppen den Durchgang gestattete, die dann den Boeren in den Rücken fielen. Aber es kann doch vorläufig kaum angenommen werden, daß die Dienstfertigkeit gegen England soweit geht, um den geflüchteten Präsidenten wirklich gefangen zu nehmen und ihn etwa gar an England auszuliefern. Das würde allen Bestimmungen des Völkerrechts widersprechen. Vermutlich handelt es sich nur darum, zu verhindern, daß der Präsident, so lange er auf portugiesischem Gebiet weilt, kriegerische oder sonstige Regierungshandlungen unternimmt. Der Abreise Krügers nach einem von diesem gewählten Ort dürften vermutlich keine Hindernisse bereitet werden.

Aus Lourenço Marques wird ferner gemeldet, daß auf den Präsidenten ein **Mordanschlag** geplant gewesen ist. Am Donnerstagsabend wurden in Lourenço Marques 5 Personen verhaftet, die angeschuldigt wurden, sich verschworen zu haben, um Potts Haus, in dem Krüger damals wohnte, in die Luft zu sprengen. Drei von ihnen wurden freigelassen, die beiden andern, welche Engländer sind, in Haft gehalten.

Bezüglich der Abreise des Präsidenten verlautet jetzt aus Trief, auf dem die Route Trief-Wadagassar beschreibenden Dampfer „Sthra“, welcher in den nächsten Tagen in Lourenço Marques eintrifft, seien für Krüger und sein Gefolge Plätze reserviert worden.

Den Wilhoens Familie traf in Lourenço Marques ein. Piet Grobler und Familie wollen mit Dampfer „Herzog“ abreisen.

Der jetzige Oberbefehlshaber Schall-Bürger soll erklärt haben, den Krieg trotz der Weisung Krügers energisch fortsetzen zu wollen. Krüger werde nach Paris und Petersburg reisen, da Anzeichen vorhanden sein sollen, daß Rußland, wenn sich die Boeren noch einige Zeit halten, intervenieren werde.

Vom Kriegsschauplatz verzeichnen wir heute die folgenden Meldungen:

Kapstadt, 15. September. French hat Warberton besetzt und einen Wagenpark, 43 Lokomotiven, Manfergewehre, Munition, Kundvieh und Mundvorrat für drei Wochen erbeutet und hundert Gefangene gemacht.

„Standard“ meldet aus Nachodoborp vom 13. d. M.: French traf in Warberton ein, und fand dort 3000 Frauen und Kinder vor, die aus Pretoria und Johannesburg geflüchtet sind. Die Boeren haben zwischen Helvetia und Schoemansdrift einen Wagen der ersten englischen Telegraphenlinie mit Bullers Postkassen erbeutet.

Pole Carew hat Raaphoep genommen. Steijn hat sich mit allen Geschützen, zehn an der Zahl, nach Betsorspruit zurückgezogen.

Eine Proklamation der europäischen Boerenmission.

Haag, 15. September. Die Boerenmission veröffentlicht eine Proklamation, in welcher sie erklärt, England habe das Kriegsbrecht und den Kriegsbrauch der zivilisierten Nationen verlernt. Die englischen Proklamationen dienen nur als Vorwand, um den Krieg in unmenslicher Weise fortzusetzen. Zum Schluß heißt es in der Proklamation der Boerenmission: „Im Namen der menschlichen Gerechtigkeit richten wir eine Aufforderung an alle Völker, uns in diesem kritischen Augenblick beizustehen und unser Vaterland zu retten. Wir vertrauen auf Gott, daß unsere Bitte Gehör findet.“

Bulgarien.

Mäuerereien der Macedonier. Türkische Behörden in Macedonien sind durch eine That der macedonischen Revolutionskomitees den Verzweigungen des letzteren auf türkischem Gebiet auf die Spur gekommen und hierdurch in den Stand gesetzt worden, zahlreiche, zum Teil dem höheren bulgarischen Lehrstande angehörige Agenten der Propaganda zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen. Der bulgarische Pope Stawre zu Bitolia war kürzlich von mehreren bewaffneten Sendlingen des revolutionären Komitees unter Drohungen aufgefordert worden, dreißig türkische Pfund zur Befreiung seines macedonischen Vaterlands beizusteuern. Stawre erklärte, nicht so viel Geld im Hause zu haben, machte sich aber zur Zahlung der verlangten Summe an einem späteren bestimmten Tage verbindlich. Der alte Geistliche verständigte von dem Vorgefallenen seinen Schwiegersohn, der die Hilfe der Polizei gegen die beachtliche Brandschädigung seitens der Agenten der Verschwörung zu Hilfe rief. Tatsächlich gelang es auch, die zur Umbolung ihrer Deute sich Einstellenden festzunehmen, doch wurde unmittelbar danach der edel aus seiner Kirche heraustretende Pope Stawre von einem 16jährigen Burschen niedergeschossen. Unter den im Zusammenhang mit den erwähnten Vorgängen verhafteten Personen befinden sich vier Professoren des bulgarischen Lyceums zu Bitolia. Außerdem soll in der Gemeinde Cociani in Macedonien ein wohlhabender Kaufmann von Werkzeugen des Komitees ermordet worden sein. Da dieser ebenso wie der Pope Stawre bulgarischer Nationalität war, so erbellt daraus, daß das macedonische Revolutionskomitee die seinen Bestrebungen im Wege stehenden Bulgaren keineswegs besser behandelt, als Rumänen und Aukowalachen.

Socialismus in Russisch-Polen. Das ausländische Komitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds in Ausland und Polen sendet uns eine längere Zuschrift gegen den Bericht des Komitees der „Polnischen Sozialistischen Partei“ in Nr. 185 unseres Blatts. Da wir dem erghenannten Komitee den Wunsch ausdrücken, umfangreiche Erörterungen über die in Polen spielenden Partei-Angelegenheiten im „Vorwärts“ vermeiden zu wollen, hat dasselbe seine Zuschrift zurückgezogen. Diese Zuschrift, um ihren Inhalt kurz zusammenzufassen, erhebt Protest gegen die Ueberschätzung der Verdienste der „Poln. Sozialistischen Partei“ um die Agitation unter den jüdischen Arbeitern sowie gegen die Unterschätzung und Verleumdung der Bedeutung und der Leistungen des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds in Ausland und Polen.“ Die Zuschrift schildert eine umfassende Agitationsfähigkeit des Bunds.

Parteitag der italienischen Socialdemokratie.

Rom, 12. September.

Die gestrige Nachmittags-Sitzung wurde mit der Abstimmung über die Parteileitung eröffnet, zu der die Genossen Uccel, Barbato, Alessandrini, Soldi, Perda verufen wurden; und dann ergiff Referent Treves das Wort über das Minimalprogramm:

„Das Ziel eines Minimal-Programms wurde schon vor drei Jahren vom Parteitag zu Bologna festgesetzt: die Partei soll alle jene Reformen befürworten und durchzuführen suchen, die dem Proletariat die Mittel zum Kampf für sein Endziel verschaffen können. Die aus den Genossen Treves, Lunati und Sambuco bestehende Kommission für das Minimalprogramm hat deshalb die großen Strömungen der Umwandlung des modernen Staats in drei Kategorien gruppiert:

1. Politische Umwandlungen, die zur Gründung eines demokratischen Staats führen sollen, wo das Proletariat, politisch und juristisch den Kapitalisten wirklich gleich sei.

2. Oekonomische Umwandlungen, die zur sozialen Verteidigung des Proletariats und zu Befreiungen führen sollen, die die Konkurrenz im Innern der Arbeiterklasse beseitigen.

3. Administrations- und Steuerumwandlungen für alle jene Reformen und Einrichtungen, die außer dem in den zwei vorhergehenden Paragraphen behandelten Gebiete, den Wert der Proletarier als Menschen und Bürger heben, deren Verhältnisse als Konsumenten verbessern und zugleich die finanziellen Mittel für andere Reformen verschaffen.“

Genosse Treves entwickelt alsdann im Namen seiner Korreferenten alle Reformen und Besiege, die die Socialdemokratie sofort zu verteidigen hat, um jene politische und ökonomische Umwandlung herbeizuführen. „Ein solches Minimalprogramm aber — so meint er weiter — kann nur als ein immer veränderliches und fortschreitendes Zeichen jener Reformen betrachtet werden, die im Interesse der Arbeiterklasse als Mittel zur Erlangung ihrer endgültigen, vollständigen Emancipation durchgeführt werden müssen.“ Er schlägt daher die Bildung einer ständigen Kommission vor, deren Aufgabe darin bestehen solle, über die fortwährende Revision jenes Programms gewissermaßen zu wachen, um es den sich immer erneuernden Forderungen der Wissenschaft und der Praxis durch die Presse oder durch das Referendum anzupassen.

Nach lebhafter Debatte wird das von den Referenten ausgearbeitete Minimalprogramm ebenso wie ihr Vorschlag, eine ständige Kommission zu bilden, mit großer Majorität angenommen.

Als letzter Punkt der Tagesordnung wird die Auswanderung debattiert, diese schwere Wunde Italiens. Es ist Zeit — meinen die Referenten Cabrini und Maino — daß die italienische socialdemokratische Partei sich der traurigen Lage der italienischen Arbeiter annimmt, um zu verhindern, daß sie von unheimlichen Sklavenhändlern gemißhandelt werden, um zu verhindern vor allen Dingen, daß das italienische Proletariat den ausländischen Leidenbrüdern eine niedrige Konkurrenz macht.

Die Referenten schlagen daher folgende Resolution vor: „Die italienische socialdemokratische Partei ist verpflichtet, durch alle ihre Organe eine fortwährende und kräftige Thätigkeit zu entwickeln, um den Auswandererströmen zu folgen, die sich jedes Jahr in alle Länder Europas ergießen, um diese Auswanderer in die ökonomischen Organisationen der betreffenden Länder hineinanzuziehen, um sie endlich für die Socialdemokratie zu gewinnen.“

Zu diesem Zweck wird:

1. Das internationale Sekretariat in Verbindung mit den Kollegen aller Länder bleiben, um den Verkehr zwischen den socialdemokratischen Sozialorganisationen und den italienischen Gruppen im Auslande zu erleichtern.

2. Die ausgewanderten italienischen Socialdemokraten werden sich in Abteilungen der italienischen Partei organisieren, oder sie können Gruppen bilden, die sich der socialdemokratischen Sozialpartei anschließen.

3. Die Parteileitung oder das Gewerkschaftliche Sekretariat werden dafür sorgen, daß eine ihrer Mitglieder als zwischen den ausgewanderten und den in der Heimat gebliebenen Arbeitern Verbindung herstellt, ferner werden sie Sorge tragen, daß die ökonomischen Organisationen (Gewerkschaften usw.) von den Massen als Organisations- und Erziehungsmittel zum Socialismus betrachtet werden.

4. Die Abteilungen der Partei, aus denen Arbeiter auswandern, werden immer der Parteileitung oder dem gewerkschaftlichen Sekretariat Nachrichten, Daten u. liefern, die aber nicht aus dem Auswanderungsbureau herkommen dürfen, weil sie die Partei interessieren.

5. Die socialdemokratischen Stadlabordneten werden in ihren Gemeinden die Gründung eines Auswanderungsamts besorgen, dessen Aufgabe darin bestehen soll, die Bulletin der Arbeitsbörse zu verbreiten, Auskünfte zu erteilen, Zeugnisse auszustellen.

6. In den Ortschaften, wo die Reaktion die Gründung eines solchen Amtes unmöglich macht, müssen die Socialdemokraten „öffentliche Auswanderungsbüros“ bei den Gewerkschaften oder Konsumvereinen gründen.

7. Was die zahlreichen zu Gunsten der Auswanderer ergriffenen Initiativen betrifft, die aber keinen Parteicharakter tragen, können die Socialdemokraten diejenigen unterstützen, die von Arbeiterkongressen beschlossen worden sind.

8. Die socialdemokratische Parteifraktion wird im Parlament folgende Maßnahmen beschließen:

a) Abschaffung der Pachtsteuer;

b) Vermehrung des Fonds zur Heimatsbeförderung der arbeitslosen, Kranken usw. Auswanderer;

c) Bei den in Frankreich, Deutschland usw. unter verschiedenen Namen bestehenden Arbeitskammern, die Gründung von Sekretariaten für die italienischen Auswanderer, deren Aufgabe darin bestehen soll, Nachrichten, Daten, Erklärungen über den Arbeitsmarkt, über die soziale Lage usw. zu liefern. Die Sekretariate werden außerdem regelmäßige Bulletin an die Auswanderungsämter in Italien übermitteln.

9. Die Partei wird durch Vorträge, Zeitungen und Unterhaltungen den Abteilungen und Gruppen im Ausland behilflich sein.“

Nach einiger Diskussion wird diese Tagesordnung angenommen; und nachdem man noch beschlossen hat, den nächsten Parteitag im Jahre 1902 in einer von der Parteileitung zu bestimmenden Stadt abzuhalten, ergreift Genosse Costa das Wort zur Schlussrede. Er sendet einen Gruß an alle Opfer der Reaktion, an alle ausländischen Genossen, die mit uns für die Erlösung der Menschheit kämpfen und leben und gibt seiner Freude Ausdruck über die Ergebnisse dieses letzten Parteitags. Die Versammlung erhebt sich und singt begeistert die Arbeiterhymne.

Partei-Nachrichten.

Zu Wahlkreise Hamm-Sock haben unsere Parteigenossen auf einer Parteikonferenz für eine eventuelle Nachwahl den Genossen H. Peder aus Dortmund als Reichstagskandidaten aufgestellt. Eine Vertagung an den Landtagswahlen hielt die Konferenz nicht für zweckmäßig, im allgemeinen soll jedem Kreise anheimgestellt werden, wie er sich zu dieser Frage stellt. Man war aber der Meinung, daß dort, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden ist, die Partei mit allen Kräften an der Wahl sich beteiligen solle.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Vier Prozeßprozeße** standen gestern in Halle beim Schöffengericht gegen das „Volksblatt“ zur Verhandlung an. In allen vier Fällen handelte es sich um Privatbeleidigungsklagen gegen den Redacteur Ad. Thiele. Unter Anklage gestellt waren Artikel des „Volksblatts“ aus den Jahren 1898 und 1899. Im ersten Fall klagte der Schuhwaren-Fabrikant Moriz Seiler aus Weizenfelds, der sich beleidigt fühlte, weil ihm vorgeworfen war, er habe einem bei ihm beschäftigten gewissen Mädchen unzüchtige Anträge gestellt. Die Beweisnahme ergab, daß Seiler der damals kaum 16jährigen Arbeiterin M. fortgesetzt unzüchtige Anträge gestellt hatte, die diese stets zurückwies. Seiler hatte sich während der Arbeitszeit Stundenlang an der Maschine des Mädchens aufgehängt und verhängliche Nebenarten fallen lassen, so daß das Mädchen schließlich von der Arbeit wegblich. Auch abends hatte er das Mädchen auf der Straße verfolgt. Nach etwa drei Tagen schickte Seiler eine andre etwa 16jährige Arbeiterin in die Wohnung des Mädchens und ließ ihr sagen, wenn sie nicht sofort wieder zur Fabrik komme, werde er sie unter sittenpolizeiliche Kontrolle bringen. Ein Beweis, daß das junge Mädchen sich diesbezüglich vergangen habe, konnte nicht erbracht werden. Genosse Thiele verurteilte die Handlungsweise Seilers als eine von niedriger Bestimmung zeugende. Das Gericht brachte in der Urteilsbegründung auch zum Ausdruck, daß die Handlungsweise Seilers Thiele zu 50 M. Geldstrafe, da nicht alles erwiesen sei, was in dem Artikel gesagt worden ist.

Im zweiten Fall fühlte sich ein Maurermeister wegen eines Artikels über den 1899er Maurerstreik beleidigt und wurde Thiele zu 20 M. verurteilt. Im dritten Fall klagte die Bäckerinnung und erhielt Thiele dieselbe, obwohl die Innung in dem besagten Artikel gar nicht erwähnt worden war, 75 M. Strafe. Und im vierten Fall klagte ein Rentier Weiser, der schon wiederholt Veranlassung zur Kritik gab. Darauf erfolgte Verurteilung zu 40 M. Geldstrafe.

— **Verbreitung unzüchtlicher Drucksachen.** Vor der Strafkammer des Landgerichts Mannheim hatte sich vorige Woche der Redacteur unseres Partei-Organs in Mannheim, Genosse Pader, zu verantworten unter der Anklage, durch Abdruck einer unter der Spitzmarke „Abel mit dem Sabel“ der „Mannheimer Post“ entnommenen Stelle einer Predigt des Jesuitenpaters Abel, die dieser gelegentlich einer Wahlfahrt Männern, Frauen und Jungfrauen in Hopping hielt, sich der Verbreitung unzüchtlicher Drucksachen schuldig gemacht zu haben. Die Strafkammer sprach ihn frei von der Anklage, das Sittlichkeitsgefühl der Normalmenschen beleidigt zu haben unter der Begründung, daß die Notiz, wenn auch an die Grenze des Harmlosen streifend, keineswegs unzüchtig sei.

Der Streik der Militäreffekten-Sattler

wurde am Sonnabend vor dem Einigungsamt verhandelt. Den Vorsitz führte Gewerberichter v. Schulz. Als Vertreter fungierten die Arbeitgeber Ingenieur Bernhardt und Lederhändler Meyer, sowie die Arbeiter Formner Kärsten und Tischler Koblenzer.

Nach Eröffnung der Sitzung begründete Sassenbach die Forderungen der Streikenden. Außer einem specialisierten Accortarif forderten die Arbeiter: Künftige Arbeitszeit, 45 Pf. Stundenlohn, entsprechenden Anschlag für Ueberstunden und Abschaffung der Heimarbeit. Da die Heimarbeit der größte Schaden im Verus sei — so führte der Redner aus, so werde auf diese Forderung großes Gewicht gelegt. Bei gutem Willen könnten die Fabrikanten den Arbeitern in dieser Hinsicht wohl entgegenkommen. Nach Ermittlungen, die in letzter Zeit vorgenommen sind, seien in der Militäreffekten-Branchen 290 Werkstätten und 185 Heim-

Arbeiter vorhanden. Was den aufgestellten Accordtarif betreffe, so seien früher schon höhere Preise gezahlt worden, als die jetzt geforderten. Daß die jetzt üblichen Accordlöhne nicht auskömmlich seien, beweisen die von guten Arbeitern erzielten Durchschnittsverdienste. Der Arbeiter führt an Grund einer in letzter Zeit vorgenommenen Erhebung eine Reihe von Arbeitern an, die während eines Zeitraums von 1/4 Jahren wöchentlich im Durchschnitt 18, 19, 20, 21 M. verdient haben.

Hierauf verliest Fabrikant A. W. Schulze namens der Arbeitgeber eine längere Erklärung, deren wesentlicher Inhalt folgender ist: Wenn wir heute vor dem Einigungsamt erscheinen, ohne daß wir daselbst angerufen haben, so geschieht das in erster Linie deshalb, weil wir hier in der Lage sind, den Unannehmlichkeiten entgegenzutreten, welche die streikenden Arbeiter in der Öffentlichkeit verbreitet haben. Es ist unklar, daß — wie seitens der Arbeiter behauptet — in der Militärerfassenbranche Löhne von 10 bis 12 M. wöchentlich verdient werden. Die regelmäßiger Arbeit werden 21, 24, 27, 30 M. und mehr verdient. Nur schwache Arbeiter verdienen weniger. Eine Anzahl der Streikenden haben 20 bis 30 M. und mehr verdient. In einer gemeinsamen Sitzung mit den Fabrikanten wurde seitens der Arbeiter erklärt, sie würden auf alle ihre Forderungen verzichten, wenn ihnen die Abschaffung der Heimarbeiter bewilligt würde. Daraus geht hervor, daß es sich bei dem Streik in erster Linie um agitatorische Zwecke für die Organisation der Sattler handelt. Die Fabrikanten haben schon lange vor dem Streik einen Accordtarif aufgestellt, der wesentlich höher war als der frühere. Diesen Tarif haben die Arbeiter abgelehnt. Die Fabrikanten erhöhten dann die Preise noch weiter und so wurde vom 9. Juli bis 11. August zu diesen Preisen gearbeitet. Als dann ein größerer Aufschlag kam, traten die Arbeiter in den allgemeinen Streik. — Wir sind nicht in der Lage, mehr zu bewilligen, wie in unserem Tarif, und wenn die Arbeiter unter diesen Bedingungen nicht arbeiten wollen, so müssen wir es ihnen überlassen, weiter zu streiken. — Auf weitere Verhandlungen lassen wir uns nicht ein, zu Besprechungen würden wir allenfalls geneigt sein.

Vor. v. Schulz: Ja, meine Herren, wenn Sie nicht verhandeln wollen, warum sind Sie denn hierher gekommen? Wenn wir beurteilen sollen, ob die Arbeiter recht haben oder nicht, dann müssen wir doch über die Forderungen verhandeln oder meinetwegen uns besprechen, wenn Sie es so nennen wollen.

Die „Besprechungen“ werden hierauf in derselben Weise fortgesetzt, wie es sonst bei Verhandlungen vor dem Einigungsamt üblich ist. — Seitens der Arbeiter wird behauptet, daß die von den Fabrikanten angebotenen Löhne wohl von einzelnen Heimarbeitern in der Fabrik verdient werden, während die Tornisterarbeiter im Hause erheblich weniger verdienen, und nur wenn Frau und Kinder mitarbeiten und die Arbeitszeit eine sehr lange ist, einen höheren Verdienst erzielen.

Ueber die Höhe der Löhne entspinnt sich noch eine weitere Debatte zwischen den Vertretern beider Parteien, ohne daß es zu einer Uebereinstimmung gekommen wäre. Fabrikant Wachsau bemerkt unter andern, er habe versucht, seine Heimarbeiter in der Fabrik zu beschäftigen, sie hätten aber in der Fabrik — wahrscheinlich infolge vieler Biertrinken — weniger verdient wie zu Hause, wo sie unter Mütter Kontrolle stehen. Den Herren — gemeint sind die Vertreter der Arbeiter — liege auch nicht daran, daß die Heimarbeiter besser gestellt werden, sondern sie wollten dieselben nur unzufrieden machen.

Sassenbach vertovert sich gegen diese Annahme. Die Heimarbeiter ständen völlig auf Seite der Streikenden und seien für Befreiung der Heimarbeiter. Den Fabrikanten liege aber daran, die Heimarbeiter zu erhalten, um die Heimarbeiter bei Lohnbewegungen gegen die Fabrikarbeiter auszuspielen zu können. Was das Biertrinken anbetrifft, so sei zu bemerken, daß gerade die Organisation der Sattler bestrebt sei, solche Gewohnheiten zu beseitigen. Die Organisation habe es dahin gebracht, daß der blaue Montag nicht mehr gefeiert werde. — Es komme bei dieser Lohnbewegung darauf an, geregelte Verhältnisse zu schaffen, die ebenso im Interesse der Fabrikanten wie der Arbeiter liegen.

Das Einigungsamt zog sich zur Beratung zurück und erschien nach einer halben Stunde wieder.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärten die Vertreter der Fabrikanten, daß sie bei ihrer vorher abgegebenen Erklärung bleiben und sich zu keinen Zugeständnissen bereit finden.

Vorsitzender v. Schulz bemerkte hierauf, daß es unter diesen Umständen zu einer Einigung nicht komme und deshalb ein Schiedsgericht gebildet werden muß. Die Parteien ersuchte er, Verweismaterial über ihre Behauptungen hinsichtlich der Lohnhöhe einzureichen. Die Weisenerhebung findet im nächsten Termin, am Mittwoch 10 Uhr statt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Buchbinder.

Fortgesetzt erscheinen irrtümliche und lägenhafte Berichte in den öffentlichen Blättern. Ein Artikel, den wir gestern den neuesten Nachrichten gegenüber richtigstellten, war auch in der freisinnigen „Vossischen Zig.“ abgedruckt.

Unser wieder wird in den Berichten die Forderung der Freigabe des 1. Mai in den Vordergrund gestellt. Was bezweckt man eigentlich damit? Die Herren vom Buchbinder-Verein, sowohl wie die von der Innung wissen doch ganz gut, daß die Arbeiter den Tag nicht bezahlet verlangen und da der Tag in eine Zeit stillen Geschäftsgangs fällt, von einer Unerfüllbarkeit einer solchen Forderung gar nicht die Rede sein kann. Nun hat man aber diese Forderung schon lange aufgegeben und in dem neuen Tarif, der uns vorliegt, finden wir überhaupt nichts über den 1. Mai. Trotzdem hat man, wie aus den Berichten hervorgeht, die Verhandlungen in der Donnerstagsitzung der Prinzipale wieder mit der 1. Mai-Frage eingeleitet! Was für Zwecke verfolgt man, daß man diese längst fallengelassene Forderung immer wieder in den Vordergrund stellt? Welche etwa?

In der „Märkischen Volkszeitung“ lesen wir, die Bemühungen, den Lohnstreik vor das Einigungsamt zu bringen, seien bis jetzt erfolglos geblieben. Wer hat sich denn darum bemüht? Etwa die Prinzipale? Und ist davon nichts bekannt geworden. Und die Arbeiter haben bis jetzt keine Veranlassung, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen und, nachdem sie vor acht Tagen von den Herren gesperrt worden sind, sich auf diese Weise wieder anzubieten.

Die Verhandlungen, die zwischen dem Innungsvorstand und dem Gesellenausschuß stattgefunden haben, hatten durchaus keinerlei bindende Bedeutung und waren nur Vorschläge, die zur Grundlage bei einem eventuellen Einigungsversuch dienen sollten. Es wurden beiderseitig geringe Konzessionen gemacht. Die Forderungen sind bereits von 25 größeren und mittleren Firmen bewilligt worden. Mit mehreren andern sind Verhandlungen eingeleitet.

Gestern abend zahlte die Lohnkommission circa 6500 M. Unterstützung aus. Es sind aber Gelder vorhanden, um die Aussperrung eventuell noch 6 Wochen auszuhalten.

Sehen geht uns die telegraphische Nachricht zu, daß das Tarifamt der Buchdrucker die Vermittlung zwischen den Parteien übernommen hat und auf Dienstag, den 18. September zu Verhandlungen einladet. Dieselben sollen im Buchgewerbehaus in Leipzig stattfinden.

Eine Lohnbewegung ist bei der bekannten Petroleum-Fabrikfirma Joske, Moabit, zu verzeichnen. Bereits vor etwa 14 Tagen reichten die Arbeiter dieser Firma Lohnforderungen ein. Da aber der Chef zur Zeit auf Helgoland weilte, wurde bis zur Rückkehr desselben seitens des Geschäftsführers mit den Arbeitern ein Waffenstillstand geschlossen. Dieser ging dahin, daß die Arbeiter sich verpflichteten die Arbeit vor Rückkunft des Chefs nicht niederzulegen, während andererseits der Geschäftsführer sich verpflichtete, während dieser Zeit keine neuen Arbeiter einzustellen. Diese Vereinbarung wurde auf beiden Seiten gehalten. Vergangenen Mittwoch

kam nun der Chef der Firma zurück und die Arbeiter legten ihm nunmehr sofort die Forderungen vor. Als dieser nicht bewilligte, legten am Donnerstag früh sämtlich 60 Arbeiter die Arbeit nieder. Bereits am Nachmittag desselben Tags erklärte sich die Firma zu Unterhandlungen mit einem Vertreter der Organisation bereit. Daraufhin wurde folgendes vereinbart. Der gegenwärtige Wochenlohn von 20, 21 und 22 M. bleibt bestehen. Die Arbeiter erhalten aber von nun an für jede zurückgebrachte 3 Liter-Stanne — bei größeren Stannen diesem Maß entsprechend — 1/2 Pf. Außerdem für jeden Karton verkaufte Seite 3 Pf., und für zurückgebrachte Seifendosen, wenn von 100 96 zurückgebracht werden, pro Dose 3 Pf. Nach dem bisherigen Umsatz berechnet, ergibt dies eine Lohnsteigerung von 3 bis 5 M. pro Woche. Die Firma verpflichtete sich außerdem, jedem Arbeiter, der einen Gesamtverdienst von 23 M. nicht erreichen sollte, 1 M. Entschädigung zu geben. Die Ausständigen, welche sämtlich im Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter organisiert sind, haben daraufhin am Freitag einmütig die Arbeit wieder aufgenommen.

Durch die Buchbinder-Aussperrung war es bei der Firma Kämmerer, Kochstraße, auch zu Differenzen mit den Hausdienern gekommen. Die neun dort beschäftigten Leute weigerten sich, Arbeit der Buchbinder zu verrichten und wurden infolge dessen Mittwoch früh ebenfalls entlassen. Freitag erhielt ein Teil der Hausdiener Karten von der Firma des Inhalts, die Arbeit könne wieder aufgenommen werden, da alles, was die Hausdiener betreffe, erledigt sei. Am jedoch der Sache sicher zu sein, wurde am Sonnabend der Vertreter der in Betracht kommenden Organisation des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter bei der Firma vorgestellt. Die Verhandlungen ergaben, daß die Firma sich verpflichtete, die Hausdiener nicht mehr zu Buchbinderarbeiten zu verwenden und denselben zugleich eine entsprechende Lohnsteigerung zusicherte. Außerdem ist eine 14tägige Kündigungsfrist vereinbart und versprochen worden, daß den Betroffenen Nachteile wegen der Arbeitsniederlegung nicht entstehen sollen. Die Hausdiener haben daraufhin bereits nachmittags die Arbeit wieder aufgenommen.

Achtung, Metallarbeiter! Holzarbeiter! Am Sonnabend haben die Arbeiter der Patentmatratzenfabrik Wespohl u. Reinhold, Berlin, Südrufer 24/25 wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen einstimmig die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung Berlin der deutschen Metallarbeitergewerkschaft.

Deutsches Reich.

Der Ausstand der Leipziger Steinseher ist am Freitag vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts beigelegt worden, und zwar mit einem unbestreitbaren Erfolg für die Arbeiter. Dieselben haben errungen: die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit von zehn auf neuneneinhalb Stunden, einen Mindest-Stundenlohn bis 31. März 1901 von 57 Pf. (bisher 50-55 Pf.), vom 1. April ab bis 31. Dezember 1901 60 Pf. Minimallohn; Fernabends um 5 Uhr Feierabend ohne Lohnabzug. Außerdem ist eine aus einer gleichen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Kommission zu wählen, welche alle Differenzen zu schlichten und auch über die weitere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu berathen hat. Die neunständige Arbeitszeit, die die Arbeiter ursprünglich gefordert hatten, vor dem Einigungsamt durchzubringen, war nicht möglich, jedoch da die Arbeiter selber sich von Anfang an mit dem Gedanken vertraut gemacht hatten, daß dieselbe überhaupt erst vom 1. April nächsten Jahres an eingeführt werden würde, so bedeutet die stattgefundene Vereinbarung im Grunde genommen nur eine hinauschiebung der kürzeren Arbeitszeit. Daß doch die immerhin nur keine Organisation der Steinseher in diesem ungemüht hartnäckigen und vom Unternehmertum mit den schärfsten Mitteln geführten Kampf, ihre glänzendste Probe in ihrem an Kämpfen nicht armen Dasein bestanden. Zum Teil ist das freilich auch der Opferwilligkeit der Leipziger Arbeiterchaft zu danken.

In Halle a. S. ist die Situation noch unverändert; die Zahl der Ausständigen beträgt noch immer zehn Mann. Jedoch ist hier Aussicht vorhanden, daß sich der Kampf nicht so lange hinziehen wird, wie in Leipzig.

Ausland.

Aus New York wird berichtet: Im Anthracit-Kohlengebiet sind jetzt 30 000 Grubenarbeiter im Ausstand.

Sociales.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin hatte im Jahre 1899 einen Markenerlös von 6 352 008 M. Quittungskarten wurden für das Gebiet der Anstalt neu ausgestellt 540 881 (im Etatsjahr vom 1. April 1899 bis 30. März 1900). Eingeliefert wurden bei der Quittungskarten-Verwaltung 476 087 Karten.

Ungezügelter Altberei wurde in 4188 Fällen festgestellt. Verhaftungen von Unternehmern erfolgten in 1740 Fällen mit zusammen 7956 M. Strafe. Von diesen Strafen mußten 447 zwangsweise beigetrieben werden; gegen 143 Straffestellungen wurde Bewerbe erhoben, die aber nur in 6 Fällen Erfolg hatte.

Die Mehrzahl der bestraften Unternehmer stammten aus den Berufen der Kaufleute, Expediente, Rahmungs- und Genussmittelbranche, Bekleidungsindustrie, Gastwirthe.

Gegen Bescheide der Versicherungsanstalt wurden 587 Berufungen (darunter 546 von Versicherten) beim Schiedsgericht anhängig gemacht. Auf 191 derselben erfolgte teilweise oder völlige Abänderung des angefochtenen Bescheids, 60 blieben unerledigt, 36 endigten mit Vergleich oder Zurücknahme der Berufung. Gegen Urteile des Schiedsgerichts wurde in 89 Fällen Revision eingelegt, darunter in 76 Fällen von Versicherten; 54 der Revisionen wurden verworfen.

Die Versicherungsanstalt hatte im Berichtsjahre eine Gesamteinnahme von 7 811 761 M., wovon natürlich der Markenerlös mit der bereits anfangs genannten Summe die Hauptrolle spielt; auf Zinsenertrag kommen dann noch 1 323 351 M.

Die Ausgaben betragen zusammen 7 304 606 M., wobei jedoch allein für Kapitalanlagen 5 226 808 M. sind. Für Renten wurden ausgegeben 819 618 M., für Heilbefahren 294 482 M., für Beitragsrückstellungen 321 208 M., für Verwaltungskosten 258 888 M.

Der Gesamt-Vermögensbestand der Anstalt betrug am Jahres-schluss 45 893 716 M.

Rettung des Handwerks. Die Schuhmacher-, Sattler- und Wäcker-Schwärzungen in Ratingen bei Düsseldorf sind aufgelöst worden. Ihre „Vermögensbestände“ sind der Handwerkerkammer überwiehen. Der Vorstand der letzteren hat die Beträge von rund 207 M. der Stadtgemeinde Ratingen für Zwecke der obligatorischen Fortbildungsschule überwiehen.

Der Verband deutscher Metallindustriellen hielt gestern eine Sitzung seines Ausschusses ab, über die wir einiges für die Arbeiterbewegung Beachtenswerthes nach einem offiziellen Bericht wiedergeben. Nach dem in der Sitzung erstatteten Bericht über die Thätigkeit im Jahre 1899 ist die Anzahl der Mitglieder auf 2800 mit rund 1/4 Million Arbeitern gestiegen. Dem großen allgemeinen Aufschwung entsprechend haben, wie in andern Industrien, so auch in der Metallindustrie besonders zahlreiche und schwere Streiks stattgefunden. Aber, so fügt der Berichtslatter überauswichtig hinzu, in allen Fällen handelte es sich um unberechtigte Forderungen der durch Agitatoren verführten Arbeiter, wesentlich um in frivolster Weise hervorgerufene sogenannte Nachfragen, wie beispielsweise um die Freigabe des 1. Mai als Feiertag und die Wiedereinstellung von Arbeitern, die von dem Arbeitgeber mit voller Berechtigung entlassen waren. Tausend der geschlossenen Organisation des Gesamtverbandes haben alle Ausstände mit der vollen Niederlage der Arbeiter beendet. Dieses energische Vorgehen gegen unberechtigte Streiks wird im hohen Maße als Ausführung des an die Spitze der Zwecke des Vereins gestellten Strebens,

das Wohl der Arbeiter selbst zu fördern, angesehen werden müssen denn es ist bekannt genug, daß viele Arbeiter nur dem Terrorismus der socialdemokratischen Agitation nachgebend, aber höchst ungern die Arbeit niederlegen und es als eine Wohlthat betrachten würden, wenn das zielbewußte Vorgehen der Arbeitgeber, wie zu erwarten ist, dazu beitragen würde, die Reizung der Agitatoren, unberechtigte Streiks anzuknüpfen, etwas zu dämpfen. Mit Rücksicht auf die durch die Mai-feier hervorgerufenen Ausstände wurde berichtet, daß der Verband beschloß, habe, diejenigen Arbeiter der Verbandswerke, die den 1. Mai feiern, als streikende zu betrachten.

Es folgte dann die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten, unter andern die Wahl des Vorstands; es werden wieder gewählt die Herren Kommerzienrat Paul Hedemann-Berlin, Direktor Schimpff-Halle, Vaurat Meppel-Rürnberg, Fabrikbesitzer Wend-Aliona. An Stelle des nach seinem Wunsch auscheidenden Kommerzienrats Körting - Hannover wurde Kommerzienrat Engelhardt - Offenbach gewählt.

Es wurde dann in der Erörterung des zehnstündigen Arbeitstags getreten, wozu Herr Direktor Köhler-Berlin referierte. Wie Redner behauptet, arbeiten in Berlin von den dem Verbands angehörenden 128 Firmen 103 10 Stunden; sie beschäftigen 93 Proz. der Arbeiter, bei 23 Firmen besteht eine etwas kürzere Arbeitszeit, veranlaßt lediglich durch die örtliche Lage der betreffenden Werke. Im übrigen Deutschland ist die Arbeitszeit mindestens 10 Stunden, vielfach wird länger gearbeitet. Der Verband hat beschlossen, seinen Mitgliedern die Einhaltung der zehnstündigen Arbeitszeit zur Pflicht zu machen und Firmen nicht aufzunehmen, die sich dieser Pflicht nicht unbedingt unterwerfen.

Ueber die Arbeitsnachweisstellen des Verbands berichtete Herr Direktor Schimpff. Der Arbeitsnachweis im Verband werde von der prinzipiellen Anschauung, daß der Arbeitsnachweis in der Hand der Arbeitgeber gehalten werden müsse, geleitet. Die sogenannten paritätischen Arbeitsnachweise leisteten vielfach nur der Socialdemokratischen Vorhube. Im Anschluß hieran behauptete der Herr Vorsitzende, daß sich der Arbeitsnachweis des Verbands als sehr wirksames Mittel zu Dämpfung der Socialdemokratie erwiesen habe, ein Mittel, das im übrigen in hohen Grade erzieherisch auf die Arbeiter wirke.

Ueber das Bürgerliche Gesetzbuch und das Arbeitsverhältnis berichtete Herr Betriebsdirektor Kranz. Die Ansicht der Versammlung ging dahin, daß es zu empfehlen sei, die Bestimmungen des § 616 durch die Arbeitsordnung auszufüllen.

Die übrigen Gegenstände betrafen untergeordnete Angelegenheiten.

Gesetzeskenntnis ist nicht immer die starke Seite der Volksgel-vertreter. Das beweist wieder ein Bericht der Königsberger Volktribüne aus Magnit. Ein dort ansässiger Kaufmann und Seltenerwasser-Fabrikant Taudien, der wegen seines groben und hochfahrenden Betragens seinen Arbeitern gegenüber sehr oft dieselben wechseln muß, geriet auch am 1. September vormittags mit einem seiner Arbeiter in Streit. Neben andern Beschimpfungen sagte er zu dem Arbeiter, er solle machen, daß er fortkomme. Der Arbeiter arbeitete trotzdem noch bis Abend, dann verlangte er seinen Lohn und die Quittungskarte. Herr Taudien gab ihm weder eins noch das andre. Am 4. September erhielt der Arbeiter von der Stadtpolizei-Verwaltung ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Sie haben am 1. d. M. ohne geschwähigte Ursache den Dienst bei dem Kaufmann Taudien hier selbst verlassen. Die Uebertretung wird bewiesen durch den Kaufmann Taudien hier selbst. Es wird deshalb hiermit gegen Sie auf Grund des Gesetzes vom 24. April 1854 eine bei der hiesigen Stadt-Hauptkasse zu erlegenden Geldstrafe von 10 M., an deren Stelle, wenn sie nicht beigetrieben ist, eine Haft von zwei Tagen tritt, festgesetzt usw.“

Magnit, den 3. September 1900.

Stadtpolizei-Verwaltung.

Der betreffende Arbeiter untersteht im rechtlichen Verhältnis der Gewerbe-Ordnung und nicht der Gefinde-Ordnung. Das sollte auch die Polizei in Magnit schon wissen.

Die Arbeiterbildungskurse in Jülich, welche im verflohenen Winter von socialdemokratischer Seite veranstaltet worden, waren von insgesamt 131 Personen besucht, welche in den verschiedenen Klassen als 212 Hörer figurierten. Außer 14 Studierenden, wovon 8 weiblichen, waren noch 29 verschiedene Berufsarten vertreten, insbesondere waren betheiligt 18 Schreiner, 7 Schrift-seher, je 6 Schlosser, Tapezierer und Zimmerleute, 3 Wach-beamte u. s. w. Die einzelnen Kurse waren frequentiert: Arbeiter-schule - Geographie (Vortragender Greulich) 40, Natur-wissenschaft (Vommler) 57, Rechtswissenschaft (Jülicher) 88 und Nationalökonomie (Hertner) 62. Die Zahl der weiblichen Hörer betrug insgesamt 27. Die Einnahmen aus Beiträgen der Arbeiter-Organisationen und Kursgeldern betragen 853 Fr., die Ausgaben 552 Fr. Die Vortragenden hatten auf ein Honorar verzichtet. Der Verein für Arbeiter-Bildungsjahre zählte am Schluß des Rechnungsjahrs 37 Einzel- und 21 Kollektivmitglieder (Organisationen).

Die erste Konferenz socialdemokratischer Frauen.

Mainz, 15. September.

Die heutige Konferenz ist von 40 Delegierten besetzt, die Frauenorganisationen vertreten, und zwar 25 Frauen und 15 Männern. Als Gäste sind u. a. anwesend Bernerstorfer - Wien und Fr. Schumann, die Assistentin des Mainzer Gewerbe-Inspectors.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung: Ausbau des Systems der Vertrauenspersonen, wird eingehend debattiert. Die Abstimmung wird verworfen, weil die Anträge nicht gedruckt vorlagen. Aldann wurden die weiteren Punkte der Tagesordnung: die Agitation unter dem weiblichen Proletariat, Arbeiterinnen-schule und Frauenbildungsvereine erledigt. Es wurden eine Reihe von Anträgen angenommen und die Directiv für die Genossinnen gegeben. Es wird beschlossen, die Gewerkschaftsorganisation mit aller Kraft zu fördern, Agitations-flugblätter zu verbreiten usw. Die Verhandlungen werden alddann auf morgen vertagt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

China.

Petersburg. (W. T. U.) Nachrichten des Generalstabs melden: Das Kavallerie-Detachement des Generals Argishanowski nahm die zwischen Ringuta und Girin gelegene Stadt Oros am 7. d. M. nach einem unbedeutenden Geplänkel bei Santschabou ohne Verlust ein und erbeutete 4 Geschütze. Oros wurde besetzt; von Ringuta wurden Verstärkungen von Infanterie und Artillerie nach Oros geschickt. General Kramenlanoff rückte am 6. September mit Kavallerie von Tiflis gegen Süden vor, General Orlov marschierte zur Unterstützung desselben mit Kosaken und Infanterie in derselben Richtung und kam am 9. September in Janguan, zwei Meilen von Tiflis, an. In Tiflis wurde eine Besetzung zurückgelassen. Der Gouverneur geht auf alle Bedingungen Jang-lands ein.

Hongkong, 15. September. (W. T. U.) Der deutsche Kreuzer „Ussard“, der hier eingetroffen ist, überbringt folgende Nachrichten aus Santon: Die rohen Elemente der Bevölkerung werden immer feindseliger gegen die Fremden. Sonst ist in der Stadt alles ruhig. Sechs fremde Kanonenboote liegen vor der Vertheidigung Schanzen. Von einer Thätigkeit in den Cocca-Hör ist nichts zu sehen. — Die dritte indische Brigade hat Befehl erhalten, sofort nach Wei-hai-wei abzugehen.

Posen, 15. September. Das „Posener Tageblatt“ meldet aus Warschau: Der freiconservative Reichstags- und Landtags-Abgeordnete, Landtags-Präsident der Provinz Posen und Schloßhauptmann v. Dalembovski - Pomst ist heute früh gestorben.

Magenburg, 15. September. (W. T. U.) In Elbing fanden gestern mehrere heftige Erdbeden statt.

Parteitag der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Mainz, den 14. September 1900.

Das socialdemokratische Parteiparlament wird seine diesjährige Tagung während der kommenden Woche im goldenen Mainz abhalten. In der großen am Rheinufer prächtig gelegenen Stadthalle werden die Delegierten sich versammeln. Wie schon der Name sagt, ist das Versammlungsort städtisches Eigentum und der Riesenaal ist der socialdemokratischen Partei von der Bürgermeisterei für die ganze Woche bedingungslos zur Verfügung gestellt worden.

Die Teilnahme am Parteitag wird diesmal eine recht große werden. Süddeutschland wird naturgemäß etwas stärker vertreten sein als auf dem vorjährigen Parteitag in Hannover. Die Verhandlungen werden voraussichtlich bis Freitagabend zu Ende geführt werden, da sich unmittelbar an die Mainzer Tagung der internationale Socialistenkongress in Paris anschließt und für einen erheblichen Teil der Delegierten Zeit zur Reise nach Paris sein muß. Die Tagesordnung des Parteitags ist bekannt.

Die Delegierten treffen zum größten Teil bereits morgen ein. Angemeldet sind schon über 200. Besonders zahlreich werden diesmal auch die Frauen vertreten sein. Die starke Beteiligung der Frauen am Parteitag ist zum Teil aus dem Umstand zu erklären, daß am Sonnabend hier die socialdemokratische Frauenkonferenz tagte. Zur Beratung stehen außer Organisationsfragen hauptsächlich Agitationsfragen.

Am Sonntagabend wird der Parteitag durch eine große Feier eingeleitet werden. Ein umfangreiches Programm ist bereits aufgestellt worden.

Eduard David, der hessische Landtags-Abgeordneter und Reichstagskandidat für Mainz wird die Delegierten namens der Mainzer Arbeiterschaft begrüßen. Bebel sollte die Festrede halten; da er aber an einem Augenleiden erkrankt ist, tritt Auer für ihn ein. Dreihundert Arbeiterjäger aus Mainz, Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt werden das Fest durch ihren Gesang verschönern. Ihr Chorleiter ist der bekannte Musiker Wendelin Weichheimer, ein alter Laßalleaner, der wochenlang unermüdet mit der Einstudierung der Chöre beschäftigt war. Weichheimer, dessen unlängst erschienene Memoiren in der deutschen Musikwelt berechtigtes Aufsehen erregt haben, hat seines „Tendenzstück“ und „Herzog von Ostpreußen“ in Musik gesetzt. Beide Kompositionen werden zu Gehör gebracht werden.

Zu der Mainzer Arbeiterschaft giebt sich für beide Veranstaltungen naturgemäß ein sehr großes Interesse kund.

Zur Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen.

Am den Genossen die Teilnahme an der Debatte über die Taktik bei den Landtagswahlen zu erleichtern, geben wir nachstehend die bisher in Bezug auf die Wahlbeteiligung für Preußen gefaßten Beschlüsse der Partei in historischer Reihenfolge wieder.

Zum erstenmal beschäftigte sich die Partei mit dieser Frage im Jahre 1870, als die Fortschrittspartei in Berlin Eugen Richter an Stelle von Johann Jacoby als Kandidaten proklamierte. Die Ansichten der beiden Richtungen, in die wir Partei damals gespalten war, gingen auseinander. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein ließ in einer Berliner Wahlmänner-Versammlung im dritten Wahlkreis die Erklärung abgeben, daß nur eine aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene Kammer als Volksvertretung betrachtet werden kann, und daß sich infolgedessen jede demokratische Partei, so lange ein Klassen-Wahlrecht besteht, der Wahl zu enthalten habe. Dagegen schrieb der „Volkstaat“, das Organ der späteren Eisenacher, am 2. November 1870:

„Es seien aus Preußen von verschiedenen Seiten Anfragen ergangen, wie sich die Genossen bei der bevorstehenden Landtagswahl zu verhalten hätten. Die Resolution erklärt nun, daß sie nicht an alle in diese wichtige Frage entscheiden möchte und deshalb eine Anzahl Genossen zusammengerufen habe und daß man da zu folgendem Beschluß gekommen sei:

„In Rücksicht, daß das Dreiklassen-Wahlrecht die Entscheidung ausschließlich der Bourgeoisie und dem großen Grundbesitz in die Hand giebt, soll man sich unter Protest der Wahl enthalten. Eine Ausnahme würde nur für den Fall einzutreten haben, daß das Bürgerturn Männer von unzweifelhaft demokratischer Gesinnung, Johann Jacoby, Guido Weich usw. aufstellte, von denen anzunehmen ist, daß sie wahrscheinlich im Sinne unseres Programms wirken würden.“

Nachdem dann in den achtziger Jahren Frohme und im Jahre 1893 Eduard Bernstein die Frage der Wahlbeteiligung angeregt hatten, beschloß die Kölner Parteitag 1893 damit und nahm einstimmig folgende von Bebel vorgelegene Resolution an:

„In Erwägung, daß das Dreiklassen-Wahlrecht in Preußen, das nach dem eigenen Ausdruck Bismarcks das elendeste aller Wahlrechte ist, der Socialdemokratie es unmöglich macht, sich mit Aussicht auf Erfolg an den Wahlen zum preussischen Landtag selbstständig zu beteiligen;

in fernerer Erwägung, daß es den bisher beobachteten Grundrissen der Partei bei Wahlen widerspricht, sich in Kompromisse mit feudalistischen Parteien einzulassen, weil diese notwendigerweise zur Demoralisation und zu Streit und Zwietracht in den eigenen Reihen führen müssen,

erklärt der Parteitag:

Der Parteitag beschließt ferner: in Erwägung, daß die Wahlrechte in den Einzelstaaten eine wahre Minderparteireaktionäre Wahlgesehe bilden, daß insbesondere der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlrechts in Preußen es der Arbeiterklasse unmöglich macht, eigene Vertreter in den Landtag zu senden, fordert der Parteitag die Parteigenossen auf, in allen Einzelstaaten eine umfassende und energische Agitation für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Landtage im Sinne unserer Programmforderung in Angriff zu nehmen.“

Inzwischen änderte sich die politische Lage in Preußen; hervorragende Parteigenossen, die Tagespresse und das wissenschaftliche Organ der Partei erwogen von neuem die Taktik, die wir einzuführen haben, und auch die höchste Vertretung der Partei mußte infolgedessen wieder Stellung dazu nehmen. Der Parteitag in Hamburg 1897 hob den Kölner Beschluß mit 160 gegen 50 Stimmen auf und nahm mit 145 gegen 64 Stimmen bei einer Stimmenthaltung nachstehende Resolution an:

„Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen. Inwieweit eine Beteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse. Kompromisse und Bündnisse mit andren Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.“

Mit dieser Resolution war die Frage der Wahlbeteiligung aber noch nicht erledigt; der Beschluß wurde von den verschiedensten Parteigenossen verschieden ausgelegt, und eine große Anzahl von Anträgen, die sich auf die Landtagswahl bezogen, wurden dem nächsten Parteitag, der 1898 in Stuttgart zusammentrat, unterbreitet.

Der Parteitag überwies alle diese Anträge einer aus 15 Mitgliedern — sowohl Gegnern als Anhängern der Wahlbeteiligung — bestehenden Kommission, die dem Parteitag folgende Resolution vorlegte:

„Die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen unter dem Dreiklassen-Wahlrecht kann nicht, wie die an den Reichstagswahlen, als eine Heerschau betrachtet werden, als ein Mittel, durch die Zahlung unserer Stimmen einen moralischen Erfolg zu erreichen, sondern nur als ein Mittel, bestimmte praktische Erfolge zu erzielen, namentlich die Abwendung der Gefahr, daß die krasseste Reaktion die Mehrheit im Landtag erlangt.“

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, erklärt der Parteitag, daß die Beteiligung an den Landtagswahlen nicht in allen Wahlkreisen geboten ist, um so weniger, als bei der Kürze der Zeit, die uns von den preussischen Landtagswahlen trennt, nicht daran gedacht werden kann, die in dieser Frage jetzt weit auseinander gehenden Meinungen innerhalb der Partei einander so zu nähern, daß ein einheitliches Vorgehen der Gesamtpartei möglich ist.

Unter diesen Umständen überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Wahlkreise, über die Frage der Beteiligung zu entscheiden. Wird in einem Wahlkreis die Beteiligung beschloffen, so werden, falls es sich dabei um eine Unterstützung bürgerlicher Oppositionskandidaten handelt, die Kandidaten sich verpflichten müssen, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen entgegen zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen.“

Die Resolution wurde angenommen. Damit waren die bezüglich der Wahlbeteiligung gestellten Anträge erledigt.

Auf Antrag der Genossin Alois Zugenburg beschloß dann der vorige Parteitag in Hannover die Frage der Taktik bei den Landtagswahlen auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitags zu setzen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Lokalliste für Berlin und Umgegend

ist neu herausgegeben und der heutigen Nummer unseres Blatts beigefügt worden. Bei der Wichtigkeit der Lokalliste erwächst den Parteigenossen die dringende Pflicht, die Lokalliste streng zu beachten. Hier in Berlin wie in nächster Nähe der Reichshauptstadt besteht noch der traurige Zustand, daß behördliche und ordnungsparteiliche Einflüsse die socialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft an der Wahrnehmung des bürgerlichen Vereins- und Versammlungsrechts hindern, das in Preußen unter den ungünstigsten Verhältnissen geübt ist. Den Sozialtreibern und Verweigerungen gegenüber, die in Berlin selber verübt, in den Vororten dagegen offen betrieben werden, bleibt uns kein Mittel übrig, als die Lokalliste; und diese dort, wo nötig, durchzuführen, muß das Bestreben aller Parteigenossen sein. Arbeiter, Parteigenossen, besucht daher nur solche Lokallisten, welche auf der Liste verzeichnet stehen. Vor allen Dingen erwacht aber den Vorständen von Arbeitervereinen die Pflicht, beim Abschluß von Festlichkeiten auf das strengste die neue Lokalliste zu beachten. Die Vorstände wollen in solchen Fällen auch darauf achten, daß in den Verträgen mit dem Bier eine Klausel Platz findet, wonach für den Fall, daß das Lokal für Arbeiter-Versammlungen später verweigert werden sollte, auch der Abschluß der Festlichkeit als nichtig zu betrachten ist und das Vergütigen nicht abgehoben zu werden braucht. Verschiedene Vorcommissee der letzten Zeit lassen eine Bestimmung dieser Art dringend rathsam erscheinen. Nur Beharrlichkeit und Energie kann im Kampf um die Versammlungslokale zum Siege führen!

Freie Volkshöhne. Heute nachmittags 2 1/2 Uhr ist die Vorstellung der III. Abteilung im Lessing-Theater. Zur Aufführung gelangt unter der artistischen Leitung Fritz Witte-Wilbs mit dem Ensemble des Lessing-Theaters: „Die Nacht der Finsternis“, Drama in 5 Akten von Leo Tolstoj und Hans Meery (deutsch von August Scholz). Die Vorstellungen der 4.—7. Abteilung folgen am 23., 30. September, 7. und 14. Oktober. — Nächsten Sonntag I. Abteilung im Carl-Weich-Theater: „Ueber unsre Kraft“ (I. Teil) von Björnson. — Die neuen Mitgliedskarten der Winteraison 1900/1901 müssen aus den Poststellen abgeholt werden, da dieselben sonst an neue Mitglieder verausgabt werden. — Neuaufnahmen können nur noch für die 7. Abteilung in allen Zahlstellen täglich durch den Vorstand erfolgen. (Siehe heute Inserat.) J. A.: G. Winkler.

Schöneberg. Die Versammlung des Socialdemokratischen Vereins findet Montag, abends 8 Uhr, bei Obs. Grünwaldstr. 110, statt. Tagesordnung: Die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz. Referent Dr. E. Preußner.

Schmargendorf. Am Dienstagabend, 8 1/2 Uhr, tagt der Arbeiter-Bildungsverein im „Wirtshaus Schmargendorf“. Vortrag des Genossen Brille über Arbeiterschaft.

Arbeiterverein von Panow und Umgegend. Dienstag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Großkur, Berlinerstr. 27: Vereinsversammlung. Vortrag des Herrn Dr. Josi über: Wissenschaft und Weltuntergang. Verteilung der Broschüre: „Bericht über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion“, von Paul Singer. Bei der interessanten Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch Der Vorstand.

Wilmerdorf. Die nächste Versammlung des Socialdemokratischen Vereins findet am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im „Volksgarten“, Berlinerstr. 40 statt. Tagesordnung: Gemeinde-Angelegenheiten.

Lichtenberg-Friedrichsberg. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß am Dienstag, abends 9 Uhr, bei Göstlich, Frankfurter Chaussee 120, eine Vereinsversammlung stattfindet, in der Genosse Dr. Wollheim über „Staatshilfe und Selbsthilfe“ spricht.

Friedrichsfelde. An Stelle der am Donnerstag, den 20. d. M., fälligen Wahlvereins-Versammlung findet in dem jetzt freigegebenen Lokal von Küffel, Berlinerstr. 18, eine Volksversammlung statt, in welcher Frau Dr. Wehl einen Vortrag über „Politische oder unpolitische Gewerkschaften?“ halten wird.

Die Differenzen zwischen den Genossen in Friedrichsfelde und dem Gastwirt Rechner, Frankfurter Chaussee 1, sind erledigt und es steht dem Verkehr mithin nichts mehr im Wege. Die Lokalkommission von Friedrichsfelde.

Lokales.

Opfer einer Denunziation. Die am Mittwoch, wie bereits mitgeteilt, anlässlich der Buchhändlerbewegung aus einer Restauration heraus verhaftete Frau Sch. ist am Donnerstagmittag wieder entlassen worden. Ihre Erlebnisse wurden uns folgendermaßen geschildert: Die Verhaftung erfolgte am Mittwochnachmittag 4 Uhr. Auf dem Polizeirevier in der Wilhelmstraße erfährt die Frau Sch., daß ihre Verhaftung deshalb erfolgt sei, weil man sie denunziert habe, die Arbeitwilligen durch die Worte bedroht zu haben: „Arbeitet nur ruhig, wenn Ihr herunter kommt, bekommt Ihr Eure Drehsche, eine Keuherung, die gehen zu haben Frau Sch. mit aller Bestimmtheit bestritten. Der Wachtmeister habe bei der Vernehmung u. a. geäußert: „Wenn Sie zu faul sind zum arbeiten, dann lassen Sie wenigstens andre arbeiten.“ (Auch hier sei wieder bemerkt, daß es sich nicht um einen Streik, sondern um eine Aussperrung handelt. D. M.) Weiter habe der Wachtmeister erklärt, daß die Männer, wie die Polizei aus den Verhören gesehen haben, 80 M., die Frauen 37 M. verdienten, was für eine Frau eher zu viel als zu wenig sei. Der hinzukommende Polizeileutnant habe sie ungefähr mit den Worten angeredet: „Sie sind eine ganz gefährliche Mädelstückerin, gestehen Sie, sonst werden wir Ihnen das ansprechen,“ worauf sie versichert habe, nichts gestehen zu können, da sie unschuldig sei. Nachdem sie fünf Stunden auf der Wache zugebracht, sei sie 9 Uhr abends im „grünen Wagen“ zusammen mit allerhand sonstigen Personen nach dem Polizeipräsidium gebracht worden. Dort sei ihr, nachdem sie sich habe entkleiden und einer Visitation unterziehen müssen, Uhr und Geld abgenommen worden. Gegen 1 1/2 Uhr sei sie in einer Zelle interniert worden. Um 6 Uhr habe sie aufstehen müssen, um dann um 11 Uhr mit dem „grünen Wagen“ nach Noabit gebracht zu werden. Nun habe sie sich abermals vor einer Wärterin entkleiden, einer körperlichen Visitation nach etwaigem Ungeziefer an ganzen Körper unterziehen und ein Bad nehmen müssen. Als dann sei sie einem Beamten, der mit „Herr Gerichtsrat“ angeredet worden sei, vermutlich dem Untersuchungsrichter, vorgeführt worden. Auch dieser Beamte habe ihren Unschuldsbeteuerungen seinen Glauben geschenkt und ihr sehr barisch zugeredet, zu gestehen. Das habe sie nicht gelohnt, doch habe sie in ihrer Konsterniertheit im Glauben, ihre Lage zu verbessern und ihre Entlassung zu erzielen, erklärt, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen werde. Der Beamte habe hierauf die Entlassung der Inhaftierten angeordnet. Ferner wird uns mitgeteilt, daß für ihre Entlassung 1000 Mark Kaution geboten worden seien. Da Frau Sch. seit 3 Jahren in Berlin wohnt und eine eigene Wohnung hat, ist es uns unverständlich, wie man dieselbe auf die Denunziation hin in Haft nehmen konnte. Denn selbst wenn die Betreffende sich der ihr zugeschriebene Drohung schuldig gemacht hätte, würde nach den Bestimmungen der §§ 113, 113, 114 und 127 der Strafprozessordnung die Feststellung der Identität die Angeklagte vor der Inhaftnahme haben schützen müssen.

Die Nebenklassen für Schwachbegabte, die seit 1898 an den Berliner Gemeindeschulen bestehen, sollten nach der anfänglichen Ansicht und nach dem Wortlaut der damals getroffenen Bestimmungen eine Frequenz von höchstens 12 Kindern haben. Im Vergleich zu den an unsren Gemeindeschulen sonst üblichen Klassenfrequenzen ist diese Zahl außerordentlich gering, aber für die Nebenklassen ist sie immer noch hoch genug. Bei einer höheren Frequenz würden diese Klassen ihren Zweck schwerlich erfüllen können. Die Schuldeputation aber scheint doch anderer Ansicht zu sein. Als im Oktober 1878 die ersten 22 Nebenklassen eröffnet wurden, lagen in ihnen 267 Kinder. Schon damals wurde also — entgegen der eben erst getroffenen Bestimmung — in einigen Klassen die Höchstzahl von zwölf Kindern überschritten; denn selbst die Durchschnittsfrequenz war bereits etwas über 12. In den folgenden Semestern ist jene Bestimmung noch weniger respektiert worden. Im laufenden Sommersemester lagen in jetzt 66 Nebenklassen bereits 757 Kinder, das macht pro Klasse im Durchschnitt 13 Kinder. Im einzelnen schwankt die Frequenz zwischen 7 als Minimum und 18 als Maximum. Ob bei der Unterweisung 18 solcher Kinder durch einen einzigen Lehrer der Erfolg noch sehr groß sein kann, das darf billig bezweifelt werden. Warum werden diese überfüllten Klassen nicht geteilt? Sind dabei etwa Ersparnisrücksichten mit im Spiele? — Koch auf einen andern Punkt möchten wir bei dieser Gelegenheit hinweisen. In manchen Stadtteilen findet man sehr wenig Nebenklassen, in andren wieder verhältnismäßig viele. Ganz Noabit hat gegenwärtig nur 5 Nebenklassen, dagegen hat die eine 22. Schule in der Rheinsbergerstraße allein 5 Nebenklassen. In der Rosenthaler Vorstadt werden die Schwachbegabten doch wahrnehmlich nicht dichter gefast als in Noabit. Sind vielleicht auch hierbei Ersparnisrücksichten mit im Spiele? Oder wird bei der Entscheidung darüber, welche Kinder zu den Schwachbegabten gehören, also einer Nebenklasse zu überweisen sind, nicht überall nach den gleichen Grundsätzen verfahren?

Reich an Rettungsgeräten, wie kein anderer Punkt in Berlin, ist der Mühlendamm. Ein Rettungsball hängt an dem oberen Thor der Schleufe, ein zweiter an dem unteren Thor, und ein Rettungsring befindet sich an dem Geländer der über das „große Gerinne“ führenden Straßenbrücke. Unterhalb dieser Brücke, an dem schmalen Fußweg, der vom Mühlendamm an den Hinterhäusern der Breitenstraße entlang nach dem Mühlweg führt, wird jetzt noch ein Rettungskahn aufgestellt. Der Fußweg ist bis zur Vollenbung der notwendigen Treppe gesperrt.

Eine Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet in dieser Woche nicht statt.

Durch eine große Festlichkeit im Kaiserhof will die Straßenbahn-Direktion die gestern gemeldete Erlösung vom Accumulatorenbetrieb feiern. Bis zum Controleur herab soll jeder zu dem Schmaus eingeladen werden. Das Gerücht, daß aus Anlaß der Befreiung, die der „Großen“ Willionen einbringt, die Pensionsklasse den Wünschen der Angestellten gemäß eingerichtet werden soll, hat sich bisher nicht bestätigt.

Mit der Königin Mordaffaire steht eine Beleidigungsklage im Zusammenhang, die am 20. d. M. vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt werden soll. Unter den Rechercheuren und Berichterstattern die längere Zeit in König weitten und Berichte über die dortigen Verhältnisse veröffentlichten, befand sich auch der Journalist Kaus. Gegen diesen veröffentlichte die „Staatsbürger-Zeitung“ zwei Artikel, die den Kaus veranlaßt haben, gegen den Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Dr. Paul Wöttcher, und den Verleger Wilhelm Bruhn die Privatbeleidigungsklage anzustrengen.

Die andauernd unangenehme September-Witterung hat die Dampfergesellschaften veranlaßt, die Personenzüge auf der Havel frühzeitiger als sonst einzustellen; sowohl die regelmäßigen Touren von Spandau nach den Stationen der Unterhavel bis Potsdam, als auch von Spandau nach Tegelort-Tegel (Oberhavel) erreichen mit Ablauf dieser Woche ihr Ende; die Dampfer werden dann nur noch an einigen Sonntagen fahren.

Einen Hausdieb hat die Kriminalpolizei in der Person des 19 Jahre alten Hausdieners Georg Kraft aus der Schillingstr. 12 festgenommen. Der junge Mann war in der Abend- und Glaswarenfabrik von Vergas beschäftigt und war vor einem Monat von seinen Eltern weggezogen, um sich wohnungslos umherzutreiben. In dem Geschäft merkte man schon länger, daß Waren abhandelt kamen, konnte jedoch dem Diebe nicht auf die Spur kommen. Nun ergänte sich der Kraft mit einem andren Hausdiener, der früher ebenfalls bei Vergas in Stellung gewesen war. Bald darauf lief in dem Geschäft eine unterschuldslose Postkarte ein, auf der Kraft als

der Hausdieb bezeichnet wurde. Die Kriminalpolizei beobachtete ihn daher und fand bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung seiner Eltern fünf Stiefen, Afende- und Glaswaren. Das ist aber noch lange nicht alles, was der jugendliche Dieb gestohlen hat; eine Menge anderer Sachen hat er verrentet oder billig verkauft, zum Teil an junge Mädchen, mit denen er Liebschaften unterhält. Die Eltern des Verhafteten wollen die Affären nur aufbewahrt haben, ohne ihren Inhalt zu kennen. Der Vater, ein Drofchenkutscher, ist geistig etwas beschränkt.

Ein Briefmarken, der sein Ansehen schon vier Jahre lang getrieben hat, ist gestern in der Person des Posthilfsboten Heinrich Noft ertrüppelt und festgenommen worden. Auf dem Postamt in der Dronienburgerstraße verschwanden fortgesetzt Briefe, die Marken oder Papiergeld enthielten. Einer hatte den anderen in Veracht, bis Post durch seinen übertriebenen Aufwand die Aufmerksamkeit auf sich lenkte.

Der Kassebote Albert Struck, der, wie seiner Zeit berichtet wurde, am 11. Juli nach Unterschlagung von etwa 10 000 M. aus Berlin flüchtig wurde, ist am 18. d. M. in der Nähe von Jinsbrud verhaftet worden. Als Struck sich von einem Berliner Kaufmann im Eisenbahncoups erkannt sah, sprang er aus dem Zuge. Der Zug wurde jedoch angehalten und Struck festgenommen. Er hatte noch 4500 M. bei sich.

Einen Zusammenstoß auf der Straßenbahn gab es gestern, Sonnabendmorgen um 7 Uhr, am Prenzlauer Thor. Ein elektrischer Wagen der Linie Rollendortplatz — Prenzlauer Allee sahte einen Wagen der Weichblechbahn von Landos, als dieser von der Prenzlauer Allee in die Jostitzstraße einbiegen wollte, am Hinterende und warf ihn um. Der Kutcher Segebarth flog vom Bod auf die Promenade und zog sich am Hinterkopf eine klaffende Wunde zu, die auf der nächsten Unfallstation verbunden wurde. Das Personal und die Fahrgäste des elektrischen Wagens blieben unversehrt. Der Wagen selbst wurde an der vorderen Plattform ein wenig beschädigt, dem Bierwagen dagegen wurde die Hinterradachse zertrümmert. Ein Leitungsmaß, an dem der Unfall sich ereignete, wurde ebenfalls beschädigt. Nach Zeugenaussagen soll den Führer des elektrischen Wagens die Schuld treffen.

Besitzer von Inghunden müssen vom 1. Oktober ab Dedes und Unterlagen führen. Der Deutsche Tierärzverein giebt diese kostenlos an unbenutzte Hundebesitzer ab. Er bittet, zu diesem Zweck alte Leppiche, Dedes, Rüsler, Rüstendel und dergleichen ihm zu überweisen. Die Sachen werden auf Veranlassung kostenlos von der Verwaltung des Tierdepots, An der Stadtbahn, Wagen 79/80, abgeholt.

Rebolver-Mittentat. Im Hause Demetwigr. 19 fernerte der 40 Jahre alte Maurer Julius Bloch aus Schöneberg auf die in ihrer Küche befindliche Witwe Martha Schäfer, mit der er lange Zeit zusammengewohnt hatte, aus einem der Küche gegenüberliegenden Raum zwei Revolverkugeln ab und traf den dort weilenden fünfjährigen Sohn des in demselben Hause wohnenden Arbeiters Schmidt am Oberarm, während die Frau unversehrt blieb. Der Täter entfloh, wurde aber später in Schöneberg festgenommen und der Kriminalpolizei eingeliefert.

Im Circus Busch finden am heutigen Sonntag zwei große Gala-Vorstellungen statt, deren erste um 4 Uhr nachmittags beginnt und deren Programm dem Geschmack der Kinderwelt, besonders Rechnung tragen soll. Jeder erwachsene Besucher dieser Nachmittags-Vorstellung ist berechtigt, auf allen Plätzen, mit Ausnahme der Gallerie, ein Kind auf sein Billet frei mit einzuführen; weitere Kinder zahlen die Hälfte. Die um 7 1/2 Uhr beginnende Abend-Vorstellung bringt eine Wiederholung des Eröffnungs-Programms.

Aus den Nachbarorten.

Stadtverordnetenwahl in Spandau. Bei der Wahl am Sonnabend wurden bei mäßiger Wahlbeteiligung 206 Stimmen abgegeben, wovon 90 Stimmen auf den bürgerlichen Kandidaten Mupke und 116 Stimmen auf den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, Genossen Radtke, entfielen. Letzterer ist also gewählt. Am Montag findet Fortsetzung der Wahlen statt. An die Parteigenossen ergeht die erste Mahnung, sich zahlreich an Wahltag zu beteiligen!

Aus Nizdorf. Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Anordnung einer neuen Zuständigkeits-Ordnung beschlossen, in welcher auch die Bestimmung der Postautomaten vorgegeben ist. — Ein Stadtwappen soll demnächst auch Nizdorf erhalten. Ein vom Magistrat genehmigter Entwurf ist dem Heroldsamte zur Prüfung und Begutachtung eingehend worden. — Der neue Begräbnisplatz am Mariendorfer Weg soll bereits jetzt eingerichtet werden, da die auf dem Friedhof in der Rudowstraße noch vorhandenen Plätze für Begräbnisse referiert werden sollen. — Zahlreiche Diebstähle sind in letzter Zeit in hiesigen noch unbezogenen Neubauten ausgeführt worden. Die Diebe haben es auf die Fensterläden abgesehen und entwenden z. B. in der Judenstr. 34, aus dem Hause Magdalenstr. 24 aber 54 dergleichen Uhren. Obwohl schon einige Mitglieder der Diebedbande ermittelt sind, hören doch die Diebstähle nicht auf. — Eine verarmte Kindesleiche wurde in der Karlsparterstraße gefunden und polizeilich beschlagnahmt. Aufzueinander handelt es sich um eine Frühgeburt. Die beschlagnahmte Leichenteile dürften von Mitter abgestreift sein, die in jener Gegend spärlich zu finden sind. Nach der Mutter wird recherchiert.

Ablerhof. Die hiesige Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, an den Eisenbahnminister das Gesuch zu richten, so bald wie möglich auf der Gölzig Bahn das dritte und vierte Gleise anlegen zu lassen. Eine rege Debatte rief die Erörterung der Schularzfrage hervor. Vor Jahresfrist beschloß die Vertretung die verlustlose Anstellung eines Schularztes gegen eine jährliche Honorierung von 200 Mark. Der Thätigkeit des Arztes wurde eine gewissenhaft angearbeitete Vorchrift zu Grunde gelegt. Die Schuldeputation nun stellt sich nach einjähriger Versehen dieser wichtigen Einrichtung veranlaßt, der Gemeindevertretung das Aufgeben derselben zu empfehlen, weil angeblich bei den guten dänischen Verhältnissen der hiesigen Schulen die Thätigkeit des Arztes überflüssig erscheint. Gleichzeitig hiermit gab der Schularzt der Vertretung Kenntnis von seiner Amtsniederlegung. Die Diskussion ergab jedoch, daß der Grund zu diesem Vorgehen hauptsächlich in der Thatsache zu suchen ist, daß die Entschädigung des Arztes für gewissenhafte Ausübung der vorgeschriebenen Bedingungen zu niedrig ist. Auf Vorschlag unserer Genossen wurde beschlossen, der Schuldeputation andeuten zu geben, in Gemeinschaft mit den hiesigen Ärzten eine neue Thätigkeitsordnung anzuarbeiten, und dieselbe demnächst der Vertretung zu weiterer Beschlußfassung zu unterbreiten. — Die Aufnahme Ablerhofs in den Berliner Adreßkalender ist wie bisher von Scheel abgelehnt worden.

Zum Schluß wurden von bürgerlicher Seite durch Herrn Prohe die Anshandlungen des Amtsvorstehers v. Oppen gegen den Gastwirt Schmauser einer Verpachtung unterzogen, und die Schädigungen des Schmauser sowohl wie die der Gemeinde durch die Maßnahmen des Amtsvorstehers eingehend gewürdigt. Leider war kein schriftlicher Antrag eingereicht worden, und es mußten deshalb Diskussion und Beschlußfassung unterbleiben. Herr Prohe wird diese Angelegenheit der nächsten Sitzung ordnungsmäßig unterbreiten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die moralische und stiftliche Vollwertigkeit eines in der Versammlung anwesenden Gemeinderatsmitglieds durch Herrn Prohe in Zweifel gezogen; dieser heilige Fall wird jedenfalls ein gerichtliches Nachspiel haben.

Der Bahnhof Strala-Nummelsburg ist wegen der umfangreichen Bahnarbeiten für die Schaffung besonderer Vorortgleise der schiffischen Bahn provisorisch verlegt worden. Der Bahnhof befindet sich z. B. diesseits des Stadtrings neben dem Siedingbahnhof Strala-Nummelsburg. Die neuen Vorort-Bahnhöfe Strala und Nieg-Nummelsburg, Karlsruh, Sabowa und Ropend befinden sich ebenfalls schon im Bau.

Eisenbahnunfall. Gestern vormittag 4 1/2 Uhr überfuhr der Lokomotivführer eines Militär-Sonderzugs auf Station

Lichtenberg das auf Halt stehende Abzugsignal und traf auf einen einfahrenden gemischten Zug, wobei sechs Wagen des letzteren entgleisten. Die Strecke von Bernau nach Berlin und das Gleis von Kaulsdorf nach Lichtenberg waren bis 11 1/2 bzw. 12 Uhr mittags gesperrt. Der Betrieb zwischen den letzteren beiden Stationen wurde eingeleistet. Bei dem Zusammenstoß erlitten zwei Personen des gemischten Zugs leichte Verletzungen bzw. Hautabschürfungen. Der Materialschaden ist nicht bedeutend, der Militär-Sonderzug wurde nicht beschädigt.

Aus Lichtenberg wird uns geschrieben: Unsere Parteigenossen hatten in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung einen Antrag zur Beratung gestellt, wonach den Gemeindevertretern unterlagt wird, Lieferungen zc. für die Gemeinde zu übernehmen. Diejenigen unter uns, die etwa geglaubt haben, daß die bürgerlichen Herren einem solchen, ihrer Reputation durchaus förderlichen Antrag freudig zustimmen würden, fühlen bald, daß sie arg auf dem Holzwege waren. Schon das freisinnige Lohblatt hat arg empört über die Zumutung, die das „socialdemokratische Trifolium“ zu stellen wagte. In der Sitzung selber suchten sich etliche Herren damit zu helfen, daß sie aus Gründen der Geschäftsordnung die Verhandlung über den socialdemokratischen Antrag von der Tagesordnung abzusehen rieten. Aber das ging nicht, stattdessen nach den Verhandlungen des Gemeindevorstehers eine eigentliche Geschäftsordnung überhaupt nicht bestehen soll; und so legte denn der Gemeindevorstand den Herren nahe, in den nächsten Sitzungen eine Geschäftsordnung zu schaffen, welche der Verlegenheit der Gemeindevertretern abzuhelfen geeignet ist. Da mag natürlich etwas Rettendes herauskommen. Rummehr wurde zwar anerkannt, daß der socialdemokratische Antrag moralisch wertvoll sei; aber, so hieß es, die Socialdemokraten möchten doch einmal die Frage erwägen, was aus der Gemeinde werden solle, wenn die Baumeister und Seiverbetreibenden aus der Vertretung ausscheiden müßten? Wo wolle man Gemeindevertreter herbringen?

Dies Argument ist in der That verblüffend schön. Wir denken, daß die Wähler unres Orts, wenigstens soweit sie der dritten Wählerklasse angehören, bei den nächsten Wahlen die richtige Antwort geben werden. Die bürgerlichen Vertreter haben uns in ihrer Verlegenheit eine sehr brauchbare Waffe in die Hand gegeben. Die Wählerversammlung am Dienstag wird nähere Aufschlüsse über diese Sitzung bringen.

Johannisthal. Die Kommission zur Prüfung des Kanalisations-Projekts für unsern Ort beschloß in ihrer letzten Sitzung, den vorgelegten Entwurf abzulehnen und auch von einer Kanalisation bis zur Fertigstellung des Kanals Abstand zu nehmen. Sollte dieser Beschluß von der Gemeindevertretung gebilligt werden, so würde die Entwicklung unres Orts auf lange Jahre hinaus lahmgelegt sein. Der Schöpfer Herr Knape mit seinem Anhang hätte dann wieder einmal und zwar zum Schaden der Gemeinde die Oberhand behalten. Manche Herren am Orte sind nämlich der Ansicht, daß die Gemeinde alles thun müsse, um den Zugang Fremder fernzuhalten. Sache der Gemeindevertretung ist es, die Rücksichtslosigkeit zu durchkreuzen.

Ein Diebstahl, der angeblich kurz vorher aus Berlin in Potsdam entzog, hat dort gestern Abend auf einem belebten Plage ein Sittlichkeitsattentat verübt. Die Polizei hat den Verbrecher in Haft genommen.

Von der Besetzung Weinweiserhorn am Gatower See, zwischen Reichsdorf und Gatow, sind fast sämtliche Uferländerereien zur Anpflanzung von Fabriken verkauft worden. Längs des Geländes wird die projektierte Gabel-Herabahn Spandau-Gatow-Bladow bis Potsdam vorbeigeführt.

Die Geflügel-Cholera ist in Nummelsburg ausgebrochen. Ferner grassiert die Seuche im Dorfe Eichstädt, im Gehöft von Lampjan in Grunewald und in Templin.

Theater.

Seit dem Jahre 1848 besitzt Berlin an dem „Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater“ eine seiner schätzbarsten Bühnen. Nun hat es der frühere Direktor Julius Frijsche abermals übernommen, neu hergerichtet und, wie wir schon berichteten, als eine Operetten- und Opernbühne großen Stils angefündigt. Am Freitag sollte sich also die Ankündigung bewähren. Inzwischen ist schon der Kund der Neubereicherung bedenklich was, und wir müssen uns entschieden verwahren gegen die renommistmüthige Behauptung des Theaterzietels (genannt „Friedrich-Wilhelmstädtische Theaterzeitung“), man sei sich im Publikum wie in der Presse darüber einig, daß Herr Direktor Frijsche alles aufgeboten hat, um dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater den alten Glanz, den allen künstlerischen Künsten wieder zu verleihen usw.“ Die jetzige Ausstattung des Theaters läßt bereits mehr an Geschäft als an Kunst denken; und die Kassenerlöse durch Singspiele, die so angeordnet sind, daß zahlreiche oder die meisten Zuschauer sich die Plätze ausreden müssen, ist ebenfalls mehr Geschäfts- als Kunstfache. Die Premiere selber bestatigte unsre Auffassung in der kürzesten Weise. „Der Tugendring. Märchen-Operette... von Herrn Hirschel, Musik von Louis Roth“ usw. ist der durch geschickte Ausgestaltung aufs höchste gesteigerte Typus der Berliner Ausstattungs-Musikstücke. Wenn wir an unsere beiden Operntheater und an unsere einen Operettenbühne („Central-Theater“) sehr viel auszuwählen hatten und haben, so kann im Verhältnis dazu jene neue Darbietung nur aufs energigste abgelehnt werden, falls sie künstlerisches, nicht bloß Geschäftliches und Unterhaltliches bieten will. Der Gegenatz zwischen beiden, der ja alle aktuelle Kunstbeurteilung als oberster Gesichtspunkt leiten muß, ist kaum jemals so deutlich wie hier hervorgetreten, wenn man sich durch einen gewissen, sehr gewissen Zauber der Musik nicht blenden lassen will. Viel reizender Melodiosität liegt allerdings in ihr; allein sie ist einerseits das härteste Epigonentum der Wiener Tanz-Musikschule, andererseits fast ohne jeden Zug zur dramatischen Gestaltung. Auch diesem oder jenem Duett u. dgl. ist kein Versuch einer dialogischen und die Handlung entwickelnden Musik gemacht; die Nummern folgen in der rohesten Weise an einander; und wo jene Melodiosität einschneidender wird, dort jagt die unmäßigste Accentuierung gleich wieder alle guten Geister fort. Den Inhalt wiedergegeben, hiesige Dandierische Verwicklungen; daß die Operettenweltpolitik diesmal Brasilien heimgesucht hat, mag sich ihr künftiger Geschichtsschreiber notieren; daß jedoch ein Ballet, ein Fesl und noch manches andre kam, änderte erst recht nichts mehr.

Janerhalb dieser Welt waren die Darsteller das Beste. Hansi Reichberg zeigte sich in der gewichtigen Hauptrolle als eine treffliche Spielerin und im ganzen gut, wenn auch tremolierende Sängerin. Schönlich war Gisela Paraty; einen hübschen, doch dünnen Sopran; zeigte Marie Jwenz; einen guten Alt Jenny Door; eine gewandte Zauberkontrabrette war Papi Weig. Die nicht eben vornehme Tenorsstimme Karl Streitzmanns verlor namentlich neben dem vorzüglichen Bariton Josef Josephis.

Gewichts-Beitrag.

Unter dem dringenden Verdacht des Meineides wurde am Schluß einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts II ein Mann verhaftet, der als Zeuge gegen den wegen Betrugs angeklagten Fuhrmann Gräymacher auftrat. Gräymacher hat ein sonderbares Erlebnis gehabt. Er besuchte eines Tages den Pferdemarkt in Weizensee um ein Pferd zu kaufen. Er erlangte auch ein solches von einem Mann, der sich als „Fischer“ in sein Buch eintrug. Das Pferd hatte gar große Mängel. Gräymacher spannte es aber ein, fuhr es eine kurze Strecke Probe und da der Preis nur 75 M. betrug, so behielt er es und bezahlte dem Verkäufer die 75 M. Er war nicht wenig erstaunt, als nach wenigen Tagen ein Mann namens Gäbler in Begleitung zweier Kriminal-

schutze erschien und die Behauptung aufstellte, daß er der Verkäufer des Pferdes sei und Gräymacher den Preis von 75 M. nicht bezahlt, sondern sich mit dem Pferd heimlich entfernt habe. Gräymacher bestritt entschieden diese Behauptung und blieb dabei, daß er das Pferd von einem gewissen Fischer gekauft und bezahlt habe und den angeblichen Besitzer G. überhaupt nicht kenne. Letzterer erstattete alsdann Strafanzeige und Gräymacher wurde vom Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, da der Zeuge G. seine Behauptung, daß er der Verkäufer des Pferdes an den Angeklagten sei und Bezahlung von diesem nicht erhalten habe, eidlich erhartete. Auf die vom Rechtsanwält Dr. Schwindt eingeleitete Verurteilung fand vor der Strafkammer eine neue umfassende Beweisaufnahme statt, die ein überraschendes Ergebnis hatte. Der Zeuge G. wiederholte auch hier seine den Angeklagten belastenden eidlichen Aussagen, ihm traten aber mehrere Zeugen entgegen, die gesehen hatten, daß der Angeklagte das Pferd von einem andern gekauft und auch bezahlt hatte. Schließlich konnte auch festgestellt werden, daß der Zeuge einen Mann Namens Fischer mit dem Verkauf des Pferdes beauftragt, ihn angewiesen hatte, sich fälschlich „Fischer“ zu nennen und selbst in der Nähe den Verkauf des Pferdes und die Bezahlung durch Gräymacher mit angesehen hatte. Unter diesen Umständen erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof ging aber noch weiter: er legte die sämtlichen Kosten des Verfahrens einschließlich der Auslagen für die Verteidigung dem Denunzianten G. auf und verfügte dessen sofortige Verhaftung wegen Meineids.

Der große Einbruchdiebstahl in dem Seidenwaren-Geschäft von Feibusch u. Preuß, der seiner Zeit so großes Aufsehen erregt und so interessante Enthüllungen über die in dem Lüttigenen Obfeller betriebene Heisterlei gezeitigt hat, wird am 20. d. M. abermals die vierte Strafkammer beschäftigen. Die Anklage richtet sich gegen 11 Personen, unter denen die Angeklagten Rob. Haffe und Schmeißer als Hauptthäter, der Gänbler Josef Lüttgen und Ehefrau als Helfer figurieren. Rechtsanwält Dr. Werthauer hatte seiner Zeit Bedenken gegen die geistige Zurechnungsfähigkeit des Haffe geltend gemacht und eine Beobachtung desselben veranlaßt, die aber zu einem negativen Ergebnis geführt zu haben scheint. Zu dem neuen Termin sind als Sachverständige Dr. Seifert von der Igl. Gharis und der Gerichtsphysikus Dr. Störmer geladen. Für das Lüttigenche Ehepaar, das sich noch immer in Untersuchungshaft befindet, hat Rechtsanwält Dr. Schwindt eine ganze Reihe Entlastungszeugen geladen. Bei dem Umfang der Sache wird die Verhandlung im Schwurgerichtssaal stattfinden.

Zu welchen verhängnisvollen und unvorhergesehenen Folgen eine Privatklage führen kann, lehrt eine Verhandlung, die vor der achten Strafkammer des Landgerichts I. anstand. Der Arbeiter Niksch hatte den Rechtsanwalt Dr. Halpert beauftragt, gegen eine Frau Hirsch eine Klage wegen einer Verletzung anzustrengen, die diese über das moralische Verhalten der Frau des Privatklägers gemacht hatte. Die Angeklagte hatte durch den Rechtsanwalt Schönland den Wahrheitsbeweis angetrieben; das Schöffengericht erachtete den letzteren für gefäht, glaubte aber die Angeklagte doch verurteilen zu müssen. Auf Verurteilung hob die achte Strafkammer des Landgerichts I. das Urteil auf und wies die Sache zu abermaliger Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Hier spielte sich die Beweisaufnahme wie früher ab: ein von der Angeklagten angerufener Zeuge Zeichmann, der sich der Gunst der klägerischen Ehefrau gerühmt hatte, verweigerte sein Zeugnis, die Ehefrau aber bestritt unter ihrem Eide jeden Verkehr mit Zeichmann. Das Schöffengericht folgte diesmal den Ausführungen des klägerischen Vertreters, hielt den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht und sprach wiederum die Verurteilung aus. Die Sache ging abermals in die Berufungsinstanz. In der umfangreichen Beweisaufnahme blieb die Ehefrau bei ihrer eidlichen Aussage, der Zeuge Zeichmann bei seiner Zeugnisverweigerung. Im letzten Augenblick, als er verurteilt wurde, erklärte er plötzlich, ein Geständnis ablegen zu wollen, und dieses bestätigte die Behauptung der Angeklagten in vollem Umfang. Daraufhin gewann der Gerichtshof die Ueberzeugung von dem tatsächlichen Verkehr des Zeugen mit der klägerischen Ehefrau und sprach deshalb die Angeklagte frei. Die Folge dieser Verleumdungsklage dürfte nimmehr ein Meineidsverfahren und ein Ehescheidungs-Prozess sein.

Eine interessante Entscheidung über den Begriff des „groben Unfugs“ fällt das Kammergericht in der Revisionsinstanz. Der Handelsmann Werner hielt in der Landbergerstraße, in welcher der Straßenhandel verboten ist, Obfi auf einem Handwagen sei und als ihn ein Schyumann zum Weiterfahren aufforderte, schrie er diesen so laut an, daß es weithin zu hören war und eine große Menschenansammlung entstand. Wegen dieser Ausdrückung verurteilte ihn sowohl das Schöffengericht als auch die Verurteilung der Strafkammer aus dem Gesichtspunkte des groben Unfugs. Hiergegen legte Rechtsanwalt Leopold Meyer Revision mit der Begründung ein, daß der Verurteilung der Begriff des groben Unfugs verkannt habe, wenn er letzteren schon darin erblickte, daß der Angeklagte den Schyumann auf der Straße beschimpft und dadurch eine Menschenansammlung herbeigeführt habe. Der objektive Tatbestand der gedachten Verurteilung sei erst dann bewirkt, wenn durch einen gegen den Bestand der äußeren Ordnung gerichteten unmittelbaren Angriff das Publikum als solches beunruhigt oder gefährdet werde. Ein gegen eine einzelne Person gerichteter Angriff könne nur dann den Tatbestand des groben Unfugs enthalten, wenn er sich zugleich gegen die Allgemeinheit wende. Diese Grund- lage habe das Reichsgericht wiederholt ausgesprochen. Das Kammergericht hob aus denselben Erwägungen das angefochtene Urteil auf und verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück.

Aus der Frauenbewegung.

Der Bund deutscher Frauenvereine wird vom 28. September bis 2. Oktober seine diesjährige Generalversammlung in Dresden abhalten. Im Anschluß an die Sitzungen sind für die Abende eine Reihe öffentlicher Versammlungen geplant, in denen, wie die Vorstandseinladung sagt, über die wichtigsten Frauenfragen der Gegenwart referiert werden soll. Der zweite Abend wird ausschließlich der „Arbeiterinnenfrage“ gewidmet sein und enthält unter anderem ein Referat von Fel. Alice Salomon über „öffentliche und private Arbeiterinnenfrage“.

Bei der belannten, recht gemischten Zusammensetzung des Bundes, dessen Mitglieder allen möglichen sozialen und geistigen Schattierungen angehören, dürfte diese Generalversammlung ebenso wie die früheren Verneunft und Unverneunft in bunter Folge bringen.

Vermishtes.

Weitere Wandervernufälle. In Raffau a. d. Lahn entlud sich während einer Einquartierung vom 63. Feldartillerie-Regiment ein auf dem Marktplay ausgefallenes Gefäß, das, ohne zu laden zu sein, in die Stadt gebracht worden war. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Sämtliche Fenster scheiben des am Markt gelegenen Realchulgebäudes wie anderer Nachbarhäuser sind bei dem Luftdruck geplatzt. — Aus Landshut wird berichtet: Der Gelehrte Wolf der ersten Schwadron des 2. schweren Reiterregiments stürzte im Manöver bei einer Attacke vom Pferde, blieb in Steigbügel hängen und wurde etwa 60 Meter weit geschleift. Er brach sich dabei den rechten Fuß und wurde in das Garnison-Lazarett nach Landshut gebracht.

Einen neuen Aufstieg des Luftschiffs gedenkt Graf v. Zeppelin in Friedrichshafen am 25. September zu versuchen; gelingt es bis dahin nicht, so werden weitere Versuche auf das nächste Frühjahr verschoben werden.

Die Pest in Glasgow. Ein weiterer Befall milden Charakters wird amtlich bekannt gegeben. Die Zahl der Pestfälle beträgt nunmehr 17. Ferner ist ein pestverdächtigter Fall vorgekommen und es befinden sich 115 Personen unter Beobachtung.

Warenhaus A. Wertheim.

Bei der demnächstigen Eröffnung unsrer Erweiterungsbauten Leipzigerstr. 134/135, Vossstr. 31/32, Oranienstr. 52, beabsichtigen wir in allen Abteilungen ein durchaus neues und vergrössertes Warenlager zu bieten. Zu diesem Zwecke eröffnen wir daher vor der Neu-Einrichtung

**von Montag, den 17. September, an
einen Verkauf zu ausserordentlich herabgesetzten Preisen.**

Da wir bei diesem niemals wiederkehrenden Extra-Verkauf nur tadellose Ware anbieten, so können wir diese Gelegenheit zum Einkauf besonders empfehlen. Bei sämtlichen Artikeln, welche im Preise herabgesetzt sind, ist der neue Preis neben dem bisherigen auf dem Preiszettel vermerkt. Der Extra-Verkauf dauert nur kurze Zeit. Von den im Preise herabgesetzten Artikeln sind im Inserat nur einzelne angeführt:

Kleiderstoffe, Seidenstoffe.

Reinwollener Cheviot, grosse Farbensortimente Meter 1,05 u. 1,25 M.	Lodenstoffe, ca. 120 cm breit Meter 1,25 M.	Reinseidener Taffet, einfarbig Meter 1,60 M.
Schottische Stoffe für Blousen und Kinderkleider Meter 60 Pf. u. 1,15 M.	Gemusterte Fantasie-Stoffe Meter 80 u. 95 Pf.	Englisch gestreifte Seidenstoffe Meter 1,75 M.
Friesé-Stoffe für Promenadenkleider Meter 1,40 M.	Bedruckte Veloutines für Matinée und Morgenkleider Meter 38 u. 42 Pf.	Gestreifte Taffete mit einliegenden hochgewebten Streifen Meter 1,85 M.
	Blaudruck-Stoffe für Hauskleider 35 Pf.	

Kurzwaren, Tapiserie-Artikel.

Damen-Strumpfhalter 45, 75, 85 Pf.	Tailenverschlüsse 10 Pf.	Filzkissen, gestickt 4,75 Pf.	Küchenhandtuch, vorgezeichnet 53 Pf.
Bettlitzte 10 Meter 40 Pf.	Schweissblätter Paar 18, 20 u. 25 Pf.	Bestecktasche, Leinen, vorgezeichnet 1,25 M.	Stubenhandtuch, vorgezeichnet 1,05 M.
Rouleauxschnur Stück 85 Pf.	Löcher, gestickt 48 Pf.	Besenhandtuch, vorgezeichnet 1,35 M.	Tischläufer, vorgezeichnet 75 Pf.
Rockgurte Stück 23 Pf.	Nadelkissen, gestickt 12 Pf.	Tischdecken 1/2 Leinen mit Hohlraum 80 Pf.	Marknetze, gebäkelt 55 Pf.
Pompon-Fransen Meter 10 Pf.			

Glacé-Handschuhe.

Damen-Glacé-Handschuhe mit Druckknopf-Verschluss, farbig 95 Pf., 1,25, 1,50 M.	Damen-Glacé-Handschuhe, 8 Perlm.-Kn. 1,75 M.	Damen-Glacé-Handschuhe, farbig 1,35 M.
	Kinder-Glacé-Handschuhe 95 Pf.	Herren-Glacé-Handschuhe, gestoppt, 2 Druckknöpfe 1,85 M.

Putz, Weisswaren, Schirme.

Matrosenhut mit Bandgarnitur 1 M.	Kopftuch mit Spitze, Pongé 1,85 M.	Point lace-Spitze, imitiert ca. 5 8 11 15 cm breit Meter 38 55 75 105 Pf.	Chiffon Fichus 90 Pf. u. 1,15 M.
Weicher Hut mit Bandgarnitur 1,65 u. 2,85 M.	Kopfhäule, Gaze mit Federbox 3,50 M.	Lampenschirm-Spitze in hellen Farben, ca. 22 cm breit 48 Pf.	Japanschleife mit Band 50 Pf., mit Spitzeneinsatz 60 Pf.
Amazonen-Hut mit Bandgarnitur 2,40 M.	Pongé-Binder 28 Pf.	Taffet-Binder 45 Pf.	Band-Regattes 1,75 M.
Amazonen-Hut mit Sammetgarnitur 4,25 M.	Carola-Spitze, schwarz, für Jupons ca. 8 13 15 22 cm breit Meter 23 30 38 48 Pf.	Band-Lavalliers 1 M.	Pompadour, schottisch 2,25 M., türkisch 3,90 M.
Ungarnierte Hüte in verschiedenen Formen 1,05, 1,45, 1,90 M.	Valencienne-Spitze, weiss ca. 7 8 10 13 cm breit Meter 28 40 48 60 Pf.	Taffet-Lavalliers 1,25 M.	Crysanthemum 15 Pf.
Federpose 3 Pf.	Imitierte Spachtel-Spitze, mode, weiss ca. 4 6 8 10 cm breit Meter 28 33 28 32 Pf.	Kinder-Regenschirme 1,20 u. 1,60 M.	Geranium 45 Pf.
Federstutz 7 u. 16 Pf.		Damen-Regenschirme mit Futteral 2,75, 3,10, 4 u. 5,25 M.	Lilie 48 Pf.
Stutz mit Adlerfedern 25 Pf.			Mohn 38 Pf.
Fantasiefeder, Amazonenform 30 Pf.			Nelke 14 Pf.
Stutz mit Adlerfedern 38 Pf.			Laubbouquet, gross 1,15 M.
Halsrüsche mit Chenille-Enden 3,35 M.			

Tricotagen, Strümpfe, Korsetts.

Normal-Hemden, Vigogne 3 Grössen 1,45, 1,80, 1,75 M.	Damenstrümpfe engl., lang, reine Wolle 70 Pf.	Velour-Echarpes, gute Qualität 2,75 M.	Korsett, grau Körper, halbhoch 3 M.
Normal-Herren-Beinkleider 1,25, 1,40, 1,55 M.	Herren-Schweiss-Socken 35 Pf.	Ball-Echarpes, Seide, mit Chenille 1,95 M.	Korsett, lila Körper, Empire-Form 1,70 M.
Damenstrümpfe, Halbwohle, stark gestrickt 70 Pf.	Herren-Socken, meliert gestrickt, reine Wolle 48 Pf.	Korsettschoner mit Band 35 Pf.	Korsett, Satin, Zwickel 4,15 M.
	Damen-Röcke, gestrickte Vigogne 1,05 M.	Korsett, grau Drell, hoch 1,95 M.	
		Korsett, grau Drell, halbhoch 2,40 M.	

Damen-Wäsche, Schürzen.

Taghemden, Priesenform, mit Spitze 1,30 u. 1,45 M.	Nachtjacken, Dimiti, mit Spitze 1,70 M.	Deckbett-Bezüge 2,10 M., 3,40 M., 3,80 M.	Wirtschaftsschürzen mit Achselbändern, Satin 90 Pf. u. 1 M.
Taghemden, Achselschluss, mit Spitze 1,45 u. 2,15 M.	Nachtjacken, Renforcé, mit Stickerei 2,65 M.	Bettlaken 1,90 M., Leinen 2,70 M.	Wirtschaftsschürzen, gut Halbleinen 1,80 M.
Nachtjacken, Parchend, mit Spitze 1,25 u. 1,55 M.	Stickerei-Röcke 2,90 M.	Wirtschaftsschürzen, Gingham 85 Pf.	Tändelschürzen mit Stickereivolant 85 Pf.
	Beinkleider, Knieform, mit Stickerei 1,50 u. 2,10 M.	Wirtschaftsschürzen, gestreift Satin 90 Pf.	Tändelschürzen, gestr. Batist, m. Stück 70 Pf.
	Züchen Reforcé Dimiti 1,50 u. 2,10 M.	Wirtschaftsschürzen, imitiert Leinen 1,05 M.	
	Kissen-Bezüge 70 Pf., 90 Pf., 1,20 M.	Wirtschaftsschürzen, Gingham m. Languette 48 Pf.	

Glas, Porzellan, Steingut.

Kaffeebecher, blau Zwiebelmuster 8, 10, 18 Pf.	Dessertteller, dekoriert 18 Pf.	Salztöpfe, blau 95 Pf.	Weingläser 18 Pf.
Kaffeesevice, 9teilig, bunt dekoriert 2,50 M.	Kompotteller, dekoriert 15 Pf.	Bierbecher mit Goldrand 7 Pf.	Butterdosen 18 Pf.
Speiseteller, blau 10 Pf.	Salztöpfe, bunt dekoriert, 6 Stück 1,90 M.	Gambrinus-Talpen 27 Pf.	Skatbecher 30 Pf.
Dessertteller 8 Pf., Kompotteller 7 Pf.	Vorratstößen, blau Zwiebelmuster 35 Pf.	Theebecher mit Bordure 17 Pf.	Römer, grün 15 Pf.
Porzellan-Speiseteller, flach 17 Pf.	Salz- und Mehlresten, blau 70 Pf.	Bierbecher mit Bordure 17 Pf.	Römer, grün 30 Pf.
Teller, mit Blumen dekoriert 23 Pf.	Gewürztonnen, blau 15 Pf.	Fussbecher, halb geschliffen 18 Pf.	Selterbecher, glatt 5 Pf.
	Waschgarnituren 1,10 M.	Biertulpen, halb geschliffen 18 Pf.	Bierbecher mit Fussrand 13 Pf.

Wirtschafts-Artikel, Emaille.

Fleischmühlen 2,95 u. 4,50 M.	Teppichkehrer, Parchen 6,25 M.	Emaille-Eimer II 85 Pf.	Vernickelte Gläsersteller mit Majolika- Einlage 20 u. 28 Pf.
Wirtschaftswagen 2,25 M.	Handtuchhalter 2,10 u. 2,25 M.	Kasserollen, neublau Durchm. 16 18 20 22 24 cm 35 45 53 — — Pf.	Vernickeltes Kaffee- und Theeservice, 5teilig 9,75 M.
Reibemaschinen, Duplex I 1,95 M.	Eichen-Tabletten 1,95 u. 2,25 M.	Schmortöpfe, neublau — 55 68 80 90 Pf.	Salzstreuer 9 Pf.
Spirituskocher 33 u. 75 Pf.	Küchenleisten mit 5 Haken 35 Pf.	Wasserkessel, neublau — — 1,15 1,35 1,60 M.	Britannia-Theelöffel 5 Pf., Britannia- Esslöffel 11 Pf.
Handleuchter 40 Pf.	Küchenleisten mit 7 Haken 55 Pf.		Fischbestecke 40 u. 55 Pf.
Handwaschbürsten 5 Pf.	Dekorierte Kinderbecher 20 Pf.		
Riffel-Scheuerbürsten 12 Pf.	Theesiebe 22 Pf.		
Strahlenregler für Wasserleitung 12 Pf.	Tabletten 65 u. 85 Pf.		
Bürstenbleche 1,85 M.	Sand-, Seifen- oder Sodabehälter 98 Pf.		

Konserven, Konfitüren, Weine.

Junge Schoten 40 Pf.	Albert-Cakes in Rollen 70 Pf.	Moselweine, Trittenheimer 1,05 M.	Bordeauxweine, Chateau Mauvezien 1,45 M.
Bohnen 30 Pf.	Cacao Pfd. 1,25 M.	Rheinweine, Oppenheimer 90 Pf.	Französischer Cognac 2,40 M.
Gebraunter Kaffee Pfd. 85 Pf. u. 1 M.	Hafer-Cacao Pfd. 95 Pf.	Rheinweine, Rüdshheimer 1,05 M.	Nordhäuser 75 Pf.
Cakes 1 Pfd. im Karton 56 Pf.	Moselweine, Obermosel 50 Pf.	Bordeauxweine, Medoc 80 Pf.	Champagner (Flaschenfüllungen innerhalb des Zollgebiets) „Conor“ 2,75 M.
Tafel-Chokolade, garantiert rein 78 Pf.	Moselweine, Lieserer 80 Pf.	Bordeauxweine, Chateau Margeaut 1,25 M.	
Riegel-Chokolade, garantiert rein 80 Pf.			

Freie Volksbühne

III. Abteilung: heute nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lessing-Theater: Die Nacht der Finsternis.

Die 2. Serie der Vorstellungen beginnt am 23. Sept. im Carl Weiss-Theater mit Björnstjerne Björnsons: Ueber unsere Kraft. (I Teil). — Für die Mitglieder der I. Abteilung muss der Oktober-Beitrag bis zu diesem Sonntag entrichtet sein.

Mitglieder zur 7. Abteilung können sich in allen Zahlstellen melden.

Die neuen Mitgliedskarten liegen in den Zahlstellen zum Abholen bereit.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Wo amüsiert man sich grossartig?
 Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsberg's Festsälen**, Sub.: Max Schindler. — Telefon: Amt IV Nr. 1132. — Heute: **Grosser Ball**, als **Specialität: Cigarren-Regen**, verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen. Täglich: **Specialitäten-Vorstellung**. Zutritt frei. Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken u. meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. 151420*

Feuersteins Festsäle, Alte Jakobstr. 75.
 Jeden Sonntag: **Oeffentlicher Tanz**. Meine auf das eleganteste renovierten Festsäle, 150, 300 und 400 Personen fassend, stehen den Vereinen zu Vereinsfestlichkeiten und Versammlungen preis zur Verfügung. Vereinszimmer 40 bis 120 Personen fassend.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlsruherstr. 7. Nur erklaffige. Direktion: Sonntags 6 Uhr. **Specialitäten. J. H. Hätt.** Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Hasenheide Neue Welt. Hasenheide 108-114.
 Täglich: **Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.** Jeden Sonntag und Donnerstag: **Im Bal champêtre: Grosser Festball.** Anfang 4 Uhr. Jeden Mittwoch: **Grosses Kinderfest mit Gratisverlosung.** Jeden Donnerstag: **Grosses Feuerwerk.** Kaffeehaus, Karneval, Marionettentheater u. täglich geöffnet. Alles Näheres durch die Tagesanschlüsse an den Säulen. 18488*

Achtung! Musiker. Achtung!
 Dienstag, den 18. September, vormittags 11 Uhr, bei Schulz, Grenadierstr. 33:
Mitglieder-Versammlung der Freien Vereinigung der Civil-Berufsmusiker Berlin und Umgegend.
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Um zahlreichem Besuch bitten.
 Der Vorstand.

An die Arbeiterschaft Berlins.
 Da es häufig vorkommt, dass Musiker unter unserer Firma feigen, geben wir den Vereinen resp. Komitees bekannt, dass unsere Mitglieder im Besitz einer Legitimationskarte (Mitgliedskarte) sind; selbige ist für das 3. Quartal 1900 u. muss mit unserem Vereinsheft versehen sein; auch ist jedes Mitglied verpflichtet, die Karte stets bei sich zu führen, und machen wir darauf aufmerksam, dass wir mit den sogenannten Musiker-Börsen wie Habel, Ritterstraße, Wilschke, Potsdamerstr., auch dem Verein „Nord- und Westdeutscher Musikantenverein“ in keiner Hinsicht in Verbindung stehen. Unser Arbeitsnachweis bleibt nach wie vor Rosenthalerstr. 57, und werden dieselben alle Geschäftsverträge vormittags von 11 bis 1 Uhr entgegengenommen, auch abends von 7 bis 9 Uhr.
 Auch geben wir gleichzeitig die Lokale bekannt, wo Mitglieder von uns täglich sind:

1. Königsplatz, Große Frankfurterstr. 117.
2. Ruh' Salon, Große Frankfurterstr. 85.
3. Neu-Zeeland, Strauß (Sozialapelle).
4. Victoria-Garten, Treptow (Sozialapelle).
5. Kellers Festsäle, Kopenstr. 29.
6. Andreas-Säle, Androssstr. 21.
7. Elysium, Sandberger Allee 40/41.
8. Neue Welt, Hasenheide (Sozialapelle).
9. Schnegelsberg's Festsäle.
10. Viertes Volksgarten, Schönhauser Allee 102.
11. Rittens Volksgarten, Hasenheide 13/15.
12. Waldschloß, Schmargendorf.
13. Gesellschaftshaus, Weberstr. 17.

Berein deutscher Schuhmacher.
 Montag, den 17. Sept., abends 8 1/2 Uhr, bei Pohl, Rosenthalerstr. 12:
Kombinierte Mitglieder-Versammlung sämtlicher Bezirke.
 Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Die geplante Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Mittwoch, den 19. September cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Habereich, Gr. Frankfurterstr. 30:

Branchen-Versammlung der Ballschuhmacher.
 Tages-Ordnung:
 1. Die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ballschuh-Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Sonnabend, den 22. Sept., abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. Nr. 57:

Versammlung der Schäfte-Arbeiter u. Arbeiterinnen.
 Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.
 NB. Der Urnabstufung findet am Sonntag, den 30. Sept., nachm. 4 Uhr, statt. Zur Aufführung kommt: „Die Weltanschauung zu Paris“. Nach dem Urnabstufung: „Geistliches Beisammensein mit Tanz“ bei Müller, Alte Jakobstr. 32. Tanz 30 Pf. Garberode 10 Pf. 170/11

Achtung! Maler und Berufsgenossen!
 Dienstag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Obitz, Grunewaldstr. 110 (Schöneberg):
Grosse Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Genossen Rater über: Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Diskussion. Verschiedenes.
 Die Agitationskommission der Gewerkschaft der Maler Berlin und Umgegend.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).
Versammlung
 Dienstag, den 18. September, abends 8 Uhr, im Saal des Herrn Brüder, Waldemar-Strasse 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Dr. Weyl über: „Das Reichs-Beurteilungsgesetz und die Mißstände im Krankenhauswesen.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 943/14
 Gäste haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Donnerstag, den 20. d. M., abends 9 Uhr, im „Alten Schützenhaus“, Liniestr. 5,
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Robert Schmidt über: „Politische Tagesfragen“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 245/11
 Gäste sehr erwünscht. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für Lichtenberg-Friedrichsberg
 Dienstag, den 18. September, abends 9 Uhr, im Lokal von Höflich, Frankfurter Chaussee 120,
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über Staatshilfe und Schüsse. Referent Genosse Dr. Wollheim. 2. Diskussion. 3. Aus der Gemeindevorstellung. 4. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. 14/5 Der Vorstand.

Achtung! Schneider und Berufsgenossen.
Große öffentliche Versammlung
 aller Herren- und Knaben-Konfektions- und Maßschneider, sowie Damenmäntel- und Kostümschneider, Kürschner, Mützenmacher, Plätter u. ander verw. Berufsgenossen, einberufen vom Verein der Herren- und Knabenkonfektions-Schneider, am 17. September 1900, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Appenstraße 29.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Coals- und Kohlensteuerung und was bedeuten die Berufs-genossen in dieser Sache zu thun? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 277/2

Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau u. Arbeitsnachweis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, II, Zimmer 16. Tel.-Amt VII 3348.

Heute, Sonntag, den 16. September cr., finden folgende Versammlungen
 statt: 68/5
Kohlenarbeiter und Kutscher
 abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15.
 Tages-Ordnung:
 1. Warum ist beim Streik der Kohlenarbeiter- und Kutscher nicht mehr erzielt worden, und inwiefern trägt die Organisation Schuld daran? 2. Diskussion.
 Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**

Möbeltransportarbeiter u. Kutscher
 abends 6 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.
 Tages-Ordnung:
 Die Antwort der Unternehmer auf unsere Forderungen.
Fast- und Arbeitskutscher, Hausdiener, Baker u. von Nixdorf
 abends 6 Uhr, bei Merder, Steinmetzstr. 55.
 Tages-Ordnung:
 1. Die wirtschaftlichen Ansprüche der organisierten Arbeiter. 2. Neuwahl der Vertrauensmänner.

Speicher-Arbeiter und Getreideträger
 abends 6 Uhr, bei Stechert, Androssstr. 21.
 Tages-Ordnung:
 Die Antworten der Unternehmer auf unsere Forderungen.
 Wir bitten um zahlreichem Besuch der Versammlungen.
 In der Versammlung der Kohlenarbeiter und Kutscher haben auch Frauen Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter.
 Dienstag, den 18. d. M., abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c,
Oeffentl. Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen P. Jahn. 2. Gewerkschaftliches. 3. Unter-suchungs-Gesetze. 275/9
 Um zahlreichem Erscheinen ersucht
 Der Vertrauensmann.

Achtung! Kürschner. Achtung!
 Montag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Alten Schützenhaus, Liniestr. 5,
Oeffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden zum Gewerbegericht. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum Internationalen Sekretariat und Verschiedenes. 93/14
 Der Vertrauensmann.

Achtung! Rabsitzputzer. Achtung!
 Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20 (Rembrandtstr.)
Mitglieder-Versammlung
 der Zahlstelle Berlin 3 des Centralverbands der Maurer.
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig. 252/18
 Die örtliche Verwaltung.

Stuccateure.
 Montag, den 17. d. M., abends 8 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33:
Fillal-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. „Proletariat und bürgerliche Presse.“ (Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.) 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 179/4
 Zahlreichen Erscheinen erwartet. Der Vorstand.
Zahnziehen
 mit Elektricität, neues eignes Verfahren 1.50 M., Kunst-zähne, Plombieren, schmerzlos. Karstr. 32, II, a. d. Albrechtstr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Dienstag, den 18. September, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Centrums-Vertrauensmänner-Versammlung der Drechsler sämtlicher Bezirke.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Bundestagreferent. 2. Unser weiteres Vorgehen. — Jede Werkstatt muß vertreten sein; ganz besonders die Vertrauensleute aus den Tischlereien haben zu erscheinen. Buch- und Vertrauensmännerkarte legitimiert. 107/3

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Montag, den 17. September 1900, abends 8 Uhr:
Große Versammlung
 aller in der Metallschrauben-Branchen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Lokal des Herrn Graumann, Rammstr. 27.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Frauenarbeit in der Großindustrie. Referent: Frau Martha Tietz. 2. Diskussion. 3. Bericht der Agitations-Kommission und Neuwahl derselben. 4. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Maschinen der Arbeiter und Betriebsleiter bei der Firma Wiking u. Violet. 5. Abrechnung vom Sommerfest. 6. Verbandsangelegenheiten. 118/2
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.
 Dienstag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlungen:
 Filiale Nord: Brunnenstr. 188.
 Filiale Süd: Markgrafenstr. 88.
 Tages-Ordnung in beiden Versammlungen: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Verbandsleitung.
 Die Sektions-Versammlung der Tapezierer-Rührerinnen kann umhändelbar erst am Mittwoch, den 26. September, in den Armaturen stattfinden. Die Sektionsleitung der Rührerinnen.
 Das Bureau des Verbandes befindet sich im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Gebühret 10-1 und 5-8. 178/13

Achtung! Maurer! Achtung!
 Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 Uhr, im Königshof, Wilhelmsstr. 37:
Mitglieder-Versammlung des Centralverbands der Maurer Bezirk Westen und Schöneberg.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen W. Schulz über: „Kapital-gewinn und Arbeitslohn.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich, Bückerstraße 61:
Oeffentliche Versammlung der Maurer mit Frauen für den Bezirk Süd-Westen.
 Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Jahn über: „Das menschliche Glück und die sociale Frage.“ 189/16
 Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.**
 Zahlreichen Besuch erwartet. Die Verbandsleitung.

Achtung! Cementierer u. Berufsgen. Achtung!
 Mittwoch, den 19. September 1900, abends 8 Uhr, bei Rühmann, Brunnenstr. 188,
Mitglieder-Versammlung
 der Zahlstelle IV
 des Central-Verbands der Maurer Deutschlands.
 Tages-Ordnung:
 Die kommende Krise im Baugewerbe. Referent: M. Kiesel. 2. Dis-kussion. 3. Gewerkschaftliches. Bericht der Lohnkommission und Wahl eines zweiten Vorsitzenden. 4. Verschiedenes. 57/15
 Die Arbeitslosen-Statistik vom August ist mitzubringen. Mitgliedsbuch legitimiert. Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. J. A.: Franz Krömer.

Achtung! Banarbeiter Achtung!
 Gruppe der Putzträger.
 Montag, den 17. September, abends 8 Uhr, Alexanderstr. 27c:
Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Welches sind die Bedürfnisse der Organisation und wie sind sie an-zuwenden, wenn sie Erfolg haben sollen? Referent: Kollege Behrendt. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 43/4
 Sämtliche Kollegen, die im Baugewerbe beschäftigt sind, sind zu dieser Versammlung eingeladen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Stockarbeiter! Achtung!
 Mittwoch, den 19. September, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c,
Große öffentliche Versammlung
 aller in Stoff-, Schirm- und Cellulosewaren-Fabriken beschäftigten Arbeiter.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Agitationskommission und des Ver-trauensmanns. 2. Neuwahl des Vertrauensmanns und Regelung unseres Agitationswesens. 3. Bericht über unsere Volkstätigkeit und wie gestalten wir dazu unser Streikfonds. Ref.: Kollege Zorn. 4. Verschiedenes. 180/9
 Kollegen, wir erwarten, dass ein jeder in dieser Versammlung erscheint, um bei dieser hochwichtigen Tagesordnung mit zu bestimmen, damit nicht nachher gegen die Beschlüsse gearbeitet wird. Der Vertrauensmann.

Zähne 2 M.
 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-ziehen 1 M. Plomben 1.50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Keinen Bruch mehr!
 2000 Mark Belohnung demjenigen, der beim Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden voll-kändig geheilt wird. Man läßt sich vor unbedeutenden Nachschmerzen auf Anfrage Probeband gratis und franco durch das Pharmaceutische Bureau, Balkenstr. 25, Holland, Nr. 270. Da Kadland - Doppel-posto. 54382*

Achtung Vereine!
 Vereine oder Klubs, die gewillt sind, mit einem Gewandverein (Mitgl. d. V. S. V.) ein Vergnügen am Sonn-abend, den 24. Kovbr., in Stockmans Festsälen, Nord-Öst, Weberstr. 17, ab-zuhalten, können sich melden Montag-abend von 9 Uhr ab, bei Tals, Staligerstr. 94b, Restauration. 129120

Zähne v. 2 Mt. an.
 Täglich Teilzahlung. Reparaturen in 2 Stand. Plombieren. Nervtöten. Zahnziehen schmerzlos. Sprechzeit 8-8. Sonntags 8-1.
H. Lange, Gde. Marktstraße 25.



Die Betriebs- und Verkaufsräume (bis 9 Uhr abends offen) sind bequem von allen Stadtteilen zu erreichen. Sie liegen schrägüber vom Rathaus und vis-a-vis dem königl. Amtsgericht sowie 2 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz entfernt. Am Abend zeigt ein weithin sichtbares Lichtmeer von vielen hundert elektrischen Flammen die imposante Front und gewährt einen bequemen Ueberblick über die circa 30 Meter lange Ausstellung von

Juwelen × Goldenen Ringen × Ketten × Einsegnungs-Schmuck × Taschenuhren
Stand- und Wanduhren × Silbernen und Alfenide-Schmuck- und Tafelgeräten

sowie sämtlichen in die Gold-, Silber- und Uhren-Branche fallenden Artikeln.

Niemand sollte verabsäumen, sich bei Bedarf durch Besichtigung unserer Auslagen zu informieren, denn es bietet dieses Etablissement, wohl das grösste dieser Art auf dem Kontinent, so viel Neues und Sehenswertes, dass ein jeder Käufer das Passende findet.

Die Preise sind billig und fest, und wird Nichtkonvenientes bereitwillig umgetauscht.

In der sich den Verkaufsräumen unmittelbar anschliessenden, durch riesige Glaswände getrennten Fabrik sieht man das Arbeiten der durch zwei elektrische Kraftmotoren betriebenen Maschinen neuester Konstruktion, welche zur Herstellung von Goldschmuckwaren dienen. Für den Einzelverkauf sind die Eingänge A und B reserviert.



Reizende Garnituren mit echten Opalen, Türkisen und Perlen
 von 7, 10, 12, 15, 20 Mk. aufwärts.

Werkstatt im Hause.

Vorläufige Anzeige.

Alle Herbst- und Winter-Neuheiten am Lager.

Specialität:
Nur Herren- und Knaben-Garderoben eigener Fabrikation.

Keine Neben-Artikel, daher grösste Leistungsfähigkeit. Verkauf zu sehr billigen, aber festen Preisen. Zur Besichtigung — auch ohne Kaufzwang — ladet ergebenst ein

Karl Zobel, Herren- und Knaben-Moden und Tuch-Versand.

BERLIN SO., Köpnick-Strasse 121, Eckhaus Michaelkirch-Strasse.
 Extra-Atelier für Damen-, Sport- und englische Kostüme.

Werkstatt im Hause.

Schönheit der Zähne ist eine Ehre.

!! Achtung !!
Keine Reisende.
Ausschneiden.

1. Erst bei Abholung vorzeigen!
 Gültig 4 Wk. für denjenigen, der sich in meinem Besteninteressen und wohlbekanntem Zahnärztlicher Kunstliche Zähne anfertigen lässt.

Künstliche Zähne von 3 Wk. Plomben von 2 Wk. an in tadelloser Ausführung. 54579*

Keine Extraberechnung.
 Zahnreinigung gekostet, wöchentlich 1 Wk.

Max Guckel, Zahnkünstler, Laufiger Platz 2.

J. Adler Teppichhaus,
 König-Strasse 20/21 (dicht am Rathaus).

Der **Räumungs-Ausverkauf**

von **Teppichen, Gardinen, Möbelstoffen, Portieren, Tisch-, Divan-, Reise-, Schlaf- und Steppdecken,** sowie **Gobelins und Läuferstoffen**

wegen Ueberfüllung meiner Lager findet **nur bis zum Beginn der Saison** statt.

Es bietet sich hiernach eine selten wiederkehrende Gelegenheit, nur durchaus reelle Fabrikate mit einer Preisreduktion bis **33 1/3 Proz.** einzukaufen. Ich lade das hochverehrte Publikum ergebenst ein, durch Besichtigung meiner Lager und Prüfung der Waren sich von der Realität dieses Ausverkaufs zu überzeugen.

Im Interesse der geehrten Damenwelt liegt es, ihren Bedarf wegen des bekanntlich sehr grossen Andrangs in der Saison jetzt schon zu decken.

Arbeits-Bekleidung
 für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Roubatoren, Friseur.
 En gros — Detail.
D. Wurzel & Co.,
 Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“

mit Matratze, Oberbett, Unterbett und 2 Kissen

22, 28, 33-90, 00. Stand v. 10-100, 00

Betten
 Holz od. Eisen, mit Matratze und einem completen Stand neuer Federbetten
 25, 30, 35-150, 00.

Bettfedern und Daunen
 0,45 7,00 p. Pfd.

von 8,00-100,00

Zähne
 von 2 Wk. an, Plomben billig, Zahnleiden schmerzlos, Teilzahl. gekostet. Extraberechn. ausgekl. H. Janner, Wabnitzstr. 13.

Möbel
 und Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrik-Preisen.
Bukow, Invalidenstr. 13.
 Lager: Parterre u. I. Etage.

Nußbaum-Möbel,
 g. Einrichtungen, darunter Teppich, Portieren, Gardinen, Stores, Truemeub., Tischgarnituren, Paneele, Pianinos, Musikinstrumente, verschiedene Belageneitische, alles sportlich beim Auktionator Wöcknerstr. 137, nachmittags 2-8 Uhr. 52579*

Frankes Speisehalle
 Neue Grünstrasse 39 (zv. Kommandanten- und Seidelstr.)
 Jeden Tag 12 verschiedene Gerichte | Speisezeit munterbrochen von 10-11 Uhr mittags 11-12 Uhr abends.
 Bier 1/2 10 Pf., 1/2 5 Pf. Kaffee 5 Pf. Milch 5 Pf.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung Woche 1 Wk. Plomben 1 Wk. Absolut schmerzlos. Zahnz. 1 Wk. **J. Blumberg, Eiferstr. 33, a. Oranienb. Thor. Epr. 5-7, Sonntag 9-11.**

Unsre Lager in Herren-Stoffen u. Schneiderei-Bedarfs-Artikeln
 befinden sich jetzt
Spandauerstr. 33/35, parterre u. I. Etage.
Max Friedländer jr. Brenner & Co.
 Specialität: **Kammgarne, Cheviots.**

Gardinen, Stores, Gardinen-Reste, Kostüm-Röcke, passend zu 1 bis 4 Fenstern, spottbillig!
 Schwarze gemusterte Winter-Hausrock 1,75, Damen-Hosen mit Handlangue 68 Pf., Normalhemden 65 Pf.
Grösstes Partiewaren-Geschäft, Restbestände ganzer Warenlager

Hermann Rosendorff, Reichenbergerstr. 15, Eckhaus Kottbuser Thor.

Ueber die Sterblichkeit der Kinder in diesem Sommer.

Ein ernstes Wort an sorgliche Mütter.

Ein den kleinen Kindern höchst verderblicher Sommer, dessen Hitze viele junge Wesen dahingerafft, so manchem Elternhause Schmerz und Trauer drückt, weigt sich seinem Ende zu. Besorgt fragt sich der Menschenfreund: Wie dieses große Sterben sein? Läßt sich ihm nicht abhelfen? Und warum gingen wiederum so viele Kinder schon in den ersten Lebensmonaten zu Grunde, die bei richtiger Pflege und Ernährung sich vielleicht der Familie hätten erhalten lassen? Trotz aller Fortschritte der Wissenschaft und Technik, trotz aller Verbesserungen des Milchweizens und zahlloser angeblicher Kindernährpräparate noch immer diese erschreckende Sterblichkeit unter den Säuglingen! Es ist betäubend, daß die Ernährung kleiner Kinder, trotz der reichsten Forschungen, im praktischen Leben noch so wenig Erfolge aufzuweisen, die Sterblichkeit sich noch nicht sehr verringert hat. Noch immer stirbt der 4. bis 5. Teil der Neugeborenen im 1. Lebensjahre! 2-300 von 1000 erliegen frühen Erkrankungen, zumal dem **Brechdurchfall**. Noch immer sind die Kinder der Großstadt bei weitem mehr gefährdet als die Landkinder, die Kinder der Armen mehr als die der Reichen, — die der Industriebezirke mehr als die des Landbaus. Es ist wahr: Die Verhältnisse der Großstadt mit ihrer riesigen Menschenansammlung, ihren schwierigen Erwerbsverhältnissen, ihrem sozialen Elend, ihrem harten Kampfen und sorgenvollen Ringen um die Existenz werfen ihren Schatten auch auf die Kinderwelt, die hier in den sonnenbeschienenen Häuserreihen, in den oft engen, dumpfigen Höfen, in Keller- oder Dachgeschossen, oft in zu dicht bewohnten Räumen den Sommer verbringen muß.

Staub und Auh, eine an Krankheitskeimen reiche Luft, die Ansammlung von Abfallstoffen — vieles kommt eben zusammen, um die jungen Wesen zu schädigen. Während die Kinder des ländlichen Bauern auf dem Lande Licht, Luft, Schatten und verhältnismäßig gute Nahrung haben, sind die Stadtkinder weniger glücklich. Denn gerade die Hauptsache, eine gesunde Nahrung, eine wirklich gute Milch, ist hier nur zu hohem Preise zu beschaffen. Mutter-Molkereien der Stadt produzieren wohl Kindermilch, die beinahe tadellos ist; aber diese ist nur mit großen Kosten herzustellen — darum nur für die Reichen erschwinglich. Der kleine Mann, der Arbeiter, der bescheidene Handwerker muß sie sich verjagen, so lieb er seine Kinder hat.

Der Tuberkulose-Kongress, der voriges Jahr in Berlin tagte, hat auf die Milchverhältnisse der Städte ein großes Licht geworfen. Männer der Wissenschaft haben festgestellt, daß die Verilcht unter dem Mikroskop Deutschlands sehr verbreitet ist, und daß selbst die Tuberkulose-Jungfer der Tiere keinen unbedingten Schutz gewährt, da eine große Anzahl Kühe, trotzdem sie Tuberkulose haben, nicht darauf reagieren. Es wurde bewiesen, daß zahlreiche Proben von Milch, die der Milchmilch großer Betriebe entnommen waren, lebensfähige Tuberkelbacillen enthielten. Daß solche Milchkeime von höchster Ansteckungsfähigkeit durch Abkochen der Milch getötet oder doch abgeschwächt werden, ist ein schwacher Trost. Die Gefahr für die Kinder, ist damit nicht unbedingt beseitigt, denn die rasche Zersetzung der Milch im Darm des Kindes ruft dann die unheilvollen **Brechdurchfälle** hervor.

Wie ganz anders liegen die Verhältnisse im gelobten Lande der Milchwirtschaft — in der Schweiz!

Nähe einer anerkannt gesunden, von Verilcht nahezu vollständig freien Rasse, die den größten Teil des Jahres auf hohen Bergwiesen in bester Luft verbringen und sich dort tummeln können, anstatt wie bei uns vorwiegend zum Stallaufenthalt und zu Trocken-

fütterung verurteilt zu sein, liefern — im Freien gemolken — dank dem äppigen, frischen Futter eine herrliche, fettreiche, von Bacillen durchaus freie Milch. Aber auch im Winter sind die Stall- und Milchverhältnisse infolge der vielhundertjährigen Erfahrung dort tadellos. Kein Wunder, daß die **Schweizermilch** unerreicht ist.

Solche Schweizermilch, in hohen Temperaturen rasch und sauber mit Zucker eingedickt (nachdem sie für gesund befunden), ist der Hauptbestandteil eines alsbaldigen, seit circa 35 Jahren in der ganzen Welt beliebten Kindernährmittels — des **Restle** sehen Kindermehl, das aus solcher zu Pulver condensierter Milch und feinstem Weizenweizenmehl stets gleichmäßig hergestellt ist und sich seitdem immer die Gunst der Ärzte, der Hebammen, sowie der Mütter bewahrt hat. Wohlgeschmeckt, haltbar, keimfrei, bekömmlich, weil es sättigt, gut verdaut wird und trefflich nährt, hat das Restle'sche Kindermehl sich nicht nur bei der Auffütterung des gesunden Kindes als vorzüglich gezeigt, sondern auch beim **Kranke** n Kinder als ausgezeichnete Kost erwiesen, welche **Brechdurchfälle** verhilft und baldigst beseitigen hilft. Es ist dies auch ganz erklärlich, denn das Restle-Mehl macht eben die oft so zweifelhaften Milch der Großstadt erlöslich, da es selbst die beste Schweizermilch enthält und — mit Wasser gelocht — sofort einen ausgezeichneten Milch-Zwieback-Preis liefert.

Die sehr berechtigte Frage jeder Mutter: Wie lassen sich die zarten Kinder über die besonders durch die Hitze ihnen drohenden Gefahren hinwegbringen, wie kann man sie vor den Folgen schlechter Milch schützen und vor Brechdurchfällen bewahren? Ist also sehr einfach zu beantworten: Es ist das einfache, naturgemäße, leichte Restle-Kindermehl, — das bekannte Produkt der Schweizer Milch, — welches dies so erfreuliche Ergebnis liefert. Wie es auch längst so mancher Familie ihre kleinen Lieblinge erhalten!

Dr. L. Schulz, Woltersdorf.

Die Berliner Krankenkassen über die Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes.

Die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins hatte am 12. September nach der Resourcée eine Versammlung einberufen, die sich eines außerordentlich starken Besuchs erfreute. Den Besuchern waren die von der Central-Kommission für die bevorstehenden Änderungen des Krankenversicherungs-Gesetzes aufgestellten Forderungen unterbreitet.

An der Hand derselben referierte Dr. Curt Freudenberg, indem er jeden einzelnen der Punkte eingehend begründete.

Nach einer kurzen Diskussion wurde mit großer Majorität beschlossen, die Central-Kommission zu beauftragen, die obligatorische Aufnahme der Familienversicherung zu fördern und gegen eine etwaige bestehende Absicht, die Krankenkassen an die Landesversicherung anzugliedern, energisch zu protestieren. Zur Annahme gelangte sodann folgende Resolution:

Die Versammlung von Krankenkassen-Vorständen und Verwaltungsbearbeitern, in der 41 Orts-Krankenkassen, 4 Betriebs-Krankenkassen, 8 Innungs-Krankenkassen, 4 Vorortkassen, 31 Freie Hilfskassen durch Delegierte vertreten sind, erhebt für die bevorstehenden Änderungen des Krankenversicherungs-Gesetzes folgende Forderungen:

1. Eine Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen (§ 1 des geltenden Gesetzes) ist dringend notwendig. Der Versicherungszwang muß mindestens auf alle der Invalidenversicherung unterliegenden Personen, womöglich jedoch auf alle Erwerbstätigen mit einem Einkommen bis zu 2500 Mark ausgedehnt werden. Jegliche Einschränkungen, insbesondere für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und das Gefolge, liegen nicht im Interesse der Bevölkerungsschichten, denen die Wohlthaten des Gesetzes zu gute kommen sollen.

2. Ein Bedürfnis zur Verbeibaltung der Gemeinde-Krankenversicherung als Träger der Versicherung besteht nicht.

3. Die Centralisation der Krankenkassen, d. h. die Vereinigung aller im Bezirk einer oder mehrerer Gemeinden beschäftigten versicherungspflichtigen Personen in einer Krankenkasse, unter Vereinfachung der für einzelne Gewerkschaften, für einzelne Betriebe oder für die Innungen errichteten Kassen, liegt im Interesse der Versicherten. Die Centralisation wird aber die erhoffte Wirkung nur dann vollständig ausüben können, wenn auch die durch Betriebs-, Bau- und Innungs-Krankenkassen geschaffene Zersplitterung — welche weit schlimmer ist, als die durch die Orts-Krankenkassen hervorgerufene — durch Aufhebung dieser Kassen beseitigt würde. Sollte eine Centralisation in diesem Umfang bei der bevorstehenden Änderung des Krankenversicherungs-Gesetzes nicht erreichbar sein, so wäre mindestens zu fordern:

- a) daß den Orts-Krankenkassen die freiwillige Vereinigung durch Abänderung des Gesetzes erleichtert würde,
- b) daß die fernere Gründung von Bau-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen unmöglich gemacht, bez. die Genehmigung solcher Gründungen an die — in geheimer Abstimmung erfolgende — Zustimmung der Mehrheit der versicherungspflichtigen Personen geknüpft würde,
- c) daß die Auflösung der bestehenden Betriebs-, Bau- und Innungs-Krankenkassen auch dann zu erfolgen hätte, wenn die Mehrheit der versicherten Arbeiter, bez. die Generalversammlung der Kasse dies beschließt.
- d) daß, falls ein Versicherter infolge Wechsels der Beschäftigung gezwungen ist, auch seine Kassenzugehörigkeit zu wechseln, ihm auf eine im Statut der neuen Kasse etwa vorgeschriebene

Karenzzeit die Zeit angerechnet wird, welche er ununterbrochen — bez. mit kurzer Unterbrechung infolge Arbeitslosigkeit — vorher andern Krankenkassen angehört.

4. Eine Erhöhung des aus eigenen Mitteln zu bestreitenden Beitragsanteils der Arbeitgeber auf die Hälfte erscheint nicht notwendig; diese Erhöhung würde unannehmbar sein, wenn damit zugleich den Arbeitgebern in der Verwaltung der Kassen die gleichen Rechte eingeräumt würden, wie den Arbeitern. Zu einer Schwächung der bisherigen Rechte der Arbeiter liegt nicht der geringste Anlaß vor. Denn erstens haben die Arbeiter naturgemäß ein weit lebhafteres Interesse an den Krankenkassen, als die Unternehmer, zweitens aber haben die Arbeiter an der Verwaltung der Unfall-Berufsgenossenschaften keinen Anteil und folglich darf auch der Einfluß der Unternehmer auf die Krankenkassen nicht einfach nach der Höhe ihres Beitragsanteils berechnet werden, da die Unternehmerbeiträge zum sehr erheblichen Teile nur den Erlay für die Versorgung der Unfallverletzten während der ersten 13 Wochen darstellen.

5. Ein Anschluß der Orts-Krankenkassen an die Gemeindeverwaltung in der Weise, daß ein Gemeindebeamter von der Gemeinde als Vorsitzender angestellt wird, erscheint nicht angezeigt. Eine solche Maßregel würde nur den Bürokratismus fördern, und die bisherigen, gut eingearbeiteten Beamten, sowie die mit den Verhältnissen des Erwerbslebens vertrauten Personen aus der Kassenverwaltung herausdrängen.

6. Eine desorientierende Bestimmung, wonach als „ärztliche Behandlung“ nur die Behandlung durch approbierte Ärzte gilt, erscheint schon deshalb überflüssig, weil bereits das geltende Gesetz durch die Aufsichtsbehörde überall in diesem Sinne ausgelegt wird. Wünschenswert erscheint dagegen eine Bestimmung, welche die Zulassung von im Auslande approbierten Ärzten mindestens so lange sicherstellt, bis im Inlande eine hinreichende Zahl von Frauen die Approbation erworben hat.

7. Die gesetzliche Einführung der „freien Arztwahl“ liegt nicht im Interesse der Krankenkassen und der versicherten Arbeiter. Dagegen erscheint es erforderlich, daß über die Wahl des Arztsystems, bez. die Anstellung von Kassenärzten ausschließlich die Versicherten oder ihre Vertreter zu entscheiden haben, als diejenigen, die allein der kassenärztlichen Behandlung anheimfallen.

8. In dem § 6a Ziffer 2 und § 26a Ziffer 3 des Krankenversicherungs-Gesetzes sind die Worte „sowie daß Versicherten, welche sich eine Krankheit vorsätzlich oder durch schuldhaftes Betragen bei Schlägereien und Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben, für diese Krankheit“ zu streichen.

9. Die Befugnisse der Aufsichtsbehörden haben sich keineswegs als unzulänglich erwiesen. Dagegen erscheint es unbedingt notwendig, daß gegen alle Entscheidungen der Aufsichtsbehörden der Rechtsweg zugelassen wird, in nicht dringenden Fällen mit aufschiebender Wirkung. Als höchste Instanz würde dabei am besten das Reichs-Versicherungsamt eingesetzt werden. In Fällen, in welchen die Krankenkassen durch später aufgehobene, vorläufig vollstreckbare Verfügungen der Aufsichtsbehörden zu Anwendungen gezwungen sind, deren Wiedererstattung seitens der zunächst Beteiligten nicht zu erlangen ist, muß den Krankenkassen der Regressanspruch an die Aufsichtsbehörden freistehen.

10. So lange die Betriebs-, Innungs- und Bau-Krankenkassen als gleichberechtigte Träger der Krankenversicherung beibehalten werden, ist nicht der geringste Grund einzusehen, warum den von den Arbeitern verwalteten freien Hilfskassen diese Eigenschaft entzogen, und dieselben nur noch als Zuschußkassen zugelassen werden sollen.

11. Eine Einteilung der Versicherten in Lohnklassen nach der

Höhe des wirklich gezahlten Lohns ist für alle Krankenkassen obligatorisch zu machen. So lange diese Einteilung nicht durchgeführt ist, sind bezüglich der Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne Bestimmungen zu treffen, welche deren richtige Festsetzung besser sichern, als dies bisher der Fall ist. Der Lohn ist dabei innerhalb der Grenzen der Versicherungspflicht in voller Höhe anzurechnen. Die Stärkung des Krankengelds für Doppelversicherter ist zu bejehigen.

12. Im § 6 des Krankenversicherungs-Gesetzes ist statt „ärztliche Heilmittel“ „andere Heilmittel, welche zur Wiederherstellung bezw. Erhaltung der Gesundheit oder Erwerbsfähigkeit nach ärztlicher Anordnung notwendig sind“, zu setzen.

13. § 7 des Krankenversicherungs-Gesetzes ist dahin zu ändern, daß freie Kur und Verpflegung im Krankenhaus, eventuell in einer Heil- oder Erholungsstätte gewährt werden muß, wo dies die Umstände erfordern.

14. Den Krankenkassen ist bei günstiger finanzieller Lage auch eine Erhöhung der „Familienunterstützung“, welche an die Angehörigen der in einem Krankenhaus Untergebrachten gezahlt wird, zu gestatten.

15. Die im § 38a den Arbeitgebern gewährte Erlaubnis, sich in der Generalversammlung und im Vorstand durch andre Personen vertreten zu lassen, ist auch den versicherten Arbeitern zu gewähren. Auch ist die Bestimmung im § 64, Nr. 5 zu streichen, nach welcher die „freiwilligen“ Mitglieder der Betriebs-Krankenkassen Stimmrechte nicht ausüben und Kassenämter nicht bekleiden dürfen.

16. Die Gründung von Kassenverbänden ist auch ohne die im § 46 vorgesehenen Beschränkungen zugelassen, soweit dadurch der Zweck der Krankenversicherung oder die Interessen der versicherten Arbeiter gefördert werden.

17. Den Krankenkassen bezw. Krankenkassen-Verbänden ist die Errichtung eigener Apotheken zu gestatten, eventuell sind mindestens die Regierungen zum Erlaß besonderer Kassenapotheken mit wesentlich ermäßigten Sätzen zu verpflichten.

18. Den Krankenkassen ist die Berechtigung zu erteilen, „Krankheitsverhütungs-Vorschriften“ zu erlassen; in Betrieben oder Branchen, in denen erfahrungsgemäß eine besonders hohe Krankheitsgefahr herrscht, dürfen außerdem den Arbeitgebern so lange entsprechende Zuschläge zu den Beiträgen auferlegt werden, als die Krankheitsziffer den Durchschnitt übersteigt.

19. Wenn der Kreis der versicherungspflichtigen Bevölkerung in der sub 1 geschilderten Weise erweitert wird, erscheint die fernere Zulassung von „freiwilligen Mitgliedern“, abgesehen von der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung während vorübergehender Arbeitslosigkeit, nicht angebracht.

20. Die Dauer der Unterstützungspflicht ist allgemein auf mindestens 26 Wochen zu bemessen.

21. Die Wahlen zur Generalversammlung der Krankenkasse sind seitens der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer nach dem Verhältniswahlrecht vorzunehmen.

Die Versammlung beauftragt die „Centralkommission der Krankenkassen Berlins“ die vorstehenden Wünsche in ausführlich begründeter Denkschrift den gesetzgebenden Faktoren im Reich, — Bundesrat und Reichstag — sowie dem preussischen Handelsministerium zur Kenntnis zu bringen und dahin zu wirken, daß sich die deutschen Krankenkassen möglichst zahlreich diesem Vorgehen durch Petitionen anschließen.

Sobald die Regierungsvorlage bekannt gegeben wird, soll außerdem ein „Kongreß der Krankenkassen Deutschlands“ nach Berlin einberufen werden.

Central-Kommission der Krankenkassen Berlins.
J. A. Eugen Simanowski, Vorsitzender, N., Hochstr. 46.

Grösstes Warenhaus des Ostens

M. Löwinsohn Nchf. Inh. S. Müller.

Berlin O.
Andreaspfatz. 5 Minuten vom Schlesischen Bahnhof. Grüner Weg 32.

Zum Wohnungswechsel!

Gardinen, weiss und crème, Mr. 18, 22, 25, 170 pr.
Gardinen, abgepasst, Fenster 115, 165, 240 pr.
Stores, entzückende Muster, von 145 pr. an.
Kongressstoffe, weiss u. crème, Mr. 38 pr. an.
Rouleauxstoffe, ^{glatt u.} weiss, crème u. bunt, 25, 38, 40.
Bettdecken, weiss, bordeaux u. grün, 125 pr. an.
Wollene Atlas-Steppdecken, bord, grün, 375 pr. an.
Schlafdecken, Stek. 98, 125—390 pr. an.
Plättdecken, Weiss mit Kante, Stek. 90 pr. an.

Portieren, Mr. 90 pr.
Portieren, abgepasst, Stek. 110 pr. an.
Gardinen, Croisé, 80 cm br., 38, 44, 55 pr. an.
Gardinen, Crêpes, 80, 180 cm 58, 88, 115 pr. an.
Tischdecken, Fantasie u. neufarbig, 125—900 pr.
Komodendecken, bord. u. grün, 145 pr. an.
Plüschdecken, glatt u. m. Borte, 490, 575, 650—1200.
Möbelstoffe, Fantasie u. neufarb., Mr. 110, 145, 195, 375.
Sofakissen, Stek. 38, 55, 98, 550 pr.

Bettvorleger, Teppiche, Läuferstoffe

in grosser Auswahl zu den billigsten Preisen.

Wachstuch-Küchendecken
Wachstuch-Tischdecken
Wachstuch-Stoffe.

Gardinenhalter
Gardinenstangen
Portierenstangen.

Möbelschnüre
Rouleauxschnüre
Marquisenstoffe.

Fertige Betten, Polsterbettstellen, Matratzen, Keilkissen, Bettfedern,
Stand 11,50 Mk. Zuggardinenstangen, verstellbare, 58 Pfennig. Pfund 60, 80, 100 Pf.

Fertige Bezüge, bunt und weiss, Satz von 3,45—2,70 Mk. an. Fertige Bettlaken ohne Naht, Stück von 83 Pf. an.

Glas, Porzellan, Emaille, Steingut.



BAER SOHN



24a/25 Chausseestr. 24a/25,
zwischen Invalidenstrasse u. Friedrich-
Wilhelmstädtischem Theater.

11 Brückenstrasse 11,
zwischen Jannowitzbrücke u. Köpnick-
Strasse (Ecke Bungestrasse).

20 Gr. Frankfurterstr. 20,
Ecke Koppenstrasse, am Bürger-
Hospital.

Fabrikation und Maass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.

En gros - En détail Lieferanten an Garderoben-Geschäfte, Vereine, Institute und ausländische Gesellschaften. Export - Import

Einsegnungs-Anzüge

unübertroffen reichhaltige Auswahl in Satin, Ripsgarn, Tuchen, Kammgarn, Cheviots, Drapés, Meltons u. s. w., je nach Grösse u. Qualität, 30,-, 25,-, 20,-, 15,-, 12,-

- Zwirn-Buckskin-Anzüge für Herren 9 Mk.
- Cheviot-Anzüge für Herren 10 Mk.
- Herbst-Anzüge für Herren 15 Mk.
- Herbst-Paletots für Herren 8 Mk.
- Modern karrirte Anzüge für Herren 18 Mk.
- Schwarze Jacket-Anzüge für Herren 18 Mk.
- Schwarze Rock-Anzüge für Herren 27 Mk.
- Schwarze Gehrock-Anzüge für Herren 30 Mk.



Gummi-Paletots

für Herren, dreifig, Façon mit Sammet-Kragen, doppeltes wasserdichtes Gewebe m. innerer Gummierung. Grau u. mode Sportfarb. Engl. Fabr. Makintosh. Nur echt m. d. Schutzm. d. roth. Hahnes 30,-

- Loden-Havelocks für Herren 6 Mk. 75
- Loden-Joppen für Herren 2 Mk. 25
- Radfahrer-Anzüge für Herren 6 Mk.
- Gummi-Pelerinen für Radfahrer 5 Mk.
- Herbst-Hosen für Herren 3 Mk. 50
- Schwarze Hosen für Herren 3 Mk. 50
- Knaben-Anzüge, entzückende Façons, v. 2 Mk. an
- Schüler-Anzüge, enorme Auswahl, 12,-, 9,-, 6 Mk.

Hochmoderne Maass-Anfertigung

unter Leitung vieler eigener erster Meister.
Kosen nach Maass 21, 18, 15, 12, 8 Mk.
Anzüge nach Maass 65, 55, 45, 36, 30 Mk.
Paletots nach Maass 60, 50, 40, 36, 30 Mk.
Die Winter-Neuheiten sind eingetroffen.

In unseren Häusern

Chaussee-Strasse 24a-25 und Brücken-Strasse 11 neu eingeführt:
Elegante Filz-Hüte 4,50, 3,- 1 Mk. 90.
Kragen, Manschetten, Ober-Hemden, Schirme, Stöcke, Hosenträger, Handschuhe, Trikotagen, Taschentücher, Strümpfe u. s. w.
zu besonders billigen Preisen.

Winter-Loden-Joppen Warm gefüttert, Zweireihige Façons mit breitem Brust-Ueberschlag. Schutz gegen Erkältung. In Herren-Grösse 18,-, 15,-, 12,-, 9,-, 6 Mark.



Vollständiger Ausverkauf wegen Geschäfts-Auflösung!

Während meines 10 jährigen Bestehens ist die Billigkeit meiner Waaren bekannt geworden, und ich stelle, um meine umfangreichen Lager recht bald zu räumen, Erstaunen erregende Preise.

Alles unter Preis! * Einzig in seiner Art! * Ein Versuch überzeugt!
Hiervon einige Beispiele!

Kleiderstoffe.

- 1 Posten Haus- u. Strassenkleiderstoffe doppelbr. früh 50 bis 100, jetzt 20 Pf.
- 1 Posten Nouveauté u. Halbseide früh 1,50, 1,75 bis 3,00, jetzt 70 u. 95 Pf.
- 1 Posten reinwoll. Kleiderstoffe früh 95, 120, 250, jetzt 40, 55, 75 u. 145 Pf.
- 1 Posten engl. Noppenstoff früh 98, 140, 155, jetzt 50 u. 60 Pf.
- 1 Posten reinwoll. Lawn tennis früh 120 bis 140, jetzt 40 Pf.
- 1 Posten Ballcrêpe jetzt nur 38 Pf.
- 1 Posten doppelbr. Schotten früh 98 jetzt 45 Pf.

Seidenlager:

- Foulard früh 100 bis 180, jetzt 60 Pf.
- Bengaline für Tanzstundenkleider, früh 100 bis 120, jetzt 50 Pf.
- Damassé früh 120, jetzt 80 Pf.
- Moirée-Velour früh 1,00 und 1,50 Mk.

Leinen- u. Baumwoll-Waaren.

- Tischdecken hervorragende Qualitäten weit unter Preis.
- Handtücher
- Servietten empfehlenswerth für Aussteuerer!
- Hemdenbarchend Mtr. von 22 Pf. an
- Fancy früher 25 u. 30 Pf. jetzt 15 Pf.
- Damen-Hemden fr. 115 bis 420 jetzt 60 - 280 Pf.
- Herrn-Hemden früher 125 bis 275 Pf. jetzt 70 bis 150 Pf.
- Kinder-Hemden früher 40 bis 150 Pf. jetzt 20 bis 80 Pf.
- Velour u. Barchend zu Morgenkleidern jetzt 28 Pf.

Wasch-Stoffe:

- Zephyrs Meter jetzt 22 Pf.
- Kleiderkattune Meter jetzt 15 Pf.
- Rips-Piqué Meter jetzt 30 Pf.

Gardinen, Portièren etc.

- Engl. Tullgardinen, Fenster 2 Flügel von 90 Pf. an, früher 3 bis 5 Mark jetzt 150 u. 200 Pf.
- ebenso: früher 2 bis 6 Mark jetzt 100 bis 300 Pf.
- Portièren: 1 Chale früher 2,50 bis 8,00 Mk. jetzt 1,00, 2,00, 3,00 Mk.
- Tischdecken früherer Preis bis 75 Pf. jetzt 44 Pf.
- Möbelcrêpe, do. doppelbreit früher 125 u. 145 jetzt 90 Pf.
- Steppdecken (darunter einige angeschmutzte)
- Schlafdecken
- Reisedecken "enorm billig".

Kurzwaaren etc.

- Kleider- u. Wäschebesätze jetzt Mtr. 2 Pf.
- Besatzknöpfe Dtz. 2 Pf.
- Velourborden Mtr. 3 Pf.
- Handschuhe f. Damen früh 25 bis 10 Pf. jetzt 70, 90
- Corsets für Damen früh 75 u. 125, jetzt 50 Pf.
- Trikotagen zur Hälfte des Werthes.
- Tüll-Deckchen Stück jetzt 1 Pf.
- Vorgezeichnete Tapiserie - Artikel für 1/2 des Werthes.
- 1 Posten Schürzen früh 30 bis 100 Pf. jetzt 10 und 35 Pf.
- 1 Posten Tuch- u. Alpacca-Röcke früh 2,00, 3,50 jetzt 1,00 Mk.
- aus Moirée fr. 3,75 u. 3,40, jetzt 2,00 Mk.
- 1 Posten Seidene Röcke früh 5 bis 18,50, jetzt 2,50 bis 9,00 Mk.

RESTE in Kleiderstoffen und Seide etc., Baumwollwaaren und Leinen, Hemdenbarchend etc., Futterstoffe etc. zu jedem nur annehmbaren Preise.

Der Total-Ausverkauf beginnt Dienstag, den 18. September.

Kaufhaus M. Schneider Nachf., Berlin O., Alexanderstr. 14 a, vis-à-vis der Blumenstrasse, 2 Minuten von der Jannowitzbrücke.

A. Jandorf & Co

C. Spittelmarkt 16/17. * SW. Leipzigerstr. 64. SW. Belle-Alliancestrasse 1-2.

Tapissserie-Handarbeiten.

Vorgezeichnet.

Für's Wohn- und Speisezimmer.

- Tischläufer**, rein Leinen mit Saum, ca. 150 cm lang **88 Pf.**
- Bestecktaschen**, guter grauer Stoff, gefüllt u. eingefasst **1 05 Mk.**
- Bestecktaschen**, grün Filz und roth gefüllt **1 15 Mk.**
- Batistschürzen**, reizend vorgezeichnet **75 Pf.**
- Sophakissen** mit breiter rother Stoffgarnitur und Rückwand **45 Pf.**
- Tischdecken**, crème u. weiss, mit modernen Strichstichmustern
Grösse ca. 55/55 ca. 75/75
Preis **38 Pf.** **63 Pf.**
- Tablett-Decken mit Saum**
Grösse

1	2	3	4
10 Pf.	14 Pf.	16 Pf.	23 Pf.
- Vogelbauer-Decken**, Fischerleinen **48 Pf.**
- Vogelbauer-Decken**, Fischerleinen, garnirt **85 Pf.**
- Schlüsselhalter** aus Holzstäben mit Filz-Einlage und Haken **33 Pf.**
- Batist-Deckchen** mit aufgesetzter Seidenstickerei **18 Pf.** **32 Pf.**

Für's Schlafzimmer.

- Paradehandtücher**, $\frac{1}{2}$ Leinen mit Saum **48 Pf.**
- Paradehandtücher**, rein Leinen mit Saum **95 Pf.**
- Wandschoner**, rein leinen, mit Saum **78 Pf.**
- Waschtischgarnituren** auf Pelz-Piqué, 5 theilig **23 Pf.**
- Waschtischgarnituren**, mit Spitzen garnirt **58 Pf.**
- Nachttisch-Decken** auf Pelz-Piqué **23 Pf.**
- Wäsche-Bentel**, mit Spitzen garnirt **73 Pf.**
- Nacht-Taschen**, mit Saum und halber Klappe **38 Pf.**
- Nacht-Taschen**, mit Saum und ganzer Klappe **43 Pf.**
- Nacht-Tischdeckchen**, mit Saum **21 Pf.**
- Schrankstreifen** für den Wäschschrank

3theilig	4theilig
24	32
- Wandschoner**, mit modernen Strichstich-Mustern **53 Pf.**
- Bettdeckenhalter** aus 2farbigem Filz mit Stab **1 75 Mk.**
- Waschtischgarnituren**, 4theilig, gebakelt **90 Pf.**
- Glücks-Hufeisen**, brocirt, mit reicher, vorgezeichneter Randgarnitur **78 Pf.**

Für die Küche.

- Küchenhandtücher**

Qual. 1	Qual. 2	
mit Frauen	58 Pf.	73 Pf.
- Küchen-Tischdecken**, graues Fischerleinen **48 Pf.**
- Küchen-Tischdecken**, glatt grauer Stoff m. farbiger breiter Einfassung **68 Pf.**
- Rollkorbdecken**, glatt grauer Stoff mit farbiger breiter Einfassung **68 Pf.**
- Plättbrett-Bezüge**, Neuheit! graues Fischerleinen **1 10 Mk.**
- Besen-Vorhänge** glatter Stoff m. breiter farbiger Einfassung **1 25 Mk.**
- Besen-Vorhänge**, gestreiftes Fischerleinen mit farbiger Einfassung **1 55 Mk.**
- Wandschoner**, glatter, grauer Stoff, farbig garnirt **83 Pf.**
- Marktnetze**, grosses Façon, graues Fischerleinen **75 Pf.**
- Taschen für Lampenputz-Material** **63 Pf.**
- Schrankstreifen** für den Küchenschrank, 2theilig **16 Pf.**
- Frühstücksbeutel** grau gestreiftes Fischerleinen

Grösse 1	Grösse 2
8 Pf.	11 Pf.
- Brotbeutel**, graugestreiftes Fischerleinen

Grösse 1	Grösse 2
22 Pf.	28 Pf.

Wir machen ferner auf unser sehr reich sortirtes Lager in allen modernen Stickmaterialien aufmerksam, welche stets in den schönsten Schattirungen komplett am Lager sind.

D M C Stiockgarn weiss blau roth
Doeke **4 Pf.** **5 Pf.** **5 Pf.**

Jandorfs Filoflosse Stiockseide
waschecht, 2 Doecken **15 Pf.**

Seidenglanzartiges Stiockgarn
in verschiedenen Stärken und Farben, zu allen Handarbeiten passend, Doecke **5 Pf.** **8 Pf.**

Schürzen

sämtliche Artikel sind sehr preiswert.

- Damen - Achselschürzen** . . . Stck. **80 Pf.**
mit Latz u. Trägern in mode-roth oder blau mit bunt besetzt.
- Damen - Achselschürzen** . . . Stck. **95 Pf.**
mit Latz u. Trägern, gestreifter Cretonne, elegante Façon.
- Damen - Achselschürzen** . . . Stck. **1 00 Mk.**
mit Latz u. Trägern, einfarbiger Satin oder linit, Leinen, elegant bekurbelt.
- Damen - Achselschürzen** . . . Stck. **1 10 Mk.**
mit Latz u. Trägern, einfarbiger oder gestreifter Satin, hübsch bekurbelt.
- Damen - Tändelschürzen**, . . . Stck. **30 Pf.**
einfarbig mit farbiger Bordüre.
- Damen - Tändelschürzen**, . . . Stck. **48 Pf.**
weisser Eips mit Volant und farbig besetzt.
- Mädchen - Schulschürzen**, gestreift, Cretonne mit Trimming-Ein- und Ansatz
für das Alter von ca. **7 8 9 10 11 12-14** Jahren
Preis **50 60 70 80 90 Pf.** **1 00 Mk.**
- Mädchen-Schulschürzen**, gestreifter Cretonne, elegant bekurbelt
für das Alter von ca. **7 8 9 10 11 12-14** Jahren
Preis **65 75 85 95 Pf.** **1 05 Mk.** **1 15 Mk.**

Regenschirme

ganz hervorragend billig.

- Damen-Regenschirme** | Taffet-Gloria m. Futural, hübsch garnirt, grosses Stocksortiment.
- Herren-Regenschirme** |
- Stück **3, 25 M.**
- Damen-Regenschirme** | Taffet-Gloria mit Paragongestell und Futural, eleg. Ausstattung, reiche Stockauswahl.
- Herren-Regenschirme** |
- Stück **4, 25 M.**
- Mädchen-Regenschirme** | Guter kräftiger Körper, mit Eisen- und Holz-Unterstock.
- Knaben-Regenschirme** |
- Stück **1, 75 M.**

Schuhwaaren

- Damen-Leder-Knöpf-Stiefel** **4 50 M.** - **18 00 M.**
in allen Façons.
- Damen-Leder-Schnürstiefel** **5 75 M.** - **18 00 M.**
in allen Façons.
- Damen-Leder-Hausschuhe** **3 75 M.** - **4 75 M.**
Wollfutter, Absatz.
- Damen-Steppschuhe**, Wollfutter einf. **1 90 M.** - **3 00 M.**
- Herren-Leder-Zug-Stiefel** **5 75 M.** - **18 00 M.**
- Herren-Leder-Hakenstiefel** **7 75 M.** - **18 00 M.**
- Herren-Leder-Hausschuhe**, Wollfutter **2 80 M.**
- Knaben- und Mädchen-Knopf- und Haken-Stiefel**

24/30	31/31	36/39
3 75 M.	4 50 M.	5 75 M.

Gummi-Wandschoner

mit rothem Rücken, mehrfarbigem Fantasie-Bild
Anssergewöhnlich preiswerth **95 Pf.**

Damen-Pantoffel von 35 Pffe. an
Herren-Pantoffel von 45 Pffe. an
Kinder-Pantoffel von 28 Pffe. an

Eine Momentaufnahme aus den deutschen Manövern.

Das vierte Heft des heiligen „Militär-Wochenblatt“ enthält eine eingehende Schilderung der im vorigen Jahre in Gegenwart des Kaisers abgehaltenen Manöver. An der Hand dieses Berichts kann einmal der Öffentlichkeit unwiderleglich gezeigt werden, welchen Strapazen deutsche Soldaten auch im Frieden ausgesetzt sind. Und zwar möchten wir von vornherein betonen, daß die in unserem Falle in Betracht kommenden horrenden Anstrengungen schon durch die Anlage der Manöver herbeigeführt wurden.

Diese Anlage ist kurz skizziert folgende: Ein „blaues Heer“ hat seinen Aufmarsch in der Pfalz nördlich Germersheim-Pandau und westlich davon begonnen. Das im Elsaß sich versammelnde gegnerische „rote Heer“ schied das XV. Armeecorps, das am 6. September 1899 schon am rechten Rheinufer in der Höhe von Straßburg stand, ab, um möglichst viele der südlich des Rheins noch in der Mobilmachung befindlichen feindlichen Truppen an der Vereinigung mit ihrem Hauptheer zu hindern.

Aus dieser Aufgabe, die feindliche Mobilmachung zu hindern, ergab sich für das XV. Armeecorps von Anfang an die Notwendigkeit, möglichst viel zu marschieren, damit die gegnerischen Truppen rechtzeitig abgesetzt werden konnten. Dabei aber lag zwischen beiden Parteien der Schwarzwald, den das XV. Armeecorps in Geologie überqueren mußte. Doch lassen wir hier das „Militär-Wochenblatt“ selbst sprechen. Es schreibt Seite 182/83 des Berichts:

„Der Marsch über den Schwarzwald stellte außergewöhnliche Leistungen für die Truppen in Aussicht. Die beiden südlichsten Kolonnen (31. und 30. Division) hatten am 6. September mit einem Teil ihrer Kräfte den steilen Aufstieg zur Paghöhe des Gebirges zu überwinden und hier zu verbleiben. Die von der 31. Infanterie-Division einzuschlagende Kniebisstraße steigt von westlich Oppenau bis zur Alexanderhöhe unweit Kniebis 722 Meter, die Marschstraße der 30. Infanterie-Division über Achem-Reichenbach von östlich Kappelrodt bis zum Kniebis 715 Meter.“ Auf den Höhen angekommen, mußten die Truppen meist bivouacieren, nur wenige zerstreut liegende Gehöfte boten Obdach. Am Tage erlitt die 31. Infanterie-Division den Marsch. Nachts machte sich die auf den Gebirgshöhen herrschende Abkühlung empfindlich fühlbar. Am 7. September folgte die 31. Infanterie-Division den Marsch über den Kniebis nach Freudenstadt und Dornstetten fort. Die 30. Infanterie-Division stieg in das Burgthal hinab, erreichte Reichenbach und, mit der Spitze das steile östliche Ufer ersteigend, Arnagold. Auch hier fand die Truppe nur wenig zerstreut liegende Ortschaften zur Unterkunft und neben der Straße an den schmalen, durch Gebirgsbäche derjeselben (als wohl feuchten! Am. d. Red.) Wiesentälern wenig Raum für Bivouacs. Die 41. Infanterie-Division hatte auf der nördlichsten Marschstraße weniger schwierige Verhältnisse zu überwinden. Sie erreichte am 6. September Baden und Steinbach, am 7. September Herrenals und Gernsbach.“

Nun sollte man glauben, daß den Truppen nach diesen zwei außerordentlich anstrengenden Marschtagen ein Ruhetag gegönnt worden sei, aber leider war dies nicht der Fall. Im Gegenteil wurden infolge der Manöveranlage für den 8. September Marsche notwendig, die sogar die Uebersteigung des Schwarzwaldes in den Schichten stellten.

Am 7. September erhielt nämlich der kommandierende General des XV. Armeecorps die Nachricht, daß das gegnerische XIII. Armeecorps marschbereit bei Stuttgart versammelt sei. „Es lag somit“, schreibt das „Militär-Wochenblatt“, die Möglichkeit vor, daß dieses (XIII.) Armeecorps nicht auf Germersheim zu seiner Armee weitermarschieren, sondern in westlicher Richtung sich gegen das XV. Armeecorps wenden würde, um es beim Austritt aus dem Gebirge an dem schwierigen Ragoldabhang anzugreifen. Um sich die für den Austritt aus dem Gebirge wichtigen Ragoldübergänge frühzeitig zu sichern, beabsichtigte der kommandierende General (des XV. Armeecorps) für den 8. September die Marschschäfte seiner Truppen voll auszunutzen und mit den Spitzen der Avantgarde die Höhen östlich der Ragold zu erreichen.“

Zu diesem Zweck befehli der Führer des Armeecorps für den 8. September folgende Marsche:

31. Division von Freudenstadt bis Talw a. d. Ragold = 44 Kilometer!

30. Division von Reichenbach bis Hirsau a. d. Ragold = 40 Kilometer!

41. Division von Gernsbach bis Liebenzell = 33 Kilometer.

Wenig 6 Uhr hatten die Avantgarde die betreffenden Orte zu erreichen.

Da den ganzen Tag marschiert werden mußte, so sah sich der kommandierende General gezwungen, um 10 Uhr vormittags abbrechen zu lassen und zwar die 31. Division in der Gegend von Bernau, die 32. Division bei Reuweiler, die 41. Division bei Höfen. Daraus geht hervor, daß die 31. Division um 10 Uhr vormittags schon ungefähr 25 Kilometer, die 30. Division um die nämliche Zeit die gleiche Strecke und die 41. Division ungefähr 18 Kilometer zurückgelegt hatte. Da größere Truppenkörper in der Stunde nicht mehr als 5 Kilometer marschieren können, so müssen die 31. und 30. Division um 5 Uhr früh aufbrochen sein. Rechnen wir nun nach, wann die Mannschaften der beiden letztgenannten Divisionen aus dem Schlaf geweckt wurden.

Die 31. Division lag in Freudenstadt und Dornstetten in Quartieren. Einquartierte Mannschaften können aber selbstverständlich nicht direkt zum Versammlungplatz der Division gehen, sondern werden zuerst in Compagnien gesammelt, diese begeben sich zum Bataillon und erst das letzte marschiert selbständig nach dem Abmarschplatz. Man darf daher als sicher annehmen, daß die Mannschaften ihre Quartiere spätestens um 4 Uhr verlassen und dabei spätestens um 3 Uhr früh aufbrechen mußten. Nicht viel besser waren die Verhältnisse bei der 30. Division, die bivouacierte. Im Bivouac fällt allerdings das langwierige Zusammenstellen der Division weg, da die Truppen bereits in der Versammlungsformation lagern, dafür aber bereitet das Kaffeekochen, Zusammentragen des Straß, Schwefens der Geschütze viel Arbeit. Länger als bis 3 Uhr 30 Minuten früh konnten auch die Mannschaften der 30. Division nicht ruhen. Somit ergibt sich, daß die Mannschaften der beiden genannten Divisionen, trotzdem sie in den letzten beiden Tagen den Schwarzwald unter großen Anstrengungen überstiegen hatten, nur bis höchstens 3 Uhr 30 Minuten schlafen konnten und dann einen Marsch von 40-44 Kilometer zurücklegen mußten.

Aber noch nicht genug damit! Ein Teil der Divisionen mußte nämlich, an der Ragold angekommen, sofort Vorposten beziehen, wie die Nr. 7 des einschlägigen Corpsbefehls bewirkt. Hier heißt es: „Ueberall sind von starken Avantgarde die Höhen östlich der Ragold zu sichern.“ Da nun die Ufer der Ragold die Thalsohle um etwa 250 Meter überhöhen, so hatten diese Avantgarde, als sie todmüde an der Ragold angelangt waren, noch die Kleinigkeit von 850 Fuß in die Höhe zu steigen.

Auch am nächsten Tage wurde den Truppen kein Ruhetag gewährt, sondern hier kam es zur „Schlacht“. Der kommandierende General

beschloß nämlich, das gegnerische XIII. Armeecorps, das sich auf 25 Kilometer genähert hatte, am 9. September anzugreifen. Daher befehli er, daß die drei Divisionen am eben genannten Tag vor-mittags 5 Uhr mit ihren Spitzen circa 4 Kilometer östlich der Ragold zu stehen hätten, woraus sich ergibt, daß die Mannschaften mindestens um 2 Uhr 30 Minuten früh aufbrechen mußten.

Nachdem die Divisionen circa 20 Kilometer marschiert waren, erfolgte nördlich Weil der Stadt das Zusammenreffen mit dem „Feinde“, das damit endete, daß das XV. Armeecorps vom Gegner überraschend in der Flanke gefaßt wurde, so daß im Ernstfalle die Gewaltmärsche umsonst gewesen wären.

Am 10. September war Sonntag und daher fanden die Truppen endlich die dringend nötige Ruhe.

Rekapitulieren wir zum Schluß. Die 30. und 31. Division hatten innerhalb 4 ununterbrochen auf einander folgenden Tagen feldmäßig ausgerüstet folgende Marsche zurückgelegt: Uebersteigerung des Schwarzwalds, die einen Aufstieg bis 2400 Fuß relativer Höhe erforderten, hierauf ein Marsch von 40-45 Kilometer, trotzdem die Mannschaften nur wenig Rastende gehabt hatten. Am nächsten Tag wieder ein Anbruch noch vor dem Beginn des Morgens grauens, längere Marsche und ein Gefecht. Und dies alles im Frieden! Glücklicherweise trat schon am 7. September lästere Bitterung ein und bewahrte so die Soldaten vor den Gefahren der Hitze.

Wir haben nun, ob solche horrenden Anstrengungen im Frieden irgendwelchen Nutzen haben. Die Antwort kann nur Nein lauten. Doch man die Mannschaften an solche Strapazen herant zu gewöhnen kann, daß sie zuletzt wochenlang des Schlafes entbehren und trotzdem täglich 40-50 Kilometer marschieren können, ist ausgeschlossen. Auch eine Unternehmung darüber, wie lange die Infanterie zu marschieren im stände, ist unmöglich, da man dies schon längst weiß. Und daß wir Truppen, wenn die Umstände es fordern, das Menschenmögliche leisten, dafür bürgt schon die äußerst anstrengende Ausbildung des deutschen Infanteristen. Dann vielleicht wegen der Führung? Wenn ein kommandierender General in einer solchen Lage, wie sie für das XV. Armeecorps angenommen wurde, erst lernen muß, daß für ihn die Schnelligkeit das erste Erfordernis ist, so ist es traurig bestellt.

Daher glauben wir, daß bei der Anlage der Manöver ohne jede Gefahr für die Kriegstüchtigkeit auf die Schötung der Truppen Rücksicht genommen werden kann und solche Situationen, wie sie 1899 für gut befunden wurden, durchaus unmöglich sind.

Litterarisches.

Die Organisation der Maurer Deutschlands. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Mauererbewegung von Fritz Pöplow. In einem fastlichen Band von 304 Seiten Umfang hat der Medocleur des „Grundstein“, Fritz Pöplow, im Auftrage des Verbands deutscher Maurer sich der mühseligen Arbeit unterzogen, einen geschichtlichen Rückblick über die Organisation der Maurer zu geben. Wir können das interessante Werk, das eine Fülle des wichtigen Materials, einen Teil der unangefangenen Bestrebungen und Verfolgungen, aber auch Erfolge der deutschen Arbeiterbewegung wieder spiegelt, als eine Ergänzung der verdienstvollen Arbeit des Herrn Dr. Schmöle betrachten, der in seinem mit Fleiß zusammengestellten Werk „Die socialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland seit dem Erlaß des Socialistengesetzes“ sich der gleichen Aufgabe in umfangreichem Maße widmete.

Trotzdem die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland nur auf eine verhältnismäßig kurze Zeit ihres Bestehens zurückblicken kann, stellen sich doch dem, der dem Entwicklungsgang nachforschen will, die größten Schwierigkeiten entgegen. Der vorliegende Kampf der Gewerkschaften mit der Polizei und den Gerichten hat es verschuldet, daß manches wichtige Material vernichtet wurde, oft unüberwindliche Lücken in der Geschichtsschreibung entstehen mußten. Die bürgerliche Presse, die in den Jahren bis zum Fall des Socialistengesetzes noch mehr als heute die Arbeiterbewegung totschweigend und so sie verächtlich, tendenziös entstellte, kann als Quelle nur wenig benützt werden. Die socialistische Presse war zu jener Zeit zu schwach, um die Lücke auszufüllen und so war auch der Verfasser der Geschichte der Mauererbewegung auf ein verhältnismäßig dürftiges Material angewiesen. Aber dennoch bekommen wir ein zusammenfassendes Bild auch aus jener Zeit und man's vergibt's Dokument ist zum Vorschein gekommen, das sonst gewiß gänzlich verloren gegangen wäre. Wie für die deutsche Gewerkschaftsbewegung überhaupt so fällt auch für die Organisation der Maurer die erste Periode ihres Schaffens in die Zeit von 1869 bis zum Beginn des Socialistengesetzes. Aber der große Fortschritt, den im Vergleich mit jener Zeit der heutige Stand der Bewegung aufweist, tritt uns klar vor Augen, wenn wir über den ersten bedeutsamen Lohnkampf in Berlin im Jahre 1869, an dem 4000 Maurer beteiligt waren, lesen, daß damals die Maurer für die Sommermonate 11stündige Arbeitszeit und einen Tagelohn von einem Thaler forderten; heute hat die Organisation in ihrem Vertrag die 9stündige Arbeitszeit und 65 Pf. Stundenlohn festgelegt.

Eine feste Stütze findet die Organisation in dieser Zeit nicht, nur in der Gründerperiode zu Anfang der 70er Jahre nimmt sie zu einem lässigen Anlauf, der aber weniger in einer festen Organisation, als einem losen Zusammenhalt in der Lohnbewegung zu suchen ist.

Schon im Jahre 1874 wurde gegen die Organisation ein schwerer Schlag geführt; der strebsame Staatsanwalt Lessendorf, der den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein auflöste, verfügte auch die Auflösung des Allgemeinen Verbands der Maurer und Steinbauer sowie die Schließung des Zimmererverbandes. Die damals so berühmte VII. Deputation des Berliner Stadtgerichts, die in politischen Prozessen eine ähnlich denkwürdige Rolle spielte, wie in neuerer Zeit die Krauswetter-Kammer, beauftragte die Aktion des Herrn Lessendorf und verfügte die Schließung des Berliner Vereins.

Vorher war Grottau, der intelligenteste Leiter der Organisation, zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt, die er sich im Wahlkampf zugezogen hatte, so daß nach diesen politischen Verfolgungen, die sich in vielfacher Art wiederholten, die Organisation nie mehr auf eine eigentliche Höhe kam, bis das Socialistengesetz gänzlich ihre Zerstörung herbeiführte.

Während des Socialistengesetzes, der zweiten Periode gewerkschaftlicher Kämpfe, sind es die lokalen Vereine, die unter vielen Beschwerden die Berufsgenossen zusammenhalten. Noch einmal wird ein großer Schlag gegen diese Organisation geführt, es ist der Prozeß 1888 in Berlin, der auf Grund des Verbindungsverbots des preussischen Vereinsgesetzes eingeleitet war. Nach einer Verhandlung, die sich 14 Tage hinzog, wurden die 40 Angeklagten freigesprochen. Vom Reichsgericht wurde die Anklage nochmals an die Berliner Strafkammer zurückgewiesen, die denn 1890 auch zur Verurteilung der drei Mitglieder der Hamburger Agitationskommission, Knegeandor, Dammann und Wilbrandt, zu je 30 M. kam. In diese Zeit fällt aber auch der Beginn eines Streits, der für die Bauhandwerkerbewegung verhängnisvoll werden sollte. Der Streit, der sich zwischen Meister und der centralen Richtung in Hamburg entsapfte, nimmt einen breiten Raum in der Geschichte der Bauhandwerkerbewegung ein und berichtet über keine Zeit der Erfolge und Stärkung. Erst mit dem Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs, nachdem im Jahre 1891 auf dem Kongreß zu Gotha der Verband der Maurer Deutschlands ins Leben gerufen wurde, gelang auch die Organisation der Maurer vom Jahre 1895 an in steigendem Maße zu Einfluß und Bedeutung. Heute zählt der Verband 30000 Mitglieder und ist damit die größte und einflussreichste Organisation geworden.

Die Geschichte der Mauererorganisation ist reicher an Kämpfen als die anderer Organisationen; in ihr spiegelt sich ein gut Teil der Klassenkämpfe wieder, die das Proletariat zu führen hat. Deshalb war es eine sehr verdienstvolle Aufgabe des Verfassers, dieses Material fleißig zusammenzutragen, in trefflicher Bearbeitung und darzubieten.

Sociale Rechtspflege.

Das berunglückte Geschäft: Fahrrad. Einem Handwerker war das Fahrrad seines Arbeitgebers bei der Erfüllung eines Auftrags durch einen Bierwagen beschädigt worden. Der junge Mann hatte geglaubt, mit dem Rad zwischen dem Bierwagen und der Vorderbank des Bierwagens hindurch kommen zu können. Beim Umdrehen rutschte der Bierwagen aber ein bißchen zurück und kam mit dem Rad ein. Der Arbeiter, Konditoreibesitzer Karl, wollte sich nun an dem Lohn des Handwerkers schadlos halten, worauf letzterer beim Gewerbegericht klagbar wurde. Die Kammer VI, die sich unter dem Vorsitz des Gewerbeleiters Dr. Krause mit der Sache beschäftigte, ging davon aus, daß der Arbeiter für Materialschaden nur bei einem direkten Verschulden haften. Da die Beweisführung lediglich ergab, daß Kläger das Zurückrutschen des Bierwagens nicht notwendig voraussehen mußte, riet der Vorsitzende im Namen des Gerichtshofs zu einem Vergleich in Höhe der Klagesumme. Die Parteien einigten sich dann auch, der Kläger erhält seinen Lohn.

Gegen die Inhaber der Druckerei „Gutenberg“ hatte der Seher G. beim Gewerbegericht auf Lohnschädigung wegen unberechtigter Entlassung geklagt. Der Vertreter der Beklagten rechtfertigte vor der Kammer VIII die Entlassung damit, daß Kläger den Faktor gräßlich beleidigt habe. Es wurde hierüber Beweis erhoben. Der Vertreter der Druckerei behauptete: Er habe G. wegen nicht genügender Leistungen Vorhaltungen gemacht. Der Faktor sei hinzugekommen und habe ebenfalls seine Meinung sagen wollen. Daraus hätte der Kläger lärmend, so daß es die Umstehenden hören konnten, dem Faktor erwidert, dieser könnte seine Arbeit überhaupt nicht beurteilen. — Der Gerichtshof wies auf Grund der Zeugenaussagen die Klage mit folgender Begründung ab. Die Behauptung, jemand könne eine Arbeit nicht beurteilen, sei an und für sich nicht schimm. Sollte sie aber dem Vorgesetzten gegenüber in Gegenwart anderer, dann sei es eine grobe Beleidigung. Da nun der Faktor der berufene Vertreter des Chefs sei, so liege einer der Entlassungsgründe des § 123 der Gewerbe-Ordnung vor.

Die Frühstücksandrägerin Ritter beanspruchte von dem Bäckermeister Döbler eine Lohnschädigung wegen ungerechtfertigter plötzlicher Entlassung. Der Beklagte wendete vor dem Gewerbegericht, Kammer VI, ein, daß Frühstücksandräger überhaupt keinen Anspruch auf die gesetzliche Kündigungsfrist hätten. Im übrigen hätte sie auch Grund zur Entlassung gegeben. Die Frau des Beklagten wurde als Jungin vernommen. Sie sagte aus, die Klägerin habe ihren Lohn vor 1/2 Uhr morgens, also vor der gesetzlich (polizeilich) zulässigen Zeit beim Frühstücksantragen verwendet und trotz Verbots nicht davon abgelassen. Der Bäckermeister werde in solchen Fällen von der Behörde haftbar gemacht, nicht die Frühstücksandrägerin. Die Klägerin wurde mit ihrem Entschädigungsanspruch abgewiesen. Der Vorsitzende Dr. Krause führte begründend aus: An sich stehe auch den Frühstücksandräger die Kündigungsfrist zu. Die Klägerin sei aber mit Recht entlassen worden, da sie ihr Amt ungeschicklicherweise bei der Arbeit vor 1/2 Uhr benutzte und so den Beklagten verhindert habe, den gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen.

Der Trochsenhändler J. verlangte im Klagenwege von dem Fuhrherrn Schwandberg eine verhältnismäßige Lohnschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Der Beklagte bestritt, daß er den Kläger entlassen habe. Allerdings hätte er am 24. Juni, da der Kläger wegen eines Termins morgens nicht gekommen sei, selber angepöpselt und sei selber gefahren. Als J. sich an der Haltestelle meldete, habe er ihn jedoch zum andern Tage bestellt. Der Kläger betonte dem gegenüber, doch entlassen zu sein und hätte diese Behauptung zu beweisen. Es wurde eine umfangreiche Beweisnehmung über die Angaben beider Parteien veranfaßt. Unter anderm behauptete der Drochsenbesitzer Pöplow, daß er am selben Tage noch dem Kläger Beschäftigung angeboten habe, nachdem J. ihm erklärt hätte, mit dem Fuhrern für Schwandberg wäre es aus. Der Kläger sei auch bereit gewesen, bei ihm anzupöpseln, habe es aber nicht gethan. — Die Kammer VII des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Gewerbeleiters Dr. Meyer wies die Klage mit folgender Begründung ab: Es müge ganz dahingestellt bleiben, ob der Kläger entlassen sei oder ob er am nächsten Tage bei Schwandberg wieder arbeiten sollte. Jedenfalls siehe fest, daß der Fuhrherr Pöplow ihm andre Arbeitsgelegenheit geboten und daß er diese zunächst auch angenommen habe. Aus irgend welchen Gründen sei er nicht eingetreten; vielleicht habe er geglaubt, sich dadurch etwaige Ansprüche an den Beklagten Schwandberg besser zu sichern. Nun könne man aber seinen Schadenersatz verlangen, wenn man den Schaden selber verschuldet. Das sei hier der Fall, denn J. hätte ja bei Pöplow eine Verdienstmöglichkeit haben können. Da er sie nicht nützte, müsse er den Schaden selber tragen. Selbst der Nachweis einer unberechtigten Entlassung durch Schwandberg würde daran nichts ändern.

Unberechtigte Ansprüche. Der Tischhändler R. beanspruchte durch Klage beim Gewerbegericht von dem Schneidermeister Abraham eine Lohnschädigung für 27 Tage abzüglich eines Vorlaufes sowie 1 M. rückständigen Lohn. Er behauptete, unberechtigterweise ohne Inverhütung der ihm vertraglich zustehenden vierwöchentlichen Kündigungsfrist entlassen zu sein. Der Beklagte machte dagegen geltend, Kläger sei am Montag, den 16. Juli, erst gegen 2 Uhr nachmittags zur Arbeit gekommen, und dann noch bei der Arbeit bummelig gewesen. Während der Arbeitszeit, bei Gelegenheit eines Ganges, habe er sich sogar in einer Mädchenkneipe aufgehalten. Auch habe er sich Montagnachmittag betrunken. Der Kläger entschuldigte sein spätes Eintreffen am Montag damit, daß er, der in Frankfurt a. O. war, Sonntagabend und Montag früh den Zug verpaßt habe. Die weiteren Einwände des Beklagten suchte R. als Uebertriebungen hinzustellen. Die Kammer I, unter dem Vorsitz des Gewerbeleiters Dr. Leo sprach ihm nach einer Beweisnehmung nur den rückständigen Lohn zu. Sein Entschädigungsanspruch wurde mit folgender Begründung abgewiesen: Kläger gebe selber zu, zweimal den Zug verpaßt zu haben. Anstatt nun am Montagnachmittag und an den folgenden Tagen durch doppelte Beweispflichtigkeit die zweifelslos widerrechtliche Verhältnisse wieder gut zu machen, habe er am Nachmittag des Montag und am Dienstagvormittag in unzulässiger Weise herangezummelt, sich zum Beispiel in der Zeit zwischen 4 und 6 Uhr nachmittags betrunken und in der Kneipe herum gesehen. Hier könnte man ein unbesorgtes Vertrauen der Arbeit annehmen, das nach § 123 der Gewerbe-Ordnung ein Grund zur sofortigen Entlassung ist. Aber selbst wenn man dies nicht wollte, so würde auf jeden Fall in dieser ganzen ungeheuerlichen Nachlässigkeit beim Nachgehen seiner Geschäfte ein wichtiger Grund im Sinne des § 124a der Gewerbe-Ordnung liegen. Kläger habe eine vierwöchentliche Kündigungsfrist gehabt und nach § 124a könnten Gesellen und Schülen, sowie die Arbeitgeber auch aus wichtigen Gründen vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Inverhütung einer Kündigungsfrist die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses verlangen, wenn dieses mindestens auf vier Wochen oder wenn eine längere als 14tägige Kündigungsfrist vereinbart ist.

*) Es sind hier nicht absolute, sondern relative Höhen gemeint, so daß die Truppen effektiv 722 bez. 715 Meter = 2434 bez. 2431 Fuß zu steigen hatten.

+ Tod + Wanzen.

„Wanzol“

(gesetzl. geschützt)

Radikalmittel gegen Wanzen.

Wanzol fleckt nicht, ist nicht giftig, verbreitet keinen üblen Geruch. Wanzol kann überall angewendet werden.

Wanzol vertilgt alle Wanzen samt ihrer Brut.

Der Erfolg ist überraschend, die Wirkung radikal.

Preis per Flasche 75 Pf., 1,75 Mk. u. 2,75 Mk. Einzig und allein bei

Max Arndt, BERLIN C.,
Seydelstr. 31a, nahe Spittelmarkt.

Für Berlin jede Bestellung frei ins Haus.

Gesundheit ist Reichtum!

Dampf- und Heissluft-Bäder

wirkungsvolles, erfolgreichstes und billiges Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus. Lieferung an sämtliche Krankenhäuser.

Bad Frankfurt | **Ritter-Bad**

136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.

Specialität:

Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm.

bezw. Heissluft-, Lohtannin-, Sool-

und Schwefelbäder

täglich für Damen und Herren.



Ziehung bestimmt vom 20.-26. Okt. 1900.

3. Meissner Dombau-Geld-Lotterie.

13 160 Gewinne und 1 Prämie in Höhe von

Mark **375 000** Mark.

Gewinnausszahlung ohne Abzug. Im glücklichsten Falle ist

der grösste Gewinn **100 000** Mark

1 Prämie zu **60 000** Mark

1 Gewinn zu **40 000** Mark

1 Gewinn zu **20 000** Mark

1 Gewinn zu **10 000** Mark

2 Gewinne zu **5000** Mk. = **10 000** Mark

10 Gewinne zu **3000** Mk. = **30 000** Mark

15 Gewinne zu **1000** Mk. = **15 000** Mark

30 Gewinne zu **500** Mk. = **15 000** Mark

50 Gewinne zu **300** Mk. = **15 000** Mark

150 Gewinne zu **100** Mk. = **15 000** Mark usw.

Meissner Dombau-Lose nur 3 M.
(Porto und Liste nach auswärts 30 Pf. mehr)

empfehlen und versenden auch unter Nachnahme — billigste und bequemste Bestellung ist die per Postanweisung (bis 5 M. 10 Pf. Porto) — das General-Debit

Alex. Hessel, Dresden, Weissegasse 1.

Neubauer & Co., Berlin W., Friedrichstr. 198/99,
sowie alle durch Plakate kenntlichen Lothandlungen.

Cigarren

von 18—100 St. per 1000 St., die bei einigen Hundert Berl. Cigarrenhändlern Detail und Engros eingeführt sind, liefert direkt von den Fabriken, ohne jeden Zwischenhandel, an Cigarrenhändler oder solche die ein Geschäft errichten, zu den constanten Zahlungsbedingungen. Die Cigarren-Generals-Agentur und Kommissionslager Süddeutscher Cigarren-Fabriken **S. Rand, Gr. Frankfurterstr. 52.**

Manoli-Cigaretten

= Anerkannt das Beste! =

Goldene Medaille.

Weltausstellung Paris 1900.

Bad Landsberg.

Dampf-, elektrische Licht-, Wannen- und alle med. Bäder
Landsbergerstrasse 107.

Inhaber: **H. Kalisch,** Hautlich gepr. Massieur und Heilgehilfe.

Möbel, neu u. gebr. Müller, Höchste-

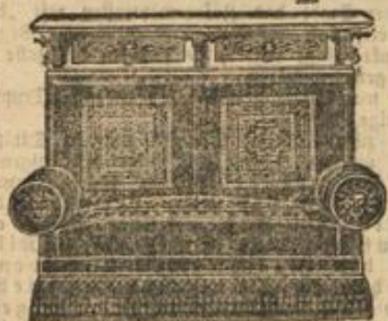
billig **strasse 22**

Rudolf Bartsch, Berlin S., Oranienstr. 73

Grösstes Lager in 4 Etagen. Innungsmeister Kein Laden.

Möbel-Fabrik.

Bürgerliche
Wohnungs-
Einrichtungen



Dieses Panelsofa mit Teppichdecken und Plüschfassung
Mark **85**
hoch 140 cm., breit 190 cm.



Diese Nussbaum furnierte
Muschel-Bettstelle mit Feder-
matratze und Keilkissen
Mark **55.**

von 196 bis 10 000 Mark.
Constante Zahlungsbedingungen.
Pracht-Katalog gratis und franco.

Günstige Gelegenheit

Herrenstiefel

in Zug-, Schnür-, Schaft- u. Schnallenstiefel, gut und dauerhaft, 4,90, 5,40, 6,30, 7,20 M. usw.

Damenstiefel

in Zug-, Schnür- u. Knopf-stiefel, grosse Auswahl, 4,15, 4,50, 5,30, 5,90, 6,20 usw.

**Schuhwarenhaus
Selbiger
Hollandsbergerstr. 40.**
Einsegnungstiefel
zu stannend billigen
Preisen.

Anerkannt vorzüglichste Qualität!
Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!

Anker



Brikets

Anerkannt vorzüglichste Qualität!
Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!

Möbel auf Credit

und ganze

Wohnungs-Einrichtungen
bei bescheidener Anzahlung und auf
Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.

Conlanteste und beste Bedienung.

Lagerbeschichtung orbeten. — Kein Kaufzwang.

Central-Möbel-Halle

Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstr.

Mir hat's geholfen!

Für Magenleidende!
GEORG POHL
Appetits-Kräuter-Magen-Bitter-Liqueur
genannt **der Lebensretter.**

Tausendfach erprobt und anerkannt. Gesund, wohlthuend und anregend. Nervenstärkend und blutbildend. Beseitigt Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, Verdauungsstörungen und Verschleimung, Stuhlverstopfung, Kolikschmerzen, Herzklopfen, Hämorrhoidal-leiden, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftung, Appetitlosigkeit, Kopfschmerzen. Dank- u. Anerkennungs-schreiben liegen aus. Preis per 1/2 Liter-Flasche **1,50 Mk.**, erhältlich nur direkt durch Fabrikanten

Berlin N., Brunnenstrasse 157
Drogist **GEORG POHL,** Berliner Sanitäts-Droguerie

Sage mir, ob Du krank bist, und ich werde Dir sagen, was mir geholfen hat

Metzners Korbwaren-Fabrik.

Berlin, Andreasstr. 23. Leiterwagen
II. Gesch.: Brunnenstr. 95. Sportwagen
III. Gesch.: Senfstr. 67. Kinderstühle
IV. Gesch.: Leipzigerstr. 51/53
V. Gesch.: Stralauerstr. 19
Kinderwagen, Grösstes Lager
Kinderbettstellen. Berlins.
1000 Mark

J. Baer,

Berlin N. (40955)
nur Gesundbrunnen
26, Badstraße 26,
Ecke Prinzen-Allee,
Fernsprecher Amt III. 2443.
empfehle, wie bekannt, in reellster Aus-
führung und
allerbilligsten streng festen Preisen:
**Herren- u. Knaben-
Garderobe.**
= Grosses Stofflager =
zur Anfertigung nach Mass.

Bettfedern Geflügelmätere Alfred Sündermann,
Neu-Weihensee, Generalstr. 7 (nahe Brien-
lauer Allee). Dampf-Bettfedern-Reinigung. Telefon Nr. 43. (4877)

Möbel auf Teilzahlung.

Grosses Möbel-Special-Geschäft
für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen.
Neue Königstrasse 59,
Nahe Alexanderplatz.

Hermann Weber,

Markenkirchen Nr. 128
verf. geg. Nach.
Concert-
Zug-
harmonikas

34—36 cm hoch, Flach, 11-stimmig, harter
Holz mit Schuppen,
einchl. Verpackung u. Schute

10 Zoll, 2 Org., 60 Stimmen, A 5,50
10 " 3 " 70 " " 7,50
10 " 4 " 90 " " 9,50
10 " 5 " 110 " " 12,50
Eigene Werkstatt unter Garantie für solide
u. dauerhafte Arbeit, deshalb nicht mit bill.
unzuverlässigen Waren zu verwechseln.
Reparaturen billig.
— Briefschreiben Preisliste kostenfrei. —

Eine Million!

Wanzen ohne Gnade mit samt der
Brut sofort und gründlich
beseitigt mein Wanzenmittel in 50
50 Pf. und 1 Mk. Spritzapparat 60.
Schwaben mit samt der Brut schnell
u. für immer beseitigt mein
Schwabenmittel, 60 Pf. u. 1 Mk. per Dose.
Radikaler Erfolg garantiert nur direkt
beim Erfinder Georg Pohl, Droguerie
Berlin, Brunnenstrasse 157.

Bettstellen, Matratten,
Polsterbetten,
ein Polster, auch mit kleinen Federn,
billig wegen Umzug bis 30. Septbr.
zu verkaufen Veltrestr. 39. (33/34)

Möbel

in gebiegener Ausführung,
auch auf

Teilzahlung.

H. & M. Lewent,
131. Oranienstr. 131.

Anker- Briketts

finden zu haben bei

Friedr. Daniel u. Co.
Berlin W. 9., Leipzigerstr. 29.

Möbel

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.
Grosses Lager. • Billige Preise.
Dreijährige Garantie. (54012)
Wilh. Lambrecht, Strasse 19.